

Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

3/2021

THEMA IM FOKUS

Demokratierelevant – Politische Bildung in der (Corona)Krise

- 4 | **Vom systemischen Risiko zum realen Ernstfall**
(Post-)Coronale Verwerfungslinien
von Petra Dobner
- 11 | **Veränderungen von Räumen der politischen Bildung in Zeiten des Corona-Virus**
Zwischen Utopie und Realität
von Stine Marg
- 19 | **Politische Bildung und die Coronakrise**
Die Pandemie als Problem und Thema der politischen Bildung
von Bernd Overwien
- 25 | **Politisierung des Alltags in Krisenzeiten – Chance für die politische Bildung?**
Was die politische Bildung in Pandemie-Zeiten leisten und lernen muss
von Anja Dargatz
- 32 | **Die Praxis politischer Bildung in den Zeiten von Corona**
Rückblick auf ein krisenreiches und gleichzeitig lehrreiches Jahr
von Anna Krämer und Georg Pirker

Außerschulische Bildung
Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

3/2021

Zu diesem Heft

Corona?! Viele mögen es nicht mehr hören und würden am liebsten sobald es geht zu einem „normalen“ Leben zurückkehren. Aber dafür hat sich in den letzten Monaten zu viel zu grundlegend verändert. Wir werden uns weiter mit dem Thema auseinandersetzen müssen – nicht nur mit Blick in die Zukunft angesichts der Ausbreitung der Delta-Variante oder der drohenden vierten Welle, sondern auch mit dem Blick zurück auf die vergangenen Monate: Was hat diese Zeit mit uns, mit unserer Gesellschaft und – hier natürlich von besonderem Interesse – auch mit der politischen Bildung gemacht? Und vor allem: Welche Lehren können wir aus den jüngsten Erfahrungen ziehen? Wir müssen nach vorn schauen und entscheiden, wie wir gemeinsam – und das meint wirklich *alle* – unsere Gesellschaft gestalten wollen.

Ausgehend von einer Analyse der umfangreichen Verwerfungen durch die Corona-Pandemie und einer sich deutlich abzeichnenden Verstärkung von Ungleichheiten thematisiert diese Ausgabe unserer Zeitschrift die politischen Folgen der Pandemie. Dabei geht es besonders auch um Kinder und Jugendliche und um die Räume, die sich für diese Gruppen massiv verengt haben – auch die Räume politischer Bildung.

Auch die politischen Bildner*innen müssen sich befragen lassen, welche Rolle ihr Arbeitsfeld gespielt hat und spielt und wie sich politische Bildung in Zeiten der Corona-Pandemie gestaltet. Was haben wir für die Zukunft gelernt?

In den Beiträgen dieser Ausgabe geht es nicht nur darum, ob und wie gut wir die Bildungsarbeit vom Lernort Bildungsstätte in den digitalen Raum verlagert haben und welche neuen Formate entwickelt wurden. Es geht auch darum, wen politische Bildung erreicht und wen sie vielleicht auch verloren hat, ob sie die Krise proaktiv auch als Chance nutzen konnte oder ob sie den Entwicklungen eher hinterhergerannt ist. Mit Blick auf die Zukunft wird es darum gehen, das Verhältnis von digitalen Formaten und realen Begegnungen neu zu bestimmen, es wird um weitere Professionalisierung gehen um die nötige politische Unterstützung und überhaupt um die Frage, wie politische Bildung in einer durch die Pandemie grundlegend veränderten Gesellschaft aufgestellt sein wird.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen



Friedrun Erben

Friedrun Erben

Thema des nächsten Heftes:

Auf alle Fälle PC? Zum Stellenwert von Political Correctness für die politische Bildung

Thema im Fokus:

Demokratierelevant – Politische Bildung in der (Corona)Krise

- 4 **Vom systemischen Risiko zum realen Ernstfall** von Petra Dobner
- 11 **Veränderungen von Räumen der politischen Bildung in Zeiten des Corona-Virus** von Stine Marg
- 19 **Politische Bildung und die Coronakrise** von Bernd Overwien
- 25 **Politisierung des Alltags in Krisenzeiten – Chance für die politische Bildung?** von Anja Dargatz
- 32 **Die Praxis politischer Bildung in den Zeiten von Corona** von Anna Krämer und Georg Pirker

Forum

- 40 **„Wir machen es einfach online, dann können alle teilnehmen.“ – Wirklich?** von Stefanie May
- 44 **Verschwörungstheorien in Erwachsenenbildungseinrichtungen** von Elizaveta Firsova und Bastian Vajen
- 50 **Die Zeichen stehen auf Aufbruch** von Georg Pirker

Politische Bildung praktisch

- 54 **Gespräche aus der Bildungsbehörde** von Anselm M. Sellen

Jahresthema im AdB

- 58 **„Politische Bildung ist ein erster wichtiger Schritt in die Selbstermächtigung“** Interview mit Jamie C. Scheerer-Udeh und Fatima Moumouni

Rezensionen

- 63 **Rezensionen**

AdB aktuell

- 73 **AdB aktuell**

Berichte, Hinweise, Nachrichten

- 84 **Personalien**
- 86 **Aus Profession und Politik**
- 90 **Ausschreibungen und Wettbewerbe**
- 92 **Veranstaltungen**
- 93 **Zeitschriftenschau**
- 95 **pb-digital**
- 96 **Impressum**

Ab der Ausgabe 1/2020 erscheint die Fachzeitschrift als Print- und Online-Ausgabe unter <https://fachzeitschrift.adb.de>

Die Ausgaben der Außerschulischen Bildung, deren Erscheinen mehr als zwei Jahre zurückliegt, können auf der AdB-Homepage über folgenden Link kostenlos abgerufen werden: www.adb.de/zeitschrift_ab

Vom systemischen Risiko zum realen Ernstfall

(Post-)Coronale Verwerfungslinien

Die Kerndebatten und Maßnahmen der letzten Monate voraussetzend, wird in diesem Beitrag die Pandemie am Kreuzungspunkt ganz unterschiedlicher Dimensionen verortet, die weltweit zu umfangreichen Verwerfungen und einer Verstärkung von Ungleichheiten geführt haben. Die politischen Folgen der Pandemie werden thematisiert und es wird vorausschauend ein Blick auf das wahrscheinliche politische und soziale Erbe der Pandemie geworfen. von Petra Dobner

Anderthalb Jahre Corona-Pandemie haben Deutschland nicht nur einen neuen Sprachschatz beschert (vgl. Leibniz Institut für deutsche Sprache 2006 ff.), sie haben auch allen Bürger*innen – dank eines grundlegend unerwünschten Gegenstandes – eine aus Erfahrungen, Wissen und Maßnahmen gespeiste Horizonsweiterung aufgezwungen. „R-Wert“, „Inzidenzzahl“ und „FFP2-Maske“ gehen heute allen so problemlos von den Lippen wie vordem „Urlaub“, „Einkaufen“ und „Feierabend“. Ob „Lockdown“, „Homeoffice“, „Impfstrategie“ oder „Drosten“, „Lauterbach“, „Spahn“ – niemand wird heute noch fragen, was oder wer das ist. Das in dieser Zeit erworbene gemeinsame Grundwissen sollte jedoch nicht über ein weiteres Kennzeichen der Situation hinwegtäuschen: Die Corona-Pandemie hat einerseits eine globale, unentrinnbare und kollektive Situation geschaffen, andererseits und gleichzeitig sehr ungleiche, überall individualisierte und teilweise auch extrem einsame Erfahrungen erzeugt. Beides – die Kollektivität der Betroffenheit und die Individualität der Erfahrungen – macht das sozialwissenschaftliche Einordnen der Krise zu einer Gratwanderung: Was kann heute noch gesagt werden, was nicht schon von vielen gesagt wurde? Und was kann geschrieben werden, das die individuellen Deu-

tungen der Pandemie weder einfach leugnet noch schlicht übernimmt?

Ich werde mich der Aufgabe im Folgenden so stellen, dass ich den Pandemieverlauf, Kerndebatten der letzten Monate und auch die getroffenen Maßnahmen als prinzipiell bekannt unterstelle und nur dort auf diese eingehe, wo sie mir um meiner Argumente willen erläuterungsbedürftig scheinen. Stattdessen werde ich im Folgenden zunächst die Pandemie am Kreuzungspunkt ganz unterschiedlicher Dimensionen verorten. Anschließend wende ich mich den politischen Folgen zu und versuche, einen Blick auf das wahrscheinliche politische und soziale Erbe der Pandemie vorauszuwerfen.

Die Pandemie als systemisches Risiko

Mit mehr als 180 Millionen Infizierten und fast 4 Millionen Todesfällen (Stand: Sommer 2021) erreicht die Corona-Pandemie das Ausmaß der seit 1981 grassierenden HIV-Infektionen, der weltweit 36 Millionen Menschen zum Opfer fielen, ebenso wenig wie das der *Spanischen Grippe* nach dem Ersten Weltkrieg mit 500 Millionen Infizierten und geschätzten 50 Millionen Toten (vgl. Statista 2021d). Der Vergleich zu AIDS wird eher selten bemüht: In den westlichen

Ländern mit Homosexualität und Drogenkonsum konnotiert, wurde das HIV-Virus als Randgruppenproblematik wahrgenommen, mit „Ausgrenzung, Stigmatisierung und Isolation“ beantwortet und als Strategie sah der damalige Bundeskanzler *Helmut Kohl* schlichtes „wegsperrn“ vor (vgl. RKI 2017). Weit häufiger werden Parallelen zur *Spanischen Grippe* gesucht, doch auch hier bestehen Grenzen: Anders als bei der *Spanischen Grippe* war die weltweite mediale Aufmerksamkeit vom ersten Auftreten der Infektionen an groß, erstmals in der Geschichte von Epidemien und Pandemien wird die politische Maßnahme eines Lockdowns im Zuge von Covid-19 ergriffen, und anders als die *Spanische Grippe* wird die globale Corona-Pandemie ein „Erinnerungsort“, ein „Kristallisationspunkt kollektiver Erinnerung und Identität“ (François/Schulze 2001, S. 17 f.) werden (vgl. Müller 2020).



„Durch aufgeschobene Lebensentscheidungen wird sich die Unsicherheit der Covid-Zeit weit in die Zukunft nach Corona ausdehnen.“ Foto: AdB

Sie lässt sich damit weniger in die Chronologie der Pandemien als vielmehr in die noch zu erfahrende Reihe weltverändernder Ereignisse einordnen, die *Ulrich Beck* auf den Begriff der „Metamorphose der Welt“ zu bringen suchte, um seine Analyse der Risikogesellschaft (Beck 1986) konzeptionell zu aktualisieren. Der gegenwärtige Weltzustand, so *Ulrich Beck*, erfahre eine „umfassende Verwandlung (...), aus der ein vollständig anderer Typus, eine andere Realität, eine andere Art des In-der-Welt-Seins, der Welt-sicht und des politischen Handelns hervorgehen.“ (Beck 2017, S. 19) Treiber dieser Veränderungen sind sogenannte Megatrends – dauerhafte, ubiquitäre, globale und komplexe Veränderungen wie Globalisierung und Digitalisierung; systemische Risiken sind ihre Begleiterscheinung. Grundsätzlich besteht ein Risiko dann, wenn wahrscheinlich ein

Ereignis mit Schadensfolge eintritt. Von systemischen Risiken wird gesprochen, wenn es „hochgradig vernetzte Problemzusammenhänge mit schwer abschätzbaren Breiten- und Langzeitwirkungen, deren Beschreibung, Bewertung und Bewältigung mit erheblichen Wissens- und Bewertungsproblemen verbunden sind“ (Renn u. a. 2007, S. 176), zu bewältigen gilt. Zeitlich, räumlich und hinsichtlich des Schadens sind systemische Risiken entgrenzt und erzeugen damit ein hohes Maß an Komplexität, Unsicherheit und Ambiguität (vgl. ebd.). Sie streuen über ein breites Feld von Finanzmärkten und natürlichen oder technischen Katastrophen, von der Klimakrise bis zu Infektionskrankheiten – und es wird vermutet, dass ihr globales Auftreten immer wahrscheinlicher wird (vgl. z. B. OECD 2003).

Einzig gewiss ist das Ungewisse

Auch wenn die Corona-Pandemie kein Risiko mehr in dem Sinne ist, dass die Wahrscheinlichkeit eines Schadenseintritts durch den Ausbruch von Sars-CoV-2 zur Gewissheit wurde, bleibt sie systemisch riskant unter dem Aspekt ihrer Nebenfolgen. Dabei erstreckt sich das von der Pandemie beherrschte Feld über eine Vielzahl unterschiedlicher Dimensionen, erzeugt eine komplexe Gemengelage, in der heutige und künftige Unsicherheiten die Gewissheiten weit überwiegen.

Die Corona-Pandemie hat einerseits eine globale, unentrinnbare und kollektive Situation geschaffen, andererseits und gleichzeitig sehr ungleiche, überall individualisierte und teilweise auch extrem einsame Erfahrungen erzeugt.

In temporaler Hinsicht dominiert seit anderthalb Jahren Ungewissheit über den weiteren Verlauf und das mögliche Ende der Pandemie: Während Impffortschritte und sinkende Inzidenzzahlen in Deutschland im Sommer 2021 alte Freiheiten wiederbringen, wächst zeitgleich die Sorge um die Ausbreitung der Delta-Variante und eine vierte Welle. Versuche, in die Zukunft zu schauen, wie etwa eine tagesgenaue Prognose des Pandemieendes anhand fortgeschriebener Impffzahlen (vgl. Viehtauer 2021), bleiben →

mathematische Spielereien, weil sie die Unsicherheiten über die Verfügbarkeit von Impfstoffen und die Entwicklung der Impfbereitschaft nicht aus dem Weg räumen können. Sie zeugen aber von dem wachsenden Bedürfnis, im Rahmen bisheriger Parameter endlich wieder mehr Planungssicherheit für morgen zu gewinnen.

Die grundsätzliche Ungewissheit über die Dauer der Pandemie steht jedoch nur stellvertretend für die Unzahl damit verbundener konkreter Entscheidungsunfähigkeiten und Folgen: Vergleichsweise harmlos scheint die Unplanbarkeit von Urlauben im Vergleich zu den während aller Lockdownphasen unklaren Öffnungsperspektiven für Kitas, Schulen und Hochschulen, Geschäfte, Restaurants, Kulturbetriebe etc., an denen ökonomische Existenzen, Ausbildungschancen und grundlegende Lebenspläne hängen. Im Januar 2021 sahen knapp 80 % der Einzelhandelsunternehmen trotz Hilfsmaßnahmen ihre Existenzsicherung gefährdet. Der deutsche Handelsverband geht davon aus, dass 60 % der Einzelhändler in Innenstädten ohne weitere staatliche Hilfen Insolvenz anmelden müssen (vgl. HDE 2021). Zwischen März 2020 und Juni 2021 wurden insgesamt 142.205 Anträge auf KfW-Corona-Kredite gestellt, mit einem Gesamtvolumen von fast 64 Milliarden Euro (vgl. KfW 2021; vgl. auch Ass Compact 2021).

Durch aufgeschobene Lebensentscheidungen und notwendig gewordene Unterstützungsleistungen wird die Unsicherheit der Covid-Zeit sich weit in die Zukunft nach Corona ausdehnen: Im Wintersemester 2020 sank die Studienanfängerquote von 57,6 % im Jahr 2019 auf 54,8 % im Herbst 2020; bundesweit wurden in dem Jahr auch zwischen 5,7 (Mecklenburg-Vorpommern) und 14,2 % (Berlin) weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen als im Vorjahr (vgl. Statista 2021c). In der Summe müsste es sich um etwa 60.000 junge Leute weniger als im Vorjahr handeln, die weder eine Ausbildung noch ein Studium begonnen haben. In besseren Jahren würde man vermuten, dass sie stattdessen in der Welt Lebenserfahrungen sammeln. Aber was haben sie 2020 gemacht – und was hat 2020 mit ihnen gemacht?

All diese in der Not getroffenen Entscheidungen werden ein Nachspiel haben und verknüpfen die temporale Dimension der Pandemie mit unabsehbaren ökonomischen und sozialen Folgen für Einzelpersonen und die staatliche Entwicklung insgesamt: Im März 2021 schätzte das Finanzministerium die Corona-Schulden auf den unvorstellbaren Betrag von 1,3 Billionen Euro (vgl. Greive/Hildebrand 2021), die irgendwann und von irgendwem zurückgezahlt werden müssen.

Die Ungleichverteilung

In territorialer Hinsicht zeigen sich in der Dynamik des Prozesses die Schattenseiten der Globalisierung: Nach dem mutmaßlich ersten Ausbruch des neuartigen Coronavirus im chinesischen Wuhan Ende Dezember 2019 erklärte der Generaldirektor der *Weltgesundheitsorganisation*, *Tedros Adhanom Ghebreyesus*, einen Monat später den Ausbruch zu einer gesundheitlichen Notlage von internationaler Tragweite und verkündete damit die höchste Warnstufe der WHO. Zu diesem Zeitpunkt waren 18 Länder außerhalb Chinas betroffen, 98 Infekte und keine Todesfälle registriert. Schon Anfang März wurden fast 120.000 Fälle in 114 Ländern und mehr als 4.000 Todesfälle verzeichnet; am 11. März 2020 wurde der Ausbruch von Sars-CoV-2 offiziell zu einer Pandemie erklärt (vgl. WHO 2021b).

Eine Krise bezeichnet gemeinhin den Höhepunkt einer problematischen Entwicklung, auf dem sich entscheidet, ob die Krise als Chance genutzt werden kann, eine Rückkehr in den vorherigen Zustand möglich ist oder sie in eine Katastrophe mündet.

Die rasante globale Verbreitung der Pandemie ist leicht erfassbar in zahlreichen Karten dargestellt (vgl. z. B. JHU Corona Virus Resource Center 2021). Verborgener sind die dahinterliegenden globalen Ungleichheiten und Bruchlinien, die durch unterschiedliche Potenziale und Strategien zur Bewältigung der Krankheit verursacht werden. So hatten in den drei am meisten betroffenen Ländern – den USA mit 18,92 %, Indien mit 16,63 % und Brasilien mit 10,14 % Anteil von Fällen gemessen an der Gesamtbevölkerung (vgl. Worldometer 2021) – am 23. Juni 2021 in den USA 45,3 % der Bevölkerung zwei Impfungen erhalten, in Indien lediglich 3,8 % und in Brasilien 11,9 % (vgl. Statista 2021b).

Ein wesentlicher Aspekt bei der Impfstoffverteilung ist das unterschiedliche Vertragswesen, das die Länder weltweit etabliert haben. Insgesamt existierten im März 2021 mehr als 130 Verträge zwischen Pharmakonzernen mit Impfstoffen und Ländern weltweit. Hierbei haben sich Kanada, die USA, Europa und Australien nicht nur gut ver-

sorgt, sondern überversorgt: Kanada hat mehr als dreimal so viele Impfstoffe für sich gesichert, wie nötig wären, um die Bevölkerung vollständig zu impfen (335 %), Australien folgt mit 249 und Europa mit 231 %, die USA haben knapp doppelt so viele Impfstoffe vertraglich gesichert wie nötig. Einige wenige Länder haben etwa 100 % Impfstoffe in Aussicht; der Rest der Welt ist teilweise dramatisch und insgesamt unterversorgt (vgl. Bloomberg 2021a). Die Forderungen nach einer fairen Verteilung der Impfstoffe ist nicht nur eine Frage der Moral, Solidarität und Gerechtigkeit, sondern auch vorausschauender Vernunft im Interesse aller: Wissenschaftlich unzweifelhaft ist, dass eine globale Impfquote von mindestens 70 % notwendig ist, um die Pandemie zu beenden. Dieser Stand ist bislang nur in Gibraltar erreicht (vgl. Statista 2021b).

Insgesamt verhält sich die Versorgungsmöglichkeit mit Impfstoffen proportional zum Reichtum der Länder: Bevölkerungen in Ländern mit dem höchsten Einkommen werden 30-mal schneller geimpft als die armer Länder und die reichsten 27 Länder haben Zugriff auf fast ein Viertel aller Impfstoffe, wenngleich hier nur etwa 10 % der Weltbevölkerung leben (vgl. Bloomberg 2021b). Deutschland hat für 2022 bereits weitere 200 Millionen Impfdosen bestellt – für 83 Millionen Einwohner*innen. Gleichzeitige Solidaritätsaktionen, etwa im Rahmen der COVAX-Initiative der WHO, die mindestens 1,8 Mrd. Dosen für ärmere Länder verfügbar machen möchte (vgl. vfa 2021; WHO 2021a), sind wichtig, aber sie ändern das grundlegende Ungleichgewicht zwischen den Möglichkeiten der reichen und der ärmeren Ländern nicht und offenbaren die Verstärkung sozialer Ungleichheiten während der Pandemie.

Soziales und Unsoziales

Letzteres gilt nicht nur in globaler Hinsicht: In ihrem sechsten *Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung* aus dem Mai 2021 wird deutlich, dass auch in Deutschland die sozialen Folgen der Pandemie bestehende Ungleichheiten erheblich verschärft haben. So stieg die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2020 um 429.000 Personen auf 2,695 Millionen (vgl. Bundesregierung 2021, S. 34), teilweise waren fast 20 % aller Arbeitnehmer*innen der Bundesrepublik in Kurzarbeit (vgl. ebd., S. 35) und hatten entsprechende Einkommenseinbußen zwischen 20 und 40 %. Besonders betroffen waren Menschen mit Migrationshintergrund und unter ihnen noch einmal besonders Geflüchtete (vgl. ebd.). Insgesamt gaben bereits im August 2020 knapp 20 % der Befragten einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage an, dass sie Probleme bei der Deckung

ihrer Lebenskosten hätten; im untersten Einkommensquintil waren dies aber 30 %, im oberen weniger als 10 % (vgl. ebd., S. 47).



„90 % aller Befragten gaben im November 2020 an, dass ein ‚Auseinanderdriften der Gesellschaft‘ ihre größte Sorge darstellt.“

Foto: AdB

Für 21 % der Studierenden hat sich die eigene Einkommenssituation während der Pandemie verschlechtert, zusätzlich bei etwa einem Drittel der Studierenden auch die der Eltern. Für 6,2 % der Studierenden traf beides zu und besonders in dieser Gruppe steigt die Tendenz zu Studienabbrüchen. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen ist im Jahresschnitt 2020 um 817.000 Personen bzw. 12 % gestiegen (vgl. ebd., S. 502). Die Liste lässt sich fortsetzen: Auch wenn die Datenlage insgesamt noch verbessert werden muss, „kann inzwischen als gesichert gelten, dass sich Menschen mit niedrigem sozialen Status und Menschen mit Migrationshintergrund häufiger mit SARS-CoV-2 infizieren und ein erhöhtes Risiko für schwere oder tödliche Verläufe von Covid-19 haben“ (Heisig 2021, S. 341 f.). Die Zahl der Opfer häuslicher Gewalt stieg im Jahr 2020 um 6 %, zwei Drittel der Opfer sind Frauen (vgl. RND 2021). Und: „Wir erleben eine entsetzliche Retraditionalisierung. Die Aufgabenverteilung zwischen Männern und Frauen ist wie in alten Zeiten: eine Rolle zurück.“ (Allmendinger 2020, S. 45; vgl. aber auch kritisch hierzu Krohn 2021) Landauf, landab wurden Senior*innen monatelang kaserniert, lebten und starben einsam. Obdachlose, die sich nicht an die Corona-Regeln halten konnten, wurden wegen des Verstoßes teilweise zu drastischen Strafen verurteilt (vgl. SWR 2020).

Die Liste bleibt unvollständig und die Statistik ist ignorant gegenüber den Einzelschicksalen. Bei all diesen Entwicklungen sollte nicht verschwiegen werden, dass die →

Bundesrepublik enorme finanzielle Anstrengungen unternommen hat, um die Folgen der Pandemie abzufedern. Allein für die Überbrückungshilfen für Unternehmen und Selbständige wurden mehr als 100 Milliarden Euro bereitgestellt, weitere 32 Milliarden kamen für die Finanzierung der Kurzarbeit hinzu (vgl. Bundesregierung 2021; vgl. auch Statistisches Bundesamt 2021).



„Auch in Deutschland haben die sozialen Folgen der Pandemie die bestehenden Ungleichheiten erheblich verschärft.“ Foto: AdB

Politik (nach) der Pandemie

Mit Absicht habe ich den Begriff der Coronakrise weitgehend vermieden. Eine Krise bezeichnet gemeinhin den Höhepunkt einer problematischen Entwicklung, auf dem sich entscheidet, ob die Krise als Chance genutzt werden kann, eine Rückkehr in den vorherigen Zustand möglich ist oder sie in eine Katastrophe mündet. Die Pandemie aber bietet (mit wenigen Ausnahmen, vgl. BDU o. J.) keine Chancen, sie ist der ultimative Schadensfall und hat die Welt quasi über Nacht in einen Ausnahmezustand katastrophiert. Dies gilt jedenfalls in einem alltagssprachlichen Sinn; umstritten ist, ob dies auch nach den Maßstäben wissenschaftlicher Auseinandersetzungen mit dem Ausnahmezustand gilt. *Jens Kersten* hält dagegen: „Wir erleben in der Coronakrise gerade keinen Ausnahmezustand, sondern einen demokratischen Rechts- und Sozialstaat bei der Arbeit. (...) Ja, in der Krisenbewältigung sind der Politik auch rechtswidrige Maßnahmen unterlaufen. Doch diese wurden und werden in der verfassungsstaatlichen Arbeitsteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative ganz überwiegend schnell und konsequent korrigiert.“ (Kersten 2021, S. 87) Im Anschluss an *Günter Frankenberg* hingegen kann durchaus in der beispiellosen Aussetzung fundamentaler Grundrechte ein Ausnahmezustand diagnostiziert

werden. Allerdings erweisen sich die von ihm unterschiedenen Referenzpunkte für die Ausrufung eines Ausnahmezustandes in der Praxis als schwer unterscheidbar: *Frankenberg* trennt analytisch eine tatsächliche Notsituation, eine Notverordnung als Reaktion auf „politische Krisen und Bedrohungen, die höherer Gewalt gleich gesetzt werden, weil sie (angeblich) den Rahmen und die Routinen üblicher Gefahrenabwehr sprengen“ (Frankenberg 2017, S. 5), und eine herbeigeredete Notlage und deutet damit unterschiedliche Legitimitätsgrade der Abweichung von den üblichen Regeln an. Im Fall von Covid-19 zeigt die Erfahrung, dass durchaus unterschiedliche Auffassungen darüber bestehen, ob der Notstand real oder erdacht ist. So sind 33 % einer repräsentativen Befragung überzeugt, dass „die Coronakrise (...) so groß geredet (wurde), damit einige wenige davon profitieren können“, weitere 15,4 % halten das immerhin für möglich (vgl. Schließler u. a. 2020, S. 301). Ob also eine tatsächliche und eine nur behauptete Notlage sich zweifelsfrei unterscheiden lassen, hängt auch vom Vertrauen in Wissenschaft und Politik ab, um das es in der Bundesrepublik derzeit eher schlecht bestellt ist (vgl. Rees/Lamberty 2019). Entsprechend wird auch die Einschränkung der Freiheitsrechte der letzten Monate von den einen als notwendiger Schlüssel zur Lösung der Pandemie, von anderen als diktatorisch empfunden, und so ist die Bevölkerung nicht nur in sozialer, sondern auch in politischer Hinsicht tief gespalten. 90 % aller Befragten gaben im November 2020 an, dass ein „Auseinanderdriften der Gesellschaft“ ihre größte Sorge darstellt, noch vor den Sorgen um die Gesundheit (70 %) und um die eigene wirtschaftliche Situation (58 %; vgl. Statista 2021a, S. 18).

Es gibt in der Summe allen Grund zur Sorge, dass das Ende der Pandemie, wenn es dann endlich einmal erreicht sein wird, nicht das Ende der Katastrophe darstellen wird.

Es gibt in der Summe allen Grund zur Sorge, dass das Ende der Pandemie, wenn es dann endlich einmal erreicht sein wird, nicht das Ende der Katastrophe darstellen wird: Die immensen Schulden, die in der Pandemie angehäuft wurden, werden Verteilungskonflikte weiter anfeuern. In der Pandemie wurden reihenweise politische Fehler (vgl.

Dobner/Fischer 2018) gemacht, die es nicht nur zu „verzeihen“ (Spahn) gilt, sondern aufzuarbeiten. Renationalisierungstendenzen und sogar Subnationalisierungstendenzen, wie sie etwa in der Beschränkung der Reisefreiheit innerhalb der Bundesrepublik deutlich wurden, verstärken Ressentiments gegen „die Anderen“, die ohnehin auf dem Vormarsch sind (vgl. Decker/Brähler 2020). Das Amalgam aus Verschwörungsmentalität, Politikverdrossenheit, Rassismus, Sexismus und immer wieder auch Antisemitismus fand in der Pandemie einen hervorragenden Nährboden. Vieles spricht dafür, dass wir es „über die Verweigerung der Corona-Maßnahmen hinaus (...) mit einer demokratiegefährdenden Bewusstseinslage zu tun (haben), die sich mit der Pandemie einen austauschbaren krisenhaften Anlass gesucht hat und diese überdauern wird.“ (Petrik 2021, S. 284) Anders formuliert: Auch die (außer-)schulische politische Bildung steht während und nach der Pandemie vor enormen Herausforderungen – möge der „didaktische Koffer“ (Reinhardt 2014) gut gefüllt sein!

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2021

Zur Autorin



Dr. Petra Dobner ist Professorin für Politikwissenschaft, insbesondere Systemanalyse und Vergleichende Politikwissenschaft, an der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg

petra.dobner@politik.uni-halle.de

Literatur

Allmendinger, Jutta (2020): Zurück in alte Rollen. Corona bedroht die Geschlechtergerechtigkeit. In: WZB Mitteilungen 2020 / Heft 168, S. 45–47

Ass Compact (2021): So stark belastet die Corona-Krise Unternehmensfinanzierungen; www.asscompact.de/nachrichten/so-stark-belastet-die-corona-krise-unternehmensfinanzierungen (Zugriff: 03.07.2021)

BDU (o. J.): Die Gewinner und die Verlierer der Corona Krise; www.bdu.de/fachthemenportal/markttrends/die-gewinner-und-die-verlierer-der-corona-krise-eine-bilanz (Zugriff: 02.07.2021)

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Beck, Ulrich (2017): Die Metamorphose der Welt. Berlin: Suhrkamp

Bloomberg (2021a): Covid-19 Deals Tracker: 9.6 Billion Doses Under Contract We're tracking 137 agreements between countries and drugmakers. The U.S. has secured 1.21 billion doses; www.bloomberg.com/graphics/covid-vaccine-tracker-global-distribution/contracts-purchasing-agreements.html (Zugriff: 03.07.2021)

Bloomberg (2021b): More Than 3.01 Billion Shots Given: Covid-19 Tracker In the U.S., 325 million doses have been administered; www.bloomberg.com/graphics/covid-vaccine-tracker-global-distribution (Zugriff: 03.07.2021)

Bundesregierung (2021): Lebenslagen in Deutschland. Der Sechste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung; www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/sehster-armuts-reichtumsbericht.pdf (Zugriff: 01.07.2021)

Decker, Oliver / Brähler, Elmar (2020): Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität. In: Dies. (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Gießen: Psychosozial Verlag, S. 15–26

Dobner, Petra / Fischer, Torben (2018): Versagen, Fiasko, Katastrophe! Schritte zu einem Forschungskonzept über politische Fehler. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 49/2018, S. 870–884

Frankenberg, Günter (2017): Im Ausnahmezustand. In: Kritische Justiz 50/2017, S. 3–18

François, Etienne / Schulze, Hagen (2001): Einleitung. In: Dies. (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte, Band 1. München: C.H. Beck

Greive, Martin / Hildebrand, Jan (2021): 1,32 Billionen Euro Corona-Schulden und kein Ende in Sicht: So teuer wird die Krise für Deutschland; www.handelsblatt.com/politik/deutschland/rekord-neuerschuldung-1-32-billionen-euro-corona-schulden-und-kein-ende-in-sicht-so-teuer-wird-die-krise-fuer-deutschland/27034064.html?ticket=ST-2651119-wEPA3zM7bZK6Czos64u-ap2 (Zugriff: 03.07.2021)

HDE – Handelsverband Deutschland (2021): „Aktuelle HDE-Trendumfrage: Für rund 80 Prozent der betroffenen Einzelhändler reichen die derzeitigen Hilfsmaßnahmen nicht aus“, <https://einzelhandel.de/presse/aktuellemeldungen/13116-aktuelle-hde-trendumfrage-fuer-rund-80-prozent-der-betroffenen-einzelhaendler-reichen-die-derzeitigen-hilfsmassnahmen-nicht-aus> (Zugriff: 03.07.2021)

Heisig, Jan Paul (2021): Soziale Ungleichheit und gesundheitliches Risiko in der Pandemie. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Corona. Pandemie und Krise. Bonn: bpb, S. 332–344

JHU Corona Virus Resource Center (2021): COVID-19 Dashboard by the Center for Systems Science and Engineering (CSSE) at Johns Hopkins University (JHU); <https://coronavirus.jhu.edu/map.html> (Zugriff: 03.07.2021)

Kersten, Jens (2021): Leben wir in der Virokratie? Wie sich in der Pandemie unsere Demokratie bewährt. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, April 2021, S. 87–96 →

KfW (2021): Informationen für Medienvertreter und Multiplikatoren: KfW-Corona-Hilfe; www.kfw.de/KfW-Konzern/Newsroom/Aktuelles/KfW-Corona-Hilfe-2.html (Zugriff: 03.07.2021)

Krohn, Philipp (2021): Retraditionalisierung? Care-Arbeit und Geschlechterverhältnisse in der Corona-Krise. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Corona. Pandemie und Krise. Bonn: bpb, S. 369–377

Leibniz Institut für deutsche Sprache (Hrsg.) (2006 ff.): Neologismenwörterbuch. In: OWID – Online Wortschatz-Informationssystem Deutsch. Mannheim: Leibniz-Institut für Deutsche Sprache

Müller, Stefan (2020): Die Spanische Grippe. Wahrnehmung und Deutung einer Jahrhundertpandemie im Spiegel der sozialdemokratischen Presse. Bonn: FES

OECD (2003): Emerging systemic risks in the 21st century. An agenda for action. Paris: OECD

Petrik, Andreas (2021): Corona-Verschwörungstheorien im Faktencheck. Entwurf einer wissenschaftspropädeutischen Problemstudie. In: GWP – Gesellschaft, Wirtschaft, Politik 2-2021, S. 283–295

Rees, Jonas / Lamberty, Pia (2019): Mitreißende Wahrheiten: Verschwörungsmymen als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In: Zick, Andreas / Schröter, Franziska u. a. (Hrsg.): Verlorene Mitte – feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn: Dietz, S. 203–222

Reinhardt, Sibylle (2014): „Ich freue mich, dass Sie Spaß am Politik-Unterricht haben“. Ein Streifzug durch das Werk der Politikdidaktischen Klassikerin Sibylle Reinhardt; hrsg. von Tilman Grammes und Andreas Petrik. Leverkusen-Opladen: Verlag Barbara Budrich

Renn, Ortwin u. a. (2007): Risiko. Über den gesellschaftlichen Umgang mit Unsicherheit. München: oekom verlag

RKI – Robert-Koch-Institut (2017): 1981 bis 1990: AIDS – die politische Dimension in den 1980er Jahren; www.rki.de/DE/Content/Institut/Geschichte/Bildband_Salon/1981-1990.html (Zugriff: 03.07.2021)

RND – Redaktionsnetzwerk Deutschland (2021): Statistik: Deutlich mehr häusliche Gewalt in der Corona-Krise: www.rnd.de/panorama/statistik-deutlich-mehr-haeusliche-gewalt-in-der-corona-krise-HV4CJGQBQPFQWW45G7HPAHFY4.html (Zugriff: 01.07.2021)

Schließler, Clara u. a. (2020): Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität in Zeiten der Pandemie. In: Decker, Oliver / Brähler, Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Gießen: Psychosozial Verlag, S. 283–308

Statista (2021a): Auswirkungen des Coronavirus (COVID-19) auf das gesellschaftliche Leben; <https://de.statista.com/statistik/studie/id/72607/dokument/auswirkungen-des-coronavirus-auf-das-gesellschaftliche-leben/#professional> (Zugriff: 03.07.2021)

Statista (2021b): Bevölkerungsanteil mit COVID-19-Impfung nach ausgewählten Ländern weltweit; <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1203308/umfrage/impfstoffabdeckung-der-bevoelkerung-gegen-das-coronavirus-nach-laendern> (Zugriff: 01.07.2021)

Statista (2021c): Bildung in Zeiten von Corona; <https://de.statista.com/statistik/studie/id/89830/dokument/bildung-in-zeiten-von-corona> (Zugriff: 01.07.2021)

Statista (2021d): Epidemien und Pandemien 1918–2021; <https://de.statista.com/statistik/studie/id/70638/dokument/weltweite-krankheitsausbrueche-bis-2020> (Zugriff: 28.06.2021)

Statistisches Bundesamt (2021): Auswirkungen der Coronapandemie. Auszug aus dem Datenreport 2021; www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/Downloads/datenreport-2021-kap-14.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff: 11.07.2021)

SWR (2020): Pandemie verschärft schwierige Lage. Diakonie Baden kritisiert „horrende Corona-Bußgelder“ gegen Obdachlose; www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/karlsruhe/obdachlose-leiden-unter-corona-102.html (Zugriff: 03.07.2021)

vfa (2021): So funktioniert COVAX: Ziel ist der weltweite Zugang zu Covid-Impfstoffen; www.vfa.de/de/arzneimittel-forschung/coronavirus/covax-facility (Zugriff: 01.07.2021)

Viehtauer, David (2021): Pandemieende; <https://pandemicend.info> (Zugriff: 01.07.2021)

WHO – Weltgesundheitsorganisation (2021a): COVAX. Working for global equitable access to COVID-19 vaccines; www.who.int/initiatives/act-accelerator/covax (Zugriff: 01.07.2021)

WHO – Weltgesundheitsorganisation (2021b): Pandemie der Coronavirus-Krankheit (COVID-19); www.euro.who.int/de/health-topics/health-emergencies/coronavirus-covid-19/novel-coronavirus-2019-ncov (Zugriff: 03.07.2021)

Worldometer (2021): Coronavirus Worldwide Graphs; www.worldometers.info/coronavirus/worldwide-graphs/#case-distribution (Zugriff: 02.07.2021)

Veränderungen von Räumen der politischen Bildung in Zeiten des Corona-Virus

Zwischen Utopie und Realität

Das Corona-Virus hat die Gesellschaft modifiziert. Dies gilt auch für die Räume, in denen politische Bildung für Kinder und Jugendliche erfahrbar ist. Diese Veränderungen werden hier beschrieben. Dafür beginnt der Text zunächst mit einer Vision, wie die Räume der politischen Bildung unter der Berücksichtigung der Bedürfnisse der jungen Menschen gestaltet sein müssten, fokussiert auf die Perspektive, dass die Pandemie auch ein Lernanlass sein kann. von Stine Marg

Beginnen wir mit einer Utopie, wie der Spätsommer 2021 aussehen könnte: Wir haben uns mit dem Virus SARS-CoV-2 arrangiert. Dafür haben die jeweiligen Nationen unterschiedliche Strategien zu verschiedenen Zeitpunkten der pandemischen Krise erprobt, verworfen und weiterentwickelt. Deutschland hat einen probaten Mittelweg gefunden, um die vulnerablen Bevölkerungsgruppen zu schützen und die damit verbundenen Einschränkungen der individuellen Freiheiten insbesondere für die weniger gefährdeten Personen so gering wie möglich zu halten. Die vorhandenen Ressourcen wurden mit Augenmaß verteilt, um die Folgen der zahlreichen individuellen, wirtschaftlichen und sozialen Einschränkungen gleichmäßig abzufangen. Auch eine jener Gruppen, die in der ersten kritischen Phase der Pandemie fast vergessen wurde, die Kinder und Jugendlichen sowie ihre Bedürfnisse, finden mittlerweile hinreichende Beachtung im politischen Umgang mit der Pandemie und ihren Folgen. Die Zeit der Spekulationen und indirekten Beschuldigungen der Kinder als „Pandemietreiber“ ist endgültig vorüber. Es liegen umfangreiche Studien zur Übertragbarkeit, Krankheitsverläufen und Infektionsrisiken für alle Altersgruppen, differenziert nach Hygiene- und Abstandsplänen vor, um sys-

tematisch verschiedene Risiken einschätzen und Kindern die Angst nehmen zu können, sich selbst, aber auch ihre Eltern und Großeltern unbemerkt mit einer todbringenden Krankheit zu infizieren. Es wird das Möglichste getan, um die durch die zahlreichen Einrichtungs- und Schulschließungen entstandenen Defizite und Verlusterfahrungen zu kompensieren und der erwarteten erneuten Ausbreitung des Virus und seiner inzwischen unzähligen Varianten im anstehenden Herbst und Winter vorzubeugen. Mehr Personal in den Kindertageseinrichtungen und in allen Schultypen ermöglicht kleine Betreuungs- und Lerngruppen, die nicht nur das Risiko der unkontrollierten Virusausbreitung minimieren, sondern gleichzeitig zu einer nachhaltigen Entwicklung der Bildungssituation beitragen. Ein kreatives Raumkonzept, sowie umfangreiche Test- und Impfstrategien für alle Altersgruppen garantieren im Rahmen des Möglichen wenn nicht eine Rückkehr zur Normalität, so doch wenigstens die so wichtige Verlässlichkeit für die junge Generation. Mehr und mehr wird die Krise überwunden und kehren alltägliche Routinen, Perspektiven zur langfristigen Lebensplanung und verlorengegangene Sicherheitsgefühle zurück. Selbst die vielfältigen außerschulischen Räume sind aufgrund nachhaltiger Förderstrategien der öffentlichen →

zu Beginn der Pandemie im Umgang mit den jungen Menschen wiederholen werden. Auch wenn die Lehrer*innen überwiegend geimpft oder zahlreiche Klassenräume mit Luftfiltern ausgestattet sind, hat man dennoch den Eindruck, dass die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen im Gegensatz zu den anderen Bevölkerungsgruppen keine Priorität haben. So stellen beispielsweise Bund und Länder rund zwei Milliarden Euro für die Bearbeitung der Lernrückstände seit Ausbruch der Pandemie zur Verfügung, während hingegen die Niederlande mit rund 17,28 Millionen Einwohner*innen ein Paket mit über acht Milliarden Euro schnüren (vgl. Thümler 2021). Eine flächendeckende Digitalisierung oder gezielte Förderung für besonders benachteiligte Schüler*innen wird so auch in den kommenden Phasen des Homeschooling kaum umsetzbar sein.

Obwohl wir uns offenbar langfristig mit dem Virus und seinen Mutationen arrangieren müssen, sind etliche Rahmenbedingungen, die es der jungen Generation ermöglichen, sich trotz der Corona-Krise selbstbestimmt und frei zu entfalten, noch immer nicht gegeben.

Während das Ende des ersten Lockdowns durch die Hoffnung geprägt war, dass sich ein solches Drama wie im Frühjahr 2020 für die Kinder und Jugendlichen – damit sind die Schließungen von Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, auch außerschulischen Freizeit- und Bildungsangeboten sowie die Absperrung des öffentlichen Raums gemeint – nicht wiederholen wird, erwarten wir mittlerweile resigniert die bereits durch die Expert*innen angekündigte vierte Welle. Zusammengefasst hat der sogenannte Wellenbrecher-Lockdown seit Mitte November 2020, der am 16. Dezember 2020 in einen harten Lockdown umgewandelt und bis Pfingsten 2021 mehr oder weniger flächendeckend aufrechterhalten wurde, längere und damit z. T. auch härtere Einschnitte für die Kinder und Jugendlichen gebracht als die ersten Schließungen im Frühjahr 2020. Dieser zehrende Prozess war nach dem ersten Lockdown noch unvorstellbar und hat massive Auswirkungen auf Räume der politischen Bildung. Der Zustand dieser Räu-

me, der Kindertageseinrichtungen, Schulen, Universitäten und außerschulischen Einrichtungen, der sich folglich stark verändert hat und noch immer von der eingangs beschriebenen Utopie weit entfernt ist, soll im Folgenden exemplarisch und rudimentär umrissen werden (vgl. BMFSFJ 2020).

Was zählt politische Bildung im pandemischen Ausnahmezustand?

Durch die monatelange Schließung der Lern- und Betreuungseinrichtungen, sowie sämtlicher Freizeit-, Kultur- und Bildungsangebote waren die Kinder und Jugendlichen beinahe ausschließlich auf die Möglichkeiten und Bedingungen des unmittelbaren familiären Umfeldes angewiesen. Während die einen hier eine privilegierte Situation erlebten, gefördert wurden und über die entsprechenden Ressourcen verfügen, mussten andere in desaströsen und bedrohlichen Verhältnissen ausharren. Zur Konzentration auf das Familienleben gab es für Kinder im Lockdown nur wenig Alternativen, denn selbst Spielplätze, Parkanlagen, Strände und Rodelhügel blieben über Wochen gesperrt. Und gerade jene Kinder, die noch nicht über Lese- und Schreibfähigkeit verfügen, können ohne die unterstützende Transmitterfunktion der Erziehungsberechtigten im Lockdown kaum mit Gleichaltrigen in Kontakt bleiben. Sie können nicht die leibliche und räumliche Distanz zu dem Gegenüber überbrücken. Für sie bleibt es beim *social distancing*, der sozialen Distanzierung, die die Kinder nicht in das vielgepriesene *physical distancing* (vgl. exemplarisch Stumpf 2020), d. h. lokale Separation bei gleichzeitiger Kontakt- und Anteilnahme, umwandeln können. Auch wenn mit jedem neuen (drohenden) Lockdown die als notwendig deklarierten Schließungen weniger überraschend kommen mögen, bedeuten die „Notbetriebe“ der Kindertageseinrichtungen für viele Kinder Leerlauf, Langeweile, Frustration und vor allem kaum Kontakt zu Gleichaltrigen. Gerade weil diese Maßnahmen der Kontaktvermeidung bereits so lange andauern, wächst mittlerweile eine durch soziale Distanz geprägte Generation heran. Kleinkinder, die nicht am Babyschwimmen teilnehmen konnten, die nicht in Krabbelgruppen waren, die kaum mit fremden Personen zu interagieren lernen, weil diese ihre Emotionen stets hinter eine Maske verbergen (müssen). Die Jüngsten können gar nicht (mehr) wissen, wie das gesellschaftliche Zusammenleben aussieht, wenn es nicht durch die Ausbreitung eines Virus dominiert wird. Es mangelt so an einem Erwerb sozialer Kompetenzen, die u. a. Voraussetzungen für sinnliche Erfahrungen im Rahmen der politischen Bildung sein können. →

Vierorts hat sich zwar die Idee der sogenannten Notbetreuung für Kinder bis zwölf Jahre, deren Eltern systemrelevante Berufe ausüben – abhängig von den jeweils geltenden regionalen Bestimmungen und Kapazitäten – eingespielt und viele Träger bemühen sich unter großem Aufwand, auch Kinder mit besonderem Förderbedarf in die Notbetreuung aufzunehmen. Dennoch: Selbst in den Phasen zwischen dem letzten Lockdown und den erwarteten nächsten Kontaktbeschränkungen entfallen in den Kinderbetreuungseinrichtungen pandemiebedingt das Jahr strukturierende Feste, gemeinsame Veranstaltungen und Geburtstagsfeiern. Gruppenübergreifende Betreuungskonzepte oder Raumnutzungspläne, externe Besucher (z. B. Handpuppentheater), Ausflüge zur Feuerwehr, der Polizei und in den Zoo fallen für die Kinder auch im zweiten Jahr der Pandemie aus oder werden unter den Bedingungen der Krise nur rudimentär simuliert. Erwartungssicherheit und Vertrauensaufbau können sich unter diesen Bedingungen nicht oder kaum entwickeln. Jedes geplante und lang ersehnte Fest, jede vorgenommene Verabredung im weiteren Freundeskreis, jeder Familienausflug oder gar -urlaub steht und fällt mit den aktuell geltenden Infektionsschutzbestimmungen.



Zum Familienleben gab es für Kinder im Lockdown nur wenig Alternativen, denn selbst Spielplätze blieben über Wochen gesperrt. Foto: Katie Gerrard / unsplash

All diese Maßnahmen führen für die Kinder insgesamt zu reduzierten Begegnungen, weniger Interaktionen, damit einher gehen entgangene Erfahrungen und Vertrauensverluste in andere Menschen und staatliche Institutionen. Weniger soziale Kontakte führen auch dazu, dass Menschen aller Altersgruppen weniger das Gefühl haben, ihr Leben zu kontrollieren, in der Folge sinkt auch die Lebenszufriedenheit (vgl. Schröder 2020, S. 201). Durch die

verminderten gesellschaftlichen Interaktionen entstehen deutlich weniger Gelegenheiten zur Herausbildung verschiedener Kompetenzen, die für das Agieren in heterogenen und größeren Gruppen zwingend erforderlich sind. Dabei sind all diese Begegnungen und so erlernten Praktiken Voraussetzungen für gelungene politische Bildungs- und Selbstbildungsprozesse. Im Rahmen der politischen Bildungsangebote, die für jene Kinder in späteren Entwicklungsphasen bereitgehalten werden, muss zumindest reflektiert werden, wie diese Defizite kompensiert und aufgeholt werden können. Der beschriebene Erfahrungsmangel und das erwartete Misstrauen werden überdies die politische Sozialisation der Kinder zurückwerfen oder zumindest erschweren.

All diese Maßnahmen führen für die Kinder insgesamt zu reduzierten Begegnungen, weniger Interaktionen, damit einher gehen entgangene Erfahrungen und Vertrauensverluste in andere Menschen und staatliche Institutionen.

Auch die Schulkinder waren von den Schließungen betroffen. Zwar war nach dem ersten Lockdown im Jahr 2020 der politische Wille groß, den schulischen Regelbetrieb so lange wie möglich aufrecht zu erhalten. Dennoch: Quarantäne für einzelne Klassen oder Klassenstufen, Schulschließungen aufgrund lokaler Ausbrüche des Virus, von der Pandemielage abhängige Stufenpläne, partielles und vollständiges Homeschooling sowie die Aussetzung der Präsenzpflcht führten dazu, dass Schule kein verlässlicher Lernraum mehr für Kinder und Jugendliche ist. Hinzu kommt die mangelnde technische Ausstattung der Schulen und einiger Schüler*innen, die insbesondere im ländlichen Raum desaströsen Internetanbindungen sowie die unzureichend aufgebaute Medienkompetenz vieler Lehrenden. Zwar wurde die Zeit nach dem ersten Lockdown im Jahr 2020 zumindest soweit genutzt, dass an den meisten Einrichtungen einige Leihgeräte für die Lernenden und Lehrenden zur Verfügung standen, doch es fehlt auch weiterhin an Netzwerkanbindungen, schuleigenen Cloudlösungen oder spezifischer (datenschutzrechtlich

unbedenklicher) Software. Unter diesen Bedingungen sind für Viele Stress und negative Emotionen ein ständiger Begleiter im Raum Schule. Dass dies kein förderliches Lernklima bedeutet und sich die Kinder unter diesen Rahmenbedingungen nur wenig neue Lerninhalte aneignen können, zeigen bereits erste Studien (vgl. Hammerstein u. a. 2021).

Gleichzeitig kam es sowohl in den Phasen des Lockdowns als auch während des Regelbetriebs zu einer Fokussierung und Reduzierung auf die Kernfächer. Politische Bildung als Unterrichtsfach, Querschnittsthema und erst recht als Bestandteil der Schulkultur spielte und spielt unter den Bedingungen der Pandemie kaum noch eine Rolle – obwohl es, wie oben angedeutet, zahlreiche thematische Anknüpfungspunkte gäbe. Überdies sind das Homeschooling und der Unterricht in geteilten Lerngruppen deutlich hierarchischer organisiert, die Mitsprache der Schüler*innen hinsichtlich des Lernstoffes ist massiv gesunken. Umso länger die pandemiebedingten Einschränkungen andauern werden, desto wahrscheinlicher ist es, dass erreichte Ziele insbesondere im Rahmen der demokratischen Schulkultur verloren gehen oder mit viel Kraft und Energie wieder aufgeholt werden müssen. Aktuell wird in der öffentlichen Debatte die Schule ausschließlich unter dem Aspekt der Wissensvermittlung diskutiert. Der für die jungen Menschen als Lernort etablierte und vertraute Raum verschenkt so deutlich sein Potenzial für die Vermittlung von Krisenbewältigungs- und Verarbeitungsstrategien.

Den Problemen der technischen Unterausstattung und des Medienkompetenzmangels der Lehrenden konnten die Universitäten und Fachhochschulen häufig besser als die Schulen begegnen. Die Umstellung auf die Online-Lehre und auf digitale Prüfungsformate gelang hier überwiegend gut, die Corona-Pandemie war geradezu ein Treiber für die Digitalisierung der Hochschulen. Dennoch: Gerade die diskursiven Settings von Seminarsitzungen, die vor allem für politische Bildungsprozesse relevant sein können, lassen sich trotz großem Engagement der Lehrenden und Lernenden sowie vorhandener Hard- und Software nicht eins zu eins in digitale Formate übertragen (vgl. Winde u. a. 2020). Es fehlen die Ausstrahlung, Stimmung und Atmosphäre durch die unmittelbare Anwesenheit der anderen, die oft erst die eigenen Reflexionen in Gang setzen (vgl. Kammandel 2021). Es fehlt, wie *Ulrike Draesner* (2020, S. 47) schreibt, die „reale Gegenwart“, der Zufall, das Unplanbare, die „körperliche Anwesenheit der anderen, die mir das Gefühl vermittelt, in der Welt gehalten zu sein.“ Auch wenn die Grafikkarten heiß laufen, bleiben die Bildschirme kalt und die jungen Menschen unberührt. Inge-

samt scheint es, als erlebe auch die Hochschullehre ein ähnliches Schicksal, wie der Unterricht an den Schulen: Es geht vorwiegend um Input und Wissensvermittlung, statt um autonome Selbstbildungsprozesse oder Lernen durch Erfahrungen. Selbst für das vierte Semester unter den Bedingungen der Pandemie planen viele Hochschulen einen Großteil der Veranstaltungen digital. So könnten ggf. Studierende, die nicht ein einziges Mal den Campus ihrer Universität betreten, mit Kommiliton*innen in der Mensa gegessen oder in der Universitätsbibliothek ein Buch gesucht haben, viersemestrige Studiengänge abschließen. Selbst Auslandssemester wurden digital aus dem WG-Zimmer heraus absolviert, der Hochschulsport findet via Videoformat statt, Feiern und Geselligkeiten, interkulturelle Begegnungen, zwischenmenschliche Kontakte – all das fehlt auch den Studierenden. Systematische Beobachtungen zeigen (vgl. exemplarisch Traus u. a. 2020), dass der psychosoziale Druck steigt, Beratungsstellen stark nachgefragt sind und sich die Studienzeiten offenbar verlängern (werden). Gleichzeitig erhöht sich für viele Studierende auch die individuelle wirtschaftliche Belastung, sie mussten und müssen auf Einkommensverluste in der Pandemie reagieren und sind mitunter gezwungen, wieder in die elterlichen Wohnverhältnisse zurückzukehren. Auch die oft einen Übergang in den Beruf sichernden Praktika entfallen seit März 2020 flächendeckend. Aus sozialpsychologischen Untersuchungen und der Analyse historischer Verhältnisse wissen wir, dass Zukunftsängste und finanzielle Nöte Vorurteile und feindselige Einstellungen gegenüber Fremden befördern können. Auch das sind weitere Herausforderungen für die Räume der politischen Bildung (vgl. exemplarisch Monnet 2020).

Während des Lockdowns wurde die Trennung zwischen Räumen des Privaten und des Lernens und Arbeitens auch für junge Menschen durchlässig. Die Sphären der Schule, der Universität und des Berufslebens auf der einen und der Begegnungen mit Bekannten, der Austausch mit Freunden, die Stunden mit der Familie auf der anderen Seite gehen beinahe nahtlos ineinander über. Zeiten, in denen junge Menschen dem Imperativ des Lernens unterworfen sind oder ihrem Arbeitgeber zur Verfügung stehen müssen, dehnen sich massiv über den Tag verteilt aus und drängen Rückzugsmöglichkeiten zurück. Da alles stets digital und insbesondere in der Hochschullehre auch asynchron möglich ist, schrumpfen die Gelegenheiten zur Erholung massiv. In diesem Zusammenhang wird oft Resilienz gefordert. Die jungen Menschen sollen Widerstandskraft gegen Stress erlernen und sich der durch die Krise erschütterten →

Umwelt anpassen (vgl. Graefe 2019). Die Krise wird so zum Instrument der Disziplinierung. Gestaltung, Autonomie oder gar Kritik und Verweigerung treten so erst gar nicht in den Deutungshorizont der Kinder und Jugendlichen beziehungsweise spielen in ihrem Handlungsrepertoire keine Rolle.

Auch wenn die Grafikkarten heiß laufen, bleiben die Bildschirme kalt und die jungen Menschen unberührt.

Während die Schulen und Betreuungseinrichtungen jedoch wenigstens teilweise geöffnet bleiben konnten, wurden die Einrichtungen der außerschulischen politischen Bildung sowohl im Frühjahr 2020 als auch im darauffolgenden Lockdown 2020/2021 geschlossen. Dies bedeutet starke Einschnitte in die Trägerlandschaft. Viele Einrichtungen werden die Einnahmeverluste nicht kompensieren können, der Verlust durch Schließungen könnte die außerschulische politische Bildung nachhaltig schwächen. Auch wenn hier mittlerweile zahlreiche kreative digitale Formate entwickelt werden konnten, die jede Video-Konferenz-Session locker überbieten, kann der reale Erfahrungsmangel auch in diesem Raum nur schwerlich kompensiert werden. So sind mehr oder weniger durchgehend seit dem Frühjahr 2020 internationale und interkulturelle Begegnungen sowie sämtliche außerschulische Austauschprogramme abgesagt. Je länger der pandemische Ausnahmezustand andauert, sind diese mitunter sehr prägenden Erfahrungen, an welche die politische Bildung häufig anschließen kann, auch für Kinder und Jugendliche generationelle Verlusterfahrungen.

Umfragen zeigen deutlich, dass sich die jungen Menschen mit ihren Bedürfnissen in der Pandemie vergessen fühlen (vgl. Andresen u. a. 2021). Kinder und Jugendliche erfahren täglich, dass man sie ausschließlich als Personen wahrnimmt, die etwas lernen müssen und nun seit über anderthalb Jahren ein Defizit ausbilden. Persönlichkeitsentwicklung, freie Entfaltung und die Idee der Selbstbildung spielen im Rahmen der Öffnungsdiskussionen für Räume, die insbesondere Kindern und Jugendlichen vorbehalten sind, lediglich eine nachrangige Rolle. Dadurch wird den jungen Menschen offensichtlich eine spezifische Relevanz in der Gesellschaft abgesprochen, die diese sehr wohl spüren. Dies sollte nicht vergessen werden, wenn wir von den

nachwachsenden Generationen zukünftig gesellschaftliches Engagement erwarten und einfordern. Der politischen Bildung wird – und auch das trägt langfristig sicher zu Überforderungen ihrer jeweiligen Räume bei – hier wiederum eine Feuerwehr-ähnliche Aufgabe zugeschrieben, die auf all diese Trends und Entwicklungen zu reagieren hat und idealerweise Lösungen parat hält.



Weniger Interaktionen bedeuten entgangene Erfahrungen und Vertrauensverlust. Foto: AdB

Was folgt daraus?

All diese Impressionen zeigen, dass die Lernorte im Allgemeinen und auch die Räume der politischen Bildung im Besonderen unter Corona-Bedingungen insgesamt ungleicher und undemokratischer geworden sind. Der über viele Monate geltende Imperativ der Kontaktvermeidung oder -beschränkung führt zu massiv reduzierten gesellschaftlichen und zwischenmenschlichen Begegnungen. Die nun überall geltende Drei-G-Regelung (geimpft, getestet, genesen) vernachlässigt auch im weiteren Verlauf die Situation der Kinder und Jugendlichen, für die entweder noch kein Impfstoff entwickelt worden ist oder die aufgrund der Impfpriorisierung noch kein Impfangebot erhalten haben. Die unter Pandemiebedingungen unerwünschten sozialen Begegnungen, der Ausschluss zufälliger Zusammenkünfte und das sich langsam etablierende Misstrauen gegenüber fremden Personen, die die Potenzialität des Virus(über)trägers in sich bergen, werden langfristig zu einer stärkeren gesellschaftlichen Segregation führen. Kinder und Jugendliche werden aktuell dahingehend diszipliniert, sich nur mit jenen zu treffen, die gleichfalls Kontakte reduzieren, zeitweise wurde aus dem politischen Raum gar gefordert, dass auch Kinder sich nur *eine* Person erwähnen, die sie regelmäßig treffen möchten. Man bleibt unter den

Bedingungen einer Pandemie unter sich, vermeidet überraschende Begegnungen, Erkundungen fremder Räume und Milieus. Diese räumliche Segregation führt nicht nur zu weniger Kontakt mit abweichenden politischen Meinungen, zu weniger Begegnungen mit anderen Religionen und zu weniger Gelegenheiten, abweichende Verhaltensweisen aushalten oder ihnen diskursiv begegnen zu müssen, sondern wird langfristig auch zu weniger Pluralität im öffentlichen Raum führen. Die Wahrscheinlichkeit ist nicht gering, dass damit die Toleranz auch von Kindern und Jugendlichen sinken wird.

Kinder und Jugendliche erfahren täglich, dass man sie ausschließlich als Personen wahrnimmt, die etwas lernen müssen und nun seit über anderthalb Jahren ein Defizit ausbilden. Persönlichkeitsentwicklung, freie Entfaltung und die Idee der Selbstbildung spielen im Rahmen der Öffnungsdiskussionen für Räume, die insbesondere Kindern und Jugendlichen vorbehalten sind, lediglich eine nachrangige Rolle.

Was muss getan werden, damit die eingangs beschriebene Utopie ein wenig näher rückt? Zunächst dürfen nicht nur die Möglichkeiten der Digitalisierung für die (politische) Bildung gesehen werden, es sind gleichfalls die Grenzen des Digitalen zu erkennen und gleichzeitig die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen zu berücksichtigen. Es muss darüber diskutiert werden, dass die Dauer der Pandemie die „Chancen zur Verselbstständigung“ der Kinder einschränkt (von Klitzing 2020, S. 26). Dies ist bei zukünftigen politischen Entscheidungen zwingend mit zu berücksichtigen.

Überdies benötigen die jungen Menschen Gelegenheiten und Angebote in den sie umgebenden Institutionen, um ihre Ideen und Wünsche im Umgang mit der Pandemie einspeisen und ihnen das Gefühl der Selbstermächtigung zurückgeben zu können. Dafür ist politische Bildung essen-

tiell. Insbesondere in Krisenzeiten dürfen die Räume der politischen Bildung für junge Menschen nicht schrumpfen, sondern müssen nachhaltig gestärkt werden, Kinder benötigen politische Bildung und Urteilskraft, damit ein offener und gesamtgesellschaftlicher Dialog über Lebensrisiken und -chancen für alle Generationen geführt werden kann (vgl. Wiarda 2021). Dies wäre einer demokratischen Gesellschaft angemessen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2021

Zur Autorin



Dr. Stine Marg studierte Politikwissenschaft und Mittlere und Neuere Geschichte an der Georg-August-Universität Göttingen, wo sie auch von Franz Walter promoviert wurde. Sie ist geschäftsführende Leiterin des Instituts für Demokratieforschung an der Universität Göttingen.

stine.marg@uni-goettingen.de

Literatur

Andresen, Sabine u. a. (2021): Das Leben von jungen Menschen in der Corona-Pandemie. Erfahrungen, Sorgen, Bedarfe; hrsg. von der Bertelsmann Stiftung; www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Familie_und_Bildung/Studie_WB_Das_Leben_von_jungen_Menschen_in_der_Corona-Pandemie_2021.pdf (Zugriff: 02.07.2021)

BMFSFJ (Hrsg.) (2020): Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter; www.bmfsfj.de/blog/jump/162232/16-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-date.pdf (Zugriff: 11.02.2021)

Draesner, Ulrike (2020): Von realer Gegenwart. In: Corona und Wir. Denkanstöße für eine veränderte Welt. München: Penguin Verlag, S. 42–50

Graefe, Stefanie (2019): Resilienz im Krisenkapitalismus. Wider das Lob der Anpassungsfähigkeit. Bielefeld: transcript Verlag

Hammerstein, Svenja u. a. (2021): Effects of COVID-19-Related School Closures on Student Achievement – A Systematic Review. In: Psychology Archiv, Preprint; DOI 10.31234/osf.io/mcnvk (Zugriff: 30.01.2021)

Kammandel, Verena (2021): Kalt ist das Pixelbild und die Welt eine Scheibe. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 04.03.2021

Klitzing, Kai von (2020): Kindheit in Zeiten von Corona. In: Jenseits von Corona. Unsere Welt nach der Pandemie – Perspektiven aus der Wissenschaft. Bielefeld: transkript Verlag, S. 20–30

Löw, Martina (2017): Raumsoziologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuchverlag (9. Auflage) →

Monnet, Pierre (2020): Die Covid-19-Pandemie, gesehen durch das Prisma des schwarzen Todes 1348. In: Corona-Stories. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 36–45

Schröder, Martin (2020): Wie schlimm ist es, zu Hause zu bleiben? In: Corona und Wir. Denkanstöße für eine veränderte Welt. München: Penguin Verlag, S. 201–203

Stumpf, Theresa (2020): „Physical Distancing statt Social Distancing“. Ein Gespräch mit Prof. Dr. Eva-Lotta Brakemeier; www.die-debatte.org/corona-interview-brakemeier (Zugriff: 30.06.2021)

Thümler, Ekkehard (2021): Bei Hilfen für Schulen sind andere Länder uns weit voraus. In: Der Tagesspiegel vom 24.03.2021; www.tagesspiegel.de/wissen/corona-lernrueckstaende-von-kindern-bei-hilfen-fuer-schulen-sind-andere-laender-uns-weit-voraus/27037324.html (Zugriff: 02.07.2021)

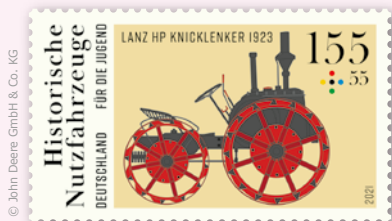
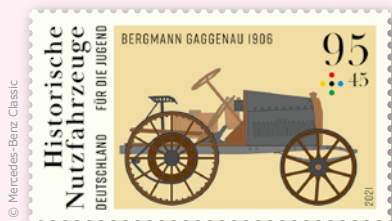
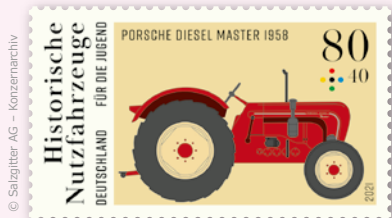
Traus, Anna u. a. (2020): Stu.di.Co. – Studieren digital in Zeiten von Corona. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie Stu.di.Co. Hildesheim: Universitätsverlag

Wiarda, Jan-Martin (2021): Bitte keine Scheinlösungen; www.jmwiarda.de/2021/06/29/bitte-keine-scheinloesungen (Zugriff: 30.06.2021)

Winde, Mathias u. a. (2020): Hochschulen, Corona und jetzt? Wie Hochschulen vom Krisenmodus zu neuen Lehrstrategien für die digitale Welt gelangen; www.future-skills.net/download/file/fid/340 (Zugriff: 30.06.2020)

Anzeige

Jugendmarken 2021



Historische Nutzfahrzeuge – Traktoren

**Porsche Diesel Master 1958
Bergmann Gaggenau 1906
Lanz HP Knicklenker 1923**

Mit dem Zuschlagserlös der Briefmarkenserie „FÜR DIE JUGEND“ fördert die Stiftung Deutsche Jugendmarke seit 1965 Projekte und Bauvorhaben für Kinder und Jugendliche. Jugendmarken tragen so auf vielfältige Weise zu guten Perspektiven für junge Menschen bei.

Verlangen Sie am Postschalter Jugendmarken

Die Jugendmarken 2021 sind vom 5. August bis zum 31. Oktober 2021 an allen Postschaltern und danach bei der Deutsche Post AG, Service- und Versandzentrum, 92628 Weiden, Telefon 0961 3818-3818 und www.deutschepost.de/shop sowie unter www.jugendmarke.de erhältlich.

Danke an alle, die mit dem Erwerb der Jugendmarken Projekte der Kinder- und Jugendhilfe unterstützen!

Stiftung Deutsche Jugendmarke e. V.
Rochusstraße 8-10, 53123 Bonn, www.jugendmarke.de

BESTELLUNG

Die Bestellung erfolgt ausschließlich per Vorkasse.

Bankverbindung: Sparkasse KölnBonn

IBAN: DE49 3705 0198 1901 1170 83 • BIC: COLSDE33

PRODUKT	ANZAHL	PREIS
ERSTTAGSBRIEF 2021		
Ersttagsstempel: Bonn	<input type="text"/>	7,30 €
Ersttagsstempel: Berlin	<input type="text"/>	7,30 €
ERINNERUNGSKARTEN 2021		
Ersttagsstempel: Bonn	<input type="text"/>	7,30 €
Ersttagsstempel: Berlin	<input type="text"/>	7,30 €
MARKENSET 2021	<input type="text"/>	4,70 €
ZUSAMMENDRUCK 2021	<input type="text"/>	4,70 €
ZEHNERBÖGEN 2021		
Porsche Diesel Master 1958 (80+40)	<input type="text"/>	12,00 €
Bergmann Gaggenau 1906 (95+45)	<input type="text"/>	14,00 €
Lanz HP Knicklenker 1923 (155+55)	<input type="text"/>	21,00 €

Lieferanschrift

Name _____

Anschrift _____

Telefon _____

E-Mail _____

VERSANDKOSTEN: Deutschland Brief 1,50 €
Ausland Brief 3,70 €



STIFTUNG DEUTSCHE
JUGENDMARKE e.V.

Gutes tun
Mit Briefmarken helfen

Gestaltung der Postwertzeichen:
Nadine Nill (tchin tchin), Mössingen

Politische Bildung und die Coronakrise

Die Pandemie als Problem und Thema der politischen Bildung

Zu Beginn der Corona-Pandemie wurde angesichts massiver gesundheitlicher Bedrohungen immer wieder die Frage gestellt, wessen Arbeit denn systemrelevant und damit politisch besonders prioritär sei. Ganz sicher gehören große Teile unseres Gesundheitssystems dazu und natürlich auch weitere Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge. Bei vielen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft wurden die entsprechenden Definitionen auch durch die Stärke einschlägiger Lobbygruppen mitbestimmt, zumal der Begriff der Systemrelevanz ganz verschiedene Ebenen und Interessen anspricht. Wie steht es dabei um die politische Bildung? von Bernd Overwien

„Demokratie und demokratisches Verhalten müssen von jeder neuen Generation neu gelernt und eingeübt werden. Junge Menschen wachsen heute in einer Zeit auf, die geprägt ist von tiefgreifenden gesellschaftlichen Entwicklungen, z. B. von Globalisierung, Klimawandel, Migration, Digitalisierung und demografischem Wandel. Diese sogenannten Megatrends und Krisenphänomene fordern die Demokratie heraus und stellen gleichzeitig das ‚gesellschaftliche Aufgabenportfolio für die heutige junge Generation‘.“ (BMFSFJ 2020, S. 9) In der Stellungnahme der Bundesregierung zum 16. Kinder- und Jugendbericht schließt sich die Bundesregierung diesen Zielen an. Daraus dürfte sich ergeben, dass politische Jugendbildung und dann auf die jeweiligen Biographien projiziert auch die Erwachsenenbildung, als systemrelevant zu betrachten sind, wenn es um den Erhalt einer demokratischen, an menschenrechtlichen Normen orientierten Gesellschaft geht.

Zunächst einmal ging die Bewältigung der Pandemie aber mit Einschränkungen der Grundrechte einher, die auf eine große Zustimmung der Bevölkerung trafen, gegen die es aber auch verschiedene Formen von Protest gab. Es ging um Maßnahmen, die die Verbreitung des Virus eindämmen sollten und über die bekanntermaßen auch

breit gestritten wurde, was ja durchaus als Lebenszeichen demokratischer Gesellschaft gesehen werden kann. Aufsehen erregten Demonstrationen von „Corona-Leugnern“, die Verschwörungsmythen über geheime Mächte und deren Vorbereitung einer neuen Weltordnung verbreiteten. Vielerlei Behauptungen aus diesem Spektrum gleichen in ihrer Wissenschaftsfeindlichkeit den Verlautbarungen von Leugnern der Klimakrise. Pandemie und Klimakrise, so die sich seit Jahren verdichtenden Aussagen aus einschlägigen wissenschaftlichen Publikationen, gehen auf den unbegrenzten Raubbau natürlicher Ressourcen zurück und nicht auf geheime Mächte (vgl. ebd., S. 87 ff.).

Politische Bildung trifft die Pandemie in mehrerlei Hinsicht. In Schulen wird seit einem Jahr oft nur ein Notprogramm gefahren, wodurch davon auszugehen ist, dass politische Bildung hier noch kürzer kommt als sowieso vorgesehen. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass viele Kinder und Jugendliche mit der Bearbeitung der durch die Pandemie und ihre Folgen ausgelösten Gefühle ziemlich allein dastehen. Hier können vielleicht Anleihen aus dem Umgang mit Umweltängsten helfen, einen offensiven Umgang damit zu fördern, sobald das wieder geht (vgl. Overwien 2019). In der non-formalen Bildung trifft es →

viele Tagungshäuser und Träger massiv, da Veranstaltungen nicht durchgeführt werden bzw. durch neue digitale Formate ersetzt werden müssen. Für Jugendliche bedeutet schon die Schulsituation den Verzicht auf Begegnungen, insbesondere mit Altersgenoss*innen, und sie haben oft enge Verhältnisse zu Hause. In der außerschulischen Bildung spielen bekanntlich Begegnung und Austausch, gefördert auch durch ein elaboriertes Repertoire an einschlägigen Methoden, eine wesentliche Rolle. Weder in der Schule, noch in der non-formalen Bildung ersetzen digitale Formate die damit verbundenen Prozesse. Hier ergeben sich außerdem gleich zwei wichtige Probleme. Zum einen müssen angemessene, möglichst lebendige Formate nicht zu ausufernder Dauer erst einmal gestaltet werden. Dann stoßen wir hier wieder einmal auf die soziale Spaltung der Gesellschaft, die auch Einfluss auf die digitale Ausstattung, Arbeitsräume usw. hat. Auch erleichtert ein gehobener Bildungshintergrund vielfach die Aneignung entsprechender Kenntnisse und Fähigkeiten, was die Spaltung eher verstärken dürfte, da andere diese Zugänge nicht haben.

Die Corona-Krise schärft den Blick auf viele Konflikte und Widersprüche der deutschen und globalen Gesellschaft.

Im Folgenden soll es um ein Mosaik des gegenwärtigen Standes der Corona-Diskussion in der politischen Bildung gehen. Der Blick ist dabei auf bisherige Erkenntnisse zur non-formalen Bildung gerichtet und dann auf die Frage, welche Inhalte der politischen Bildung aus den Pandemie-Erfahrungen folgen können.

Non-formale politische Bildung in der Coronakrise

In einer der ersten öffentlichen Stellungnahmen weist etwa der *Arbeitskreis Außerschulische politische Jugendbildung und politische Erwachsenenbildung* (AJEB) der *Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung* (GPJE) darauf hin, dass in der non-formalen Bildung sowieso schon prekäre Beschäftigungsverhältnisse herrschten, die sich durch die Pandemie hin zu einer existenzbedrohenden Situation gerade auch für die vielen Freiberufler*innen entwickeln. Gleichzeitig wird die Befürchtung geäußert, wonach in der Nach-Corona-Phase Sparmaßnahmen diskutiert würden, die dann Fördermittel der außerschulischen Bildung gefährden können. Die

Erklärung zielt aber auch auf die Probleme, die viele Tagungshäuser mit ihrem Personal und den laufenden Kosten haben, wo es nun kaum mehr Einnahmen gibt. Es bestehe die Gefahr, dass nach der Krise nur noch eine ausgedünnte Bildungslandschaft der non-formalen Bildung existiere. Die Notwendigkeit, sich verstärkt auch mit digitalen Formaten auseinanderzusetzen, wird gesehen, gleichzeitig aber auch der Wert der Präsenzformate für Lernprozesse herausgestellt. Gleichzeitig wird ein politischer und gesellschaftlicher Konsens zur Unverzichtbarkeit und Systemrelevanz der non-formalen politischen Bildung gefordert (vgl. AJEB 2021). Naturgemäß ähnliche Fragen spricht *Barbara Menke* als Vorsitzende des *Bundesausschusses politische Bildung* (bap) und Geschäftsführerin des *Bundesarbeitskreises Arbeit und Leben e. V.* an. Auch sie sieht für die Bildungsstätten eine bedrohliche Situation, nachdem – neben anderen Veranstaltungen – auch Klassenfahrten und internationale Begegnungen vollständig abgesagt wurden. Die Forderungen an die Geldgeber sind eindeutig auf den Erhalt der Zuwendungen und damit der Infrastruktur der non-formalen Bildung gerichtet, konkrete Vorschläge dazu werden entwickelt. Die Stellungnahme endet besorgt, was die Zielerreichungen anbelangt (vgl. Menke 2021).¹

Die Krisenerscheinungen gehen allerdings weit über die engere Szene der non-formalen Bildung hinaus. So konstatiert *Ansgar Klein* (2021) auch für „Tausende Vereine und gesellschaftliche Einrichtungen“ der Zivilgesellschaft, die für das Engagement von Millionen von Bürger*innen stehen, vielfach Existenz bedrohende Verhältnisse. Unterstützungen richten sich in erster Linie auf Wirtschaftsbetriebe und weniger auf Vereine mit Geschäftsbetrieb. In einer Zeit zunehmender autoritärer Bedrohungen demokratischer Strukturen seien die Auswirkungen der eingeschränkten zivilgesellschaftlichen Handlungsräume besorgniserregend. Einzig die Entwicklungen der digitalen Räume werden vorsichtig positiv bewertet, bei allen Anzeichen digitaler Spaltung. Hier müsse es zu „einer medienpädagogischen Grundierung der politischen Bildung“ kommen. Gerade die Verbreitung von Fake News, Hate Speech und Verschwörungsmythen zeige den dringenden Bedarf (vgl. Klein 2021). Immerhin werden entsprechende Aktivitäten langsam verstärkt, was beispielsweise das Projekt „#hatebreach – Hass im Netz begegnen“ (vgl. Die

¹ Weitere Stellungnahmen und Ratschläge zur Bewältigung auf der Website der Transferstelle politische Bildung: <https://transfer-politische-bildung.de/transfer-aktuell/corona-krise> (Zugriff: 13.07.2021)



Foto: Rasande Tyskar

Kopiloten e. V. o. J.) zeigt. Überhaupt waren und sind die Träger im Vorteil, die schon länger über Erfahrungen mit digitalen Bildungsformaten verfügen. So berichten zwei Kolleg*innen eines norddeutschen Tagungszentrums, wie es ihnen gelang, das Team dieser Einrichtung mehr als bisher zum Umgang mit digitalen Strukturen zu motivieren. In einem Zeitschriftenbeitrag schildern sie sehr lebendig, wie ein „JugendPolitCamp“ als Barcamp für 16- bis 27-jährige junge Menschen digital durchgeführt wurde. Zum Zugang wird kritisch erwähnt, dass junge Geflüchtete kaum angesprochen werden konnten, was auf die höheren Zugangshürden zurückgeführt wird. Auch eine weitere Veranstaltung für Multiplikator*innen wird positiv bewertet, zumal ganz offensichtlich ein Feuerwerk der digitalen Möglichkeitsräume geöffnet wurde, zu dem auch Gelegenheiten des informellen Austauschs in kleineren Runden gehörten. Die beiden Autor*innen fragen sich resümierend, warum viele politische Bildner*innen sich schwer täten mit digitalen Herangehensweisen. Sie kommen zu dem Schluss, dass es um das „Mindset“ gehe, zuspitzend formulieren sie es so: „Es gibt die Dominanz alter, weißer Männer, die nicht lernen konnten, dass es ganz schön cool sein kann, sich auf Menschen und Gedanken einzulassen, die jünger, bunter, vielfältiger und anders sind als die eigene Filterblase und dass es bereichernd sein kann, nicht 30 lange Jahre alles ‚wie immer‘ zu machen.“ (Meyer/Wötzel-Herber 2021, S. 46) Sicherlich ist diese Sichtweise vergleichsweise extrem formuliert, sie

sollte dennoch zum Nachdenken anregen. Dabei sollte das digitale Lernen nicht überbewertet und das analoge nicht romantisiert werden. In der politischen Bildung geht es um die Frage pädagogischer und inhaltlicher Ziele und es muss reflektiert werden, wo das Digitale und wo das Analoge zur Zielerreichung beitragen kann (vgl. Heil/Wohnig 2020, S. 15). Beide Räume bieten auch vielfältige Möglichkeiten des informellen Lernens, wobei der analoge Raum hier eindeutig stärker zu werten ist, weil die Begegnung mit anderen hier wesentliche Potenziale bietet und digitales informelles Lernen keineswegs voraussetzungslos ist, hier also wieder Bildungsbürger*innen die Pool-Position innehaben. →

Möglicherweise öffnen sich in dieser Krise auch Chancen, alternative gesellschaftliche und ökonomische Visionen zu diskutieren, dabei auch über eine aktivere Rolle des Staates bei der Bewältigung von massiven Bedrohungen, etwa auch durch die Klimakrise.

Digitale Formate erreichen zuweilen ein wesentlich größeres Publikum, als ähnliche Präsenzveranstaltungen.² Dennoch muss nochmals darauf hingewiesen werden, dass digitale Bildung keineswegs voraussetzungslos ist. Viele Schüler*innen deutscher Schulen und noch mehr in weniger reichen Ländern, waren von Bildung lange Zeit völlig abgekoppelt.³ Präsenz hat in Schule und außerschulischer Bildung einen hohen Stellenwert. Präsenzphasen können und müssen aber ergänzt werden, digital, zumindest in manchen Gegenden großer Städte oder auch auf dem Lande durch eine aufsuchende Bildungsarbeit, die vielleicht bald wieder möglich sein wird.

Die Pandemie als Thema der politischen Bildung

Die Corona-Krise schärft den Blick auf viele Konflikte und Widersprüche der deutschen und globalen Gesellschaft. So werden Fragen nach der Ausstattung des Gesundheitssystems ebenso gestellt, wie solche nach dem Verhältnis von Staat und Wirtschaft oder von Wissenschaft und politischen Entscheidungsträger*innen. Diese und weitere Konflikte innerhalb der Corona-Krise erfüllen alle kategorialen Voraussetzungen zur Bearbeitung in der politischen Bildung. Möglicherweise öffnen sich in dieser Krise auch Chancen, alternative gesellschaftliche und ökonomische Visionen zu diskutieren, dabei auch über eine aktivere Rolle des Staates bei der Bewältigung von massiven Bedrohungen, etwa auch durch die Klimakrise. Insofern zeigt die derzeitige Situation eine Reihe von Lerngelegenheiten und auch Lernnotwendigkeiten auf vielerlei Ebenen (vgl. Heil/Wohnig 2020, S. 5 f.). Die Krisensituation wirft also grundlegende Fragen auf, auch nach dem schon historisch gestörten Mensch-Natur-Verhältnis. In diesem Zusammenhang gibt es neuerdings eine Debatte zur Natur als Rechtssubjekt (vgl. Kersten 2020, S. 29). In der Schweiz ist inzwischen die Würde nicht nur von Menschen und Tieren, sondern auch von Pflanzen in die Verfassung aufgenommen worden, was mit europa- und weltweiten Diskussionen zum Versagen beim Schutz der biologischen Vielfalt zu tun hat (vgl. sag o. J.).

- 2 Zwar sind die Zahlen bescheiden, für ein regionales Angebot in Nordhessen aber auch nicht schlecht: Statt gewohnter etwa 30 Besucher*innen kamen zu einem Vortrag mit Diskussion zum Thema „politische Pflanzen“ mehr als drei Mal so viele digitale Besucher*innen: „Die politische Pflanze – von Pfingstnelken, Politik und Bildung“; www.die-politische-pflanze.de/mediathek/presseberichte (Zugriff: 13.7.2021)
- 3 Weltweit sollen nach UN-Zahlen 94 % der Schüler*innen von Schulschließungen betroffen gewesen sein (vgl. Frieters-Reermann 2020).

Die Pandemie hat auch mit einer immer expansiveren kapitalistischen Produktionsweise zu tun, die mit permanenter Landnahme verbunden ist. Neben Landgrabbing in afrikanischen Ländern fördert auch die Rohstoffextraktion in vielen Ländern Lateinamerikas die Vernichtung von Natur und die gewaltsame Vertreibung von Menschen. Auch darin findet weltweite Ungleichheit ihren Ausdruck, zumal die Minengesellschaften aus den Industrieländern kommen. Ungleichheit wird überdies beim digitalen Bildungszugang genauso sichtbar, wie weltweit beim Zugang zu Impfstoffen. Die Bewegung zur Klimakrise hat sehr deutlich gezeigt, dass es zu einem Umbau der auf fossilen Energieträgern beruhenden Produktions- und damit auch Lebensweisen kommen muss, wenn der Planet überleben soll (vgl. Brand 2021). Politische Bildung sollte diese Verhältnisse und auch Alternativen diskutieren.



„Digitale Formate erreichen zuweilen ein größeres Publikum als Präsenzveranstaltungen, dennoch ist digitale Bildung keineswegs voraussetzungslos.“ Foto: Stefanie Mayrwörger

Diesen Zusammenhang greift auch *Werner Wintersteiner* auf. Auch er konstatiert, dass die Corona-Krise etwas mit den immer schneller werden Zerstörungen natürlicher Lebensräume zu tun hat. Das Artensterben führe zu einem Heranrücken der Tiere an die Menschen, die Gefahr der Ansteckungen mit Viren steige (vgl. Wintersteiner 2020, S. 5). Der Unterschied zwischen der schon sehr lange bekannten und verdrängten Klimakrise und der Pandemie liegt dabei auf der Hand. Der Klimawandel ist in vielen Teilen der Welt schon spürbar, lässt sich aber in Industrieländern immer noch relativ leicht verdrängen, obwohl auch hier die Zeichen deutlicher werden. Das geht mit einem todbringenden Virus nicht. Da die Ursachen beider Phänomene in „unserer“ Art des Wirtschaftens liegen, sollten wir beide auch zusammen betrachten. Kurz vor der Pandemie

hat es die Bewegung „Fridays for Future“ geschafft, die Aktualität der Klimakrise und die Notwendigkeit des Handelns ins öffentliche Bewusstsein zu bringen (vgl. ebd.). Corona mit seinen Folgen hat diese Diskussion etwas verdrängt, sie bleibt aber dringend aktuell. Auch hier gibt es übrigens Parallelen, was den Umgang mit wissenschaftlichen Erkenntnissen anbelangt. Diese werden häufig von Corona-Leugnern unterschiedlicher Provenienz und von Rechtsextremen geleugnet und angegriffen. Dies gilt auch bezogen auf die Klimakrise. Schlimmer noch ist hier, dass die wissenschaftlichen Erkenntnisse seit den neunziger Jahren vorliegen und an den Rand gesellschaftlicher Diskurse gedrängt wurden, übrigens auch in der politischen Bildung, zumindest in ihrem schulischen Teil (vgl. Overwien 2017). Beiträge aus der Klimabewegung zum Bildungsprozess wurden in der Schule nicht überall sehr willkommen geheißen. Gleichzeitig waren die außerschulischen Lernprozesse in der Bewegung extrem reichhaltig (vgl. Kenner 2021).

Die Pandemie steht als gravierende Krise also nicht allein da. Sie verschärft die globalen Unterschiede zwischen Reich und Arm und die Differenzen zwischen den Lebensverhältnissen auf der Nord- und der Südhalbkugel treten immer deutlicher hervor. *Wintersteiner* (2020) stellt vor diesem Hintergrund die Frage, ob die bisherige Lebensweise des Nordens (von Brand/Wissen 2017 als „imperiale Lebensweise“ gekennzeichnet) so weitergeführt werden kann. Die fatalen Folgen des menschengemachten Klimawandels seien ebenso sichtbar wie das fortgeschrittene Artensterben und vielen Mainstream-Politiker*innen fielen nur oberflächliche Kurskorrekturen ein. Dabei gibt es schon lange Überlegungen zu einer notwendigen „großen Transformation“ globaler Wirtschafts- und Lebensweisen. Im Übrigen handelt es sich hier nicht um halbwegs marginalisierte Alternativen in gesellschaftlichen Nischen, die so etwas fordern. Es ist ein wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung der hier bereits 2011 ein Konzept erstellt hat, ein Konzept des Ausstiegs aus der fossilen Wirtschaftsweise (vgl. WBGU 2011). Eine Reihe von Wissenschaftler*innen hat dieses Konzept inzwischen weitergedacht und auch konkretisiert. So kann nach *Uwe Schneidewind* (2019) die große Transformation auch als „Kunst des gesellschaftlichen Wandels“ gesehen werden. Dabei wird keine reine Verzichtsdiskussion geführt, sondern über eine Wohlstands- und Konsumwende, eine Wende des urbanen Lebens, der Mobilität und auch der industriellen Produktion diskutiert. Selbst Bestseller mit wissenschaftlicher Fundierung gibt es bereits, die dazu einladen, „unsere Welt neu zu denken“ (Göpel 2020). Die derzeitige sehr kleinteilig

geführten Debatten im beginnenden Wahlkampf lassen Zweifel daran aufkommen, ob die hier angesprochenen Diskussionen in der politischen Szene breit zur Kenntnis genommen werden. Nichts aus der Corona-Krise gelernt? Die hier begonnene Skizze ließe sich fortsetzen, so gibt es nicht nur in Lateinamerika Konzepte des „Buen Vivir“ (Acosta 2017), des guten Lebens, und eine Postwachstumsdiskussion ist auch im Bildungsbereich angekommen (vgl. I.L.A. 2019).

Der Klimawandel ist in vielen Teilen der Welt schon spürbar, lässt sich aber in Industrieländern immer noch relativ leicht verdrängen, obwohl auch hier die Zeichen deutlicher werden. Das geht mit einem todbringenden Virus nicht.

In einem Aufsatz zu einer konkreten Krise und den Verbindungen zu anderen fundamentalen Krisen fällt es schwer, über langfristige Bildungskonzepte zu schreiben, zumal zur Schule, wo Reform so unendlich langsam vorwärtsgeht. Die Krisen erfordern schnelles Handeln und wohl auch schnelles Lernen, das gleichwohl sehr fundiert sein kann und soll. Sollten hier nicht verstärkt und insbesondere Aufgabenfelder der non-formalen Bildung liegen? Bildung für nachhaltige Entwicklung ist ja schon seit den neunziger Jahren Thema und auch in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung ist dies der Fall. Dies hat ja historisch vielerlei Bewegungshintergründe. Vielleicht sollten diese hier und da stärker aktualisiert werden. Immerhin kommt eine große UNESCO-Konferenz im Mai 2021 (virtuell) in Berlin zu der Aussage:

„Wir sind zuversichtlich, dass Bildung entscheidend zur positiven Veränderung von Denkweisen und Weltanschauungen beiträgt und (...), dass die Entwicklungspfade nicht ausschließlich auf Wirtschaftswachstum zu Lasten des Planeten, sondern im Rahmen der Belastbarkeitsgrenzen der Erde auf das Wohl aller ausgerichtet sind.“ (UNESCO 2021)

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2021

→

Zum Autor



Prof. Dr. Bernd Overwien, Universität Kassel, leitete bis September 2019 das Fachgebiet Didaktik der politischen Bildung. Arbeitsschwerpunkte liegen bei Fragen der Bildung für nachhaltige Entwicklung und des Globalen Lernens, sowie der Verbindung von schulischem und außerschulischem Lernen.

overwien@uni-kassel.de

Literatur

Acosta, Alberto (2017): Buen Vivir. Vom Recht auf ein gutes Leben. Das Wissen der Anden für eine Welt jenseits des Wachstums. München: oekom verlag (5. Auflage)

AJEB – Arbeitskreis außerschulische politische Jugendbildung und politische Erwachsenenbildung in der GPJE (2021): Politische Bildung in „Corona-Zeiten“ und danach – Probleme und Perspektiven; https://transfer-politische-bildung.de/fileadmin/user_upload/Empfehlungen/GPJE_AJEB_Stellungnahme_Corona_-1-1.pdf (Zugriff: 13.07.2021)

BMFSFJ (Hrsg.) (2020): Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter; www.bmfsfj.de/blog/jump/162232/16-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-date.pdf (Zugriff: 15.07.2020)

Brand, Ulrich (2021): Politische Bildung im „Corona-Kapitalismus“? In: Polis, Heft 1, S. 6

Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom verlag

Die Kopiloten e. V. (o. J.): hatebreach – Hass im Netz begegnen; <https://hatebreach.net> (Zugriff: 13.07.2021)

Frieters-Reermann, Norbert (2020): Pädagogik der Echtzeit? Skizze einer kritisch-reflexiven Bildung zur Autonomie mit und nach Covid-19. In: Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik, Heft 3, S. 9–12

Göpel, Maya (2020): Unsere Welt neu denken. Eine Einladung. Berlin: Ullstein (11. Auflage)

Heil, Matthias / Wohnig, Alexander (2020): Politische Bildung unter Bedingungen sozialer Distanz in der Corona-Krise. Lerngelegenheit, Herausforderung und neue Formate. In: Medienimpulse, Heft 2, S. 1–32

I.L.A. Kollektiv (2019) (Hrsg.): Das Gute Leben für Alle. Wege in die solidarische Lebensweise. München: oekom verlag

Kenner, Steve (2021): Engagement für den Klimaschutz als politische Bildungserfahrung. In: Polis, Heft 2, S. 14–16

Kersten, Jens (2020): Natur als Rechtssubjekt. Für die ökologische Revolution des Rechts. In: APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 11/2020, S. 27–32

Klein, Ansgar (2021): Demokratische Öffentlichkeit in Krisenzeiten. Folgen für die Zivilgesellschaft. In: Journal für politische Bildung, Heft 1, S. 22–27

Menke, Barbara (2021): Politische Bildung in existenzbedrohender Lage. In: Journal für politische Bildung, Heft 1, S. 54–55

Meyer, Dana / Wötzel-Herber, Henning (2021): „Wir machen einfach mal ...!“ Auf der Achterbahn der Gefühle bei der Umsetzung und Ausweitung digitaler Bildungsformate. In: Journal für politische Bildung, Heft 1, S. 46–46

Overwien, Bernd (2017): Politische Bildung und Globales Lernen: Distanz zwischen Wissenschaft und Praxis? In: Emde, Oliver / Jakubczyk, Uwe / Kappes, Bernd / Overwien, Bernd (Hrsg.): Mit Bildung die Welt verändern? Globales Lernen für eine nachhaltige Entwicklung. Leverkusen/Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 121–132

Overwien, Bernd (2019): Umwelt, Klimawandel, Globalisierung – Angst in der politischen Bildung? In: Besand, Anja / Overwien, Bernd / Zorn, Peter (Hrsg.): Politische Bildung mit Gefühl. Bonn: bpb, S. 304–318

sag – Schweizer Arbeitsgruppe Gentechnologie (o. J.): Würde der Pflanzen; www.gentechnologie.ch/kreatur.htm (Zugriff: 13.07.2021)

Schneidewind, Uwe (2019): Die große Transformation. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels. München: FISCHER Taschenbuch (3. Auflage)

UNESCO (2021): Abschlusserklärung der UNESCO World Conference on Education for Sustainable Development. Learn for our planet. Act for sustainability; www.bne-portal.de/files/berliner_erklaerung.pdf (Zugriff: 16.06.2021)

WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011): Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Hauptgutachten. Berlin: WBGU

Wintersteiner, Werner (2020): Während, nach und wegen der COVID-19-Krise. Die Welt neu denken. In: Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik, Heft 3, S. 4–8

Politisierung des Alltags in Krisenzeiten – Chance für die politische Bildung?

Was die politische Bildung in Pandemie-Zeiten leisten und lernen muss

„Krise“ bedeutet „kritischer Wendepunkt“ – an einem solchen steht die Gesellschaft in Zeiten der Pandemie und mit ihr die politische Bildung als Teil und Spiegel der Gesellschaft. „Wendepunkte“ sind eine Chance, die Richtung zu ändern. Es geht also nicht nur darum, in stürmischen Zeiten zu überleben, sondern die Krise anzunehmen, Defizite zu erkennen und daraus zu lernen – für Themen, Formate, Zielgruppen und für das Verhältnis von politischer Bildung zur Demokratie. von Anja Dargatz

Die Pandemie-Situation hat Deutschland politisiert. Nach Jahrzehnten relativer Sicherheit vor Kriegen wie vor Seuchen ist das Land nun in einer Situation, die Einschränkungen erfordert, wie sie nur aus entfernten Krisengebieten bekannt sind: Maskentragen, Sperrstunde, geschlossene Schulen und überfüllte Krankenhäuser. Vor allem: Es ist kein klares Ende abzusehen. Selbst wenn die Bevölkerung durchgeimpft ist, bleibt die Ungewissheit: Wie geht es weiter? Mit welchen Folgen werden Politik, Gesellschaft und Wirtschaft in Zukunft noch zu kämpfen haben? Wird es zukünftig weitere Epidemien auch in Deutschland geben? Was in Ländern mit schwacher Infrastruktur, unzureichendem Gesundheitssystem und niedriger Wirtschaftskraft eine zwar schlimme, aber dann eben doch eine Krise unter vielen ist, wird in Deutschland als einzigartige Katastrophe wahrgenommen.

Politik ist in diesen Krisenzeiten allgegenwärtig

In diesen Zeiten der Planlosigkeit, Verwirrung, der Ängste und Unsicherheit tritt die Politik (besser hier vielleicht: „der Staat“, „das staatliche Handeln“, „Staat und Verwaltung“) als maßgeblicher Akteur in den Vordergrund. In einer funktionierenden Demokratie kümmert sich der Staat um seine Bürger*innen, nicht nur in Krisenzeiten, aber ge-

rade in diesen wird es für jede und jeden offensichtlich. Nun werden auch Menschen, die sich weder beruflich, noch aktivistisch oder zeitungslesend mit Politik auseinandersetzen, mit ihr und ihren Funktionsweisen konfrontiert. Während in krisenfreien Zeiten die Auswirkungen von politischen Entscheidungen, z. B. zu Steueranpassungen oder Infrastrukturprojekten, verspätet und über Umwege die Menschen erreichen, sind die Effekte nun in kürzester Zeit spürbar: in Berlin entschieden, von der jeweiligen Landeshauptstadt verordnet – und schon schließen die Geschäfte. Das komplexe Geflecht der politischen Entscheidungsfindung wird offensichtlich. Welche Rolle haben die Bundesländer in politischen Abstimmungsprozessen? Welche die Kommunen und Landkreise? Was bedeutet eine flächendeckende Gesundheitsversorgung? Wer kannte vor dem März 2020 die Funktion des *Robert-Koch-Instituts*? Was bedeuten die in der Verfassung verankerten Grundrechte und wann darf sie wer einschränken? Wann wird welche Demonstration wo verboten? Unmittelbar verknüpft sind damit die ethisch-moralischen Fragen: Wer kannte vor der Pandemie den Begriff „Triage“, geschweige denn, dass man sich darüber Gedanken machte, wer dafür im Ernstfall welche Kriterien festlegt? Wiegt das Recht auf einen →



Solidarität statt Abstand – Politische Bildung muss sich für ein gemeinschaftliches Politikverständnis einsetzen. Foto: Anja Dargatz/FES

abendlichen Spaziergang mehr als die Notwendigkeit, Mobilität zu reduzieren? Wer wird zuerst geimpft? Mit solchen Fragen haben sich bislang in der Regel Ethik-Kommissionen beschäftigt. Nun prasseln sie mit aller Wucht auf die Gesellschaft nieder. Selbst für diejenigen, die allen Medien entsagen, gibt kein Entkommen: Politik ist allgegenwärtig.

Politische Bildung erreicht digital die, die sie immer erreicht – besser, moderner, mehr.

Die Aufgabe von politischer Bildung ist es aufzuklären, Orientierung zu geben und zu eigenständigen Entscheidungen zu befähigen – in Krisenzeiten ist dies mehr denn je gefragt. Und so zeigt sich, dass die Nachfrage nach Angeboten der politischen Bildung groß, in vielen Einrichtungen sogar gestiegen ist. Die Menschen suchen Orientierung, manche haben auch schlichtweg mehr Zeit, Angebote wahrzunehmen. Letzteres klingt banal, ist aber ein gesamtgesellschaftliches Thema, wenn es um Engagement und Mitbestimmung geht: Wer es sich zeitlich leisten kann, ist dabei. Die anderen, die Kinder, Haushalt und Erwerbsarbeit unter einen Hut bringen müssen, nicht.

Es darf auf keinen Fall zynisch klingen, aber die Rahmenbedingungen für politische Bildung sind mehr als günstig –

auch wenn die Umstellung ins Digitale für viele Anbieter zunächst ein Kraftakt war. Einige Einrichtungen, vornehmlich die *Landeszentralen für politische Bildung*, hatten auch bereits vor der Pandemie professionelle online- und e-learning-Angebote. Die Mehrheit betrat im März 2020 den Pfad der nachholenden digitalen Entwicklung. Über ein Jahr konnten nun digitale Formate erprobt und ausgewertet werden. In der Notsituation ging vieles schneller umzusetzen, gab es den Mut und das Verständnis für Improvisation, den es braucht, um neue Wege zu gehen. Und ein Jahr danach können Anbieter und Einrichtungen nun überlegen, wie ein Programm in einer post-pandemischen Welt aussehen kann: ein Programm, das das Beste aus der analogen und digitalen Welt vereint. Aus verschiedenen Austauschrunden von Einrichtungen der politischen Bildung lassen sich folgende Erfahrungen mit digitalen Formaten resümieren:

Chancen:

- Steigerung der Zahl der Teilnehmenden
- Erreichung spezieller Zielgruppen
- Mehr Flexibilität bei der Zeitgestaltung, wie z. B. Frühstücks- oder Mittagsformate
- Mehr Flexibilität bei der Auswahl von Referent*innen (keine Anreise, international)
- Unkomplizierte Aufzeichnung und Dokumentation der Veranstaltung

- Unkomplizierte technische Analyse der Teilnehmenden (Blieben die Teilnehmenden bis zum Schluss? Wie viele haben abgebrochen? Klickzahlen bei Digitalprodukten usw.)
- kostengünstiger

Herausforderungen:

- Reduzierte persönliche Interaktion
- Größere Anonymität
- Ausschluss bestimmter Zielgruppen
- Unverbindlichkeit: Hohe No-Show-Rate
- Stärkere Konkurrenz, weil Online-Angebote unbegrenzt beworben werden können; analoge Angebote sind hingegen regional begrenzt
- Preisverfall bei Bezahl-Angeboten seit der Markt mit Online-Angeboten geflutet wird (plus der Grundsatzfrage nach den Gebühren)
- Existenzgefährdung für Tagungshäuser

Die Liste macht deutlich: Es sind Fragen, die die politische Bildung permanent umtreiben und die durch die aktuelle Situation einen neuen Auftrieb erfahren haben. Aus der Vielzahl der Diskussionspunkte möchte ich einen herausgreifen: das Erreichen der Gesellschaft – möglichst weit- und tiefgreifend. Neben dem gesellschaftspolitischen Anspruch besteht auch eine Verpflichtung, die aus öffentlicher Finanzierung erfolgt, ein Angebot für alle Bevölkerungsgruppen zu machen. Hilft die Digitalisierung, die Reichweite zu erhöhen? Hilft die aktuelle politisierte Situation dabei?

Politische Bildung erreicht digital die, die sie immer erreicht – zeitgemäßer

Ein Beispiel dazu aus dem eigenen Haus: 2020 konnte das *Fritz-Erler-Forum* seine Teilnehmendenzahl mehr als verdoppeln – 10 % waren Teilnehmer*innen, die vorher noch nicht an Angeboten des *Fritz-Erler-Forums* teilgenommen haben. Auf die Frage, ob das digitale Format die Teilnahme ermöglicht oder wenigstens erleichtert habe, antworten durchweg 90–100 % mit „Ja“. Die Auswertung nach Postleitzahl zeigt: Da, wo das *Fritz-Erler-Forum* regional auch in der Vergangenheit gut vertreten war und gute Verteiler hatte, war es das auch 2020 der Fall. Die regionale Verteilung hat sich proportional nicht verändert. Der Anteil der Teilnehmenden mit Bildungsabschlüssen¹ unter Hochschule/Gymnasium ist gesunken. Im Bereich der

¹ Diese Daten werden nur von den Kompetenzseminaren erhoben, nicht bei den öffentlichen Diskussionsveranstaltungen.

kommunalpolitischen Kompetenz-Seminare ist der Anteil der 28–40-Jährigen (die Menschen in der „Rush-hour“ des Lebens) um 10 % gestiegen, bei den allgemeinen Seminaren ist hingegen der Anteil der über 65-Jährigen um 14 % gestiegen, der Anteil der Menschen in Familien- und Berufsphase ist hier zurückgegangen. Der Anteil der Frauen ist um 12 % bzw. 8 % gesunken. Die Schwankungen bewegen sich allerdings in dem Bereich, den wir über die Jahre auch ohne Krise kennen. Sie sind deshalb erstmal nur ein Hinweis darauf, sich die Daten ganz genau anzuschauen.

Die Aufgabe von politischer Bildung ist es aufzuklären, Orientierung zu geben und zu eigenständigen Entscheidungen zu befähigen – in Krisenzeiten ist dies mehr denn je gefragt.

Die regionale Entgrenzung durch digitale Formate passiert nicht automatisch. Pauschale Aussagen wie: „Das Publikum wird weiblicher und jünger“, lassen sich hier ebenfalls nicht bestätigen. Die Sorge, dass Älteren die Teilnahme durch digitale Angebote erschwert wird, spiegeln die Daten ebenfalls nicht wider. Hingegen entsprechen die Daten zum Bildungsgrad, der ja häufig mit einem bestimmten sozialen Status einhergeht, den Befürchtungen, bestimmte soziale Gruppen durch das digitale Format auszuschließen bzw. nicht ausreichend anzusprechen.

Daraus lässt sich die These ableiten: Politische Bildung erreicht digital die, die sie immer erreicht – besser, moderner, mehr. Das darf nicht unterschätzt werden. Politische Bildung muss auch mit dem Lebenswandel und den Ansprüchen derer mithalten, die an den Angeboten interessiert sind. Aber: Digitale Formate sind keine Wunderwaffe, um Menschen zu erreichen, die vorher nicht erreicht wurden – seien es regionale Leerstellen oder bestimmte soziale Gruppen.

Wer abgehängt ist, bleibt es

Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es bekannter Methoden wie der aufsuchenden Bildungsarbeit. Das lässt sich auf Regionen beziehen – gezielte Ansprache und Einbindung von Akteuren vor Ort – oder auf soziale Gruppen. Das kann analog oder digital geschehen – was jeweils didaktisch opportun erscheint. Angesichts der Krise, →

die gerade Menschen am sozialen Rand besonders hart trifft, besteht dieser Gruppe gegenüber eine besondere Verantwortung. Und hier entfaltet die Krise auch in der politischen Bildung ihre volle Kraft. Wichtige Projekte der aufsuchenden (politischen) Bildung können nicht durchgeführt werden, weil Obdachlosen-Cafés, Tafeln und Unterkünfte geschlossen sind oder reduzierten Besuchsverkehr haben. Auch Menschen, die noch nicht aus dem System gefallen sind, aber Struktur und direkte Ansprache brauchen, um den Alltag zu bewältigen, sind in diesen Zeiten überfordert. Termine einzuhalten, ist generell für viele dieser Menschen schwierig, wenn sie dann noch digital sind, sind Rückzug und Isolation vorprogrammiert. Gerade die, die unter der Krise besonders leiden, werden kaum mehr von der Sozialarbeit erreicht, geschweige denn von weiterführenden Angeboten. Hier stellen sich ganz andere Anforderungen, als einen Rhetorik-Kurs in ein Online-Format zu überführen.

Selbstbestimmter Umgang mit digitalen Instrumenten als Lernziel – nicht nur – für Kinder und Jugendliche

Eine andere Gruppe sind Kinder und Jugendliche. Über Planspiele oder Projekte werden Schüler*innen von Angeboten der politischen Bildung grundsätzlich gut erreicht. Jetzt gilt es zu überprüfen, ob die Angebote den Anforderungen der Krise gerecht werden. Dabei geht es nicht nur darum, Planspiele pandemiebedingt in den virtuellen Raum zu verlegen und später vielleicht auszuwerten, ob dies auch dauerhaft ein ergänzendes Modell sein könnte. Die mangelnde Digitalisierung von Schulen ist breit kritisiert und beschrieben worden. Neben technischem Equipment und einer entsprechenden Didaktik gehört dazu auch der selbstbestimmte Umgang mit der Technik. Kinder und Jugendliche nutzen in diesen Zeiten sehr viel mehr digitale Medien als vorher. Die tägliche Internetnutzungsdauer ist, nach Einschätzung der Jugendlichen selbst, von 205 Minuten im Jahr 2019 auf 258 Minuten pro Tag in 2020 deutlich gestiegen (vgl. mpfs 2020, S. 33). Sind sie fit dafür? Wissen sie, was mit ihren Daten geschieht? Wie sie sich schützen können – sei es vor Kommerz oder Anfeindungen? Mehr Nutzung erfordert mehr Aufklärung. Interessanterweise sind es gerade die sonderpädagogischen Einrichtungen, die den Regelschulen in Sachen Digitalität voraus sind. Für viele Menschen mit kognitiven Einschränkungen sind digitale Hilfsmittel Alltag: Die App, die geschriebene Texte vorlesen kann, der Navi der den Weg zur Schule zeigt.

Auch das weitestgehend von einem Curriculum befreite Lernen hilft dabei, das anzubieten, was Schüler*innen akut brauchen. Die Frage einer formellen Einführung eines Faches „Medienkompetenz“ stellt sich bei dieser Art des Lernens nicht: Wenn es notwendig ist, wird es aufgenommen. Entsprechend beschäftigen sich diese Einrichtungen auch schon lange mit ihrer digitalen Verantwortung (vgl. FES 2021).



Cockpit statt Stuhlkreis? Politische Bildung braucht beides. Foto: David Röthler / FES

Ein anderes Beispiel sind die Smartphone-Kurse (nicht nur) für Ältere bei den Volkshochschulen. Hier werden Erfahrungen gesammelt, wie man Zugang zur digitalen Welt und ein verantwortungsbewusstes Bewegen in ihr möglichst niedrigschwellig organisieren kann. Kann hier der Regelbetrieb, seien es Schulen aber eben auch Einrichtungen der politischen Bildung, von diesen Erfahrungen lernen?²

Die Krisenzeit macht deutlich: Menschen auf dem Weg der zunehmenden Digitalisierung mitzunehmen und zu befähigen ist derzeit eine relevante Aufgabe der politischen Bildung.

Angriffe auf die Demokratie – aus der gesellschaftlichen Mitte

Neben der Aufgabe von Teilhabe und Befähigung zur Demokratie zeigt sich in der Krisenzeit noch eine andere Aufgabe der politischen Bildung, ebenfalls nicht neu: die Verteidigung der Demokratie. Der 1976 gefundene *Beutelsbacher Konsens* der politischen Bildung hat bis heute

² In einem Fachtag der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg („Politische Bildung in Zeiten des Wandels“ am 5. Mai 2021) bejaht Prof. Dr. Mandy Schiefner-Rohs, TU Kaiserslautern, diese These.

seine Gültigkeit: Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot und Befähigung zum Erkennen und Formulieren der eigenen Interessen (vgl. Sander 2014, S. 160). Angesichts der aktuellen hohen Polarisierung sticht das Gebot zur Kontroverse hervor. Welche Aufgabe kommt in diesem Sinne der politischen Bildung in Krisenzeiten, die gemeinhin besonders kontrovers sind, zu? *Thomas Krüger*, Präsident der *Bundeszentrale für politische Bildung*, erklärt hierzu: „Es gilt, in der politischen Bildung keinen ‚falschen‘ gesellschaftlichen Konsens vorzutäuschen, wo es diesen nicht gibt, sondern stets die gesellschaftliche Pluralität an Werten, Einstellungen und Meinungen abzubilden. Das bedeutet vor allem, mehr als nur eine Perspektive zu Wort kommen zu lassen, und stets einen möglichst repräsentativen Querschnitt durch die Meinungslandschaft abzubilden.“ (Krüger 2020) Doch was heißt dies, wenn die Demokratie z. B. von extremen Rechten attackiert wird? Gehören die zur abzubildenden Debatte dazu? Nein, um es mit den Worten von *Aleida* und *Jan Assmann*, Träger*innen des *Friedenspreises des Deutschen Buchhandels* 2018, zu sagen: „Nicht jede Gegenstimme verdient Respekt. Sie verliert diesen Respekt, wenn sie darauf zielt, die Grundlagen für Meinungsvielfalt zu untergraben.“ (Zitiert nach Krüger 2020) Und mit Bezug auf die schulische politische Bildung sagt die Didaktik-Professorin *Anja Besand*: „Wenn es um Kontroversität in der politischen Bildung geht, sind Lehrerinnen und Lehrer in eben diesem Sinne auch nicht verpflichtet, Schülerinnen und Schüler darauf hinzuweisen, dass es auch Menschen gibt, die den Holocaust leugnen. Sie müssen keine extremistischen oder radikalen Positionen in ihren Unterricht einbringen, wenn diese nicht von alleine dort vorkommen. Und wenn solche Positionen sichtbar werden, dann dürfen – nein müssen sie diesen Äußerungen auch widersprechen. Nichts ist in einem solchen Zusammenhang schädlicher als Lehrerinnen und Lehrer mit indifferenter Haltung.“ (Besand o. J.) In diesem Sinne Demokratie nicht zu vermitteln, sondern erfahrbar zu machen, empfehlen auch *Sabine Achour* und *Susanne Wagner* in ihrer Studie zu politischer Bildung an Schulen. Die dort gemachten Umfragen zeigen, dass beispielsweise das Gebot der Kontroversität an Gymnasien stärker geliebt wird als an anderen Schulformen (vgl. Achour/Wagner 2019, S. 76).

Anlass dieser Debatte waren – und sind es immer noch – die Angriffe von Rechts auf die Demokratie von der Straße, aber eben auch von gewählten Volksvertreter*innen. Solche Angriffe auf die Demokratie haben in Pandemie-Zeiten mit der *Querdenker-Bewegung* eine diffuse, schwer zu

analysierende und deshalb nicht minder gefährliche Ausdrucksform bekommen (vgl. Schwartz 2020). Menschen, die mit den Corona-Maßnahmen nicht einverstanden sind, mischen sich mit Impfgegner*innen, Esoteriker*innen und radikalen Rechten. Eine klare Distanzierung von den rechten „Mitläufer*innen“ fehlt. Aber es ist nicht nur die Nähe zum Extremismus, die gefährlich ist. Gerade die Gemäßigten, eher Besorgten der gesellschaftlichen Mitte zeigen ein Staats- und Demokratieverständnis, das aufhorchen lässt. Diktatur- und Faschismusvergleiche gehen zusammen mit einer Aneignung von Symbolen und Symbolfiguren, die historisch nicht nur unzulässig, sondern auch respektlos ist. Das Grundgesetz wird wahllos und falsch zitiert. Die Öffentlich-Rechtlichen sind „Systemmedien“.

Die Krisenzeit macht deutlich: Menschen auf dem Weg der zunehmenden Digitalisierung mitzunehmen und zu befähigen ist derzeit eine relevante Aufgabe der politischen Bildung.

Aus meiner Sicht ist es aber besonders bedenklich, dass das vermeintlich individuelle Freiheitsrecht über der gesellschaftlichen Solidarität steht. So wurde im Februar die landesweite Ausgangssperre in Baden-Württemberg – über deren Sinnhaftigkeit fachlich gestritten werden kann – von einem Gericht gekippt, weil eine Bürgerin ihr Recht auf einen nächtlichen Spaziergang am Neckar verletzt sah (vgl. Schwäbisches Tagblatt 2021). Seit März 2020 gab es unzählige Prozesse und Schnellverfahren, wenn sich Kommunen dazu entschieden, aus Sicherheitsgründen Demonstrationen zu verbieten. Der Gang zum Gericht ersetzt die Auseinandersetzung über die Instrumente der repräsentativen Demokratie. Im Moment der Einschränkung erkennen anscheinend viele Menschen erst den Wert ihrer Freiheitsrechte und fordern sie ohne Rücksicht auf Verluste ein. Sie setzen das eine Grundrecht (z. B. Freizügigkeit, Art. 11) absolut und negieren damit ein anderes (z. B. Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, Art. 2), was in der Konsequenz auf ein unsolidarisches Verhalten hinausläuft.

An den genannten Beispielen ist nichts illegal oder unwürdig, vom Verfassungsschutz beobachtet zu werden. Aber es gefährdet die Demokratie – und hier hat die politische Bildung eine Aufgabe. Zum einen müssen die →

vielen Menschen gestärkt werden, die sich für eine solidarische Gesellschaft einsetzen: mit Argumenten, durch Vernetzung mit Gleichgesinnten. Völlig Radikalisierte, in welche Richtung auch immer, erreicht politische Bildung kaum – aber was ist mit der diffusen Mitte, die so breit und groß ist, dass am Karsamstag 2021 in Stuttgart 15.000 mit den *Querdenkern* demonstrieren? Hier funktioniert keine aufsuchende Bildungsarbeit, weil es gar keinen Ort gibt, wo man sie aufsuchen könnte – so verteilt sind sie im Land, in den sozialen Milieus und über die Generationen. Das Massenphänomen wird sich vermutlich mit der Normalisierung der Pandemie-Lage auflösen, aber die Gedanken und Einstellungen bleiben. Die Politik wird dann mitgenommen von der Straße ins Private. Wie erreicht man Menschen im Privaten? Mit einer von der *Bundeszentrale für politische Bildung* produzierten Netflix-Serie über solidarisches Zusammenleben? Den Algorithmus von Instagram und Facebook hacken, damit differenzierte Inhalte eine Chance haben, angezeigt zu werden? Mit der guten alten Postwurfsendung? Mit einer Kümmerer-Sprechstunde für Politik im Supermarkt? Mit dem Stadtteilstück mit Kaffee, Kuchen und gelebten Miteinander? Was auch immer: Es hat irgendetwas mit Rausgehen und „Nah-bei-de-Leut“ zu tun und richtet sich nicht an vermeintlich problematische Randgruppen, sondern an die Mehrheitsgesellschaft.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2021

Zur Autorin



Anja Dargatz leitet seit 2016 das Fritz-Erler-Forum, Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Baden-Württemberg mit Sitz in Stuttgart.

Anja.Dargatz@fes.de

Literatur

Achour, Sabine / Wagner, Susanne (2019): Wer hat, dem wird gegeben: Politische Bildung an Schulen: Bestandsaufnahme, Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen. Schriftenreihe des Netzwerk Bildung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung; <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/15611.pdf> (Zugriff: 10.05.2021)

Besand, Anja (o. J.): Beutelsbach als Waffe. Über die Einschüchterungsversuche von ganz Rechts und wie die Schule, Staat und Lehrkräfte darauf reagieren können; www.sowi-online.de/kontroverse/beutelsbach_waffe.html (Zugriff: 10.05.2021)

FES – Friedrich-Ebert-Stiftung (2021): Aufzeichnung der Veranstaltung „Wachsende Abstraktion Komplexität in der Arbeitswelt“ am 14. April 2021; www.youtube.com/watch?v=X3esdRHqOkQ (Zugriff: 10.05.2021)

Krüger, Thomas (2020): Rede „Zwischen Konflikt und Konsens – Anforderungen an die politische Bildung in der komplexen Demokratie“; www.bpb.de/presse/305596/rede-zwischen-konflikt-und-konsens-anforderungen-an-die-politische-bildung-in-der-komplexen-demokratie (Zugriff: 10.05.2021)

mpfs – Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (Hrsg.) (2021): JIM-Studien 2020. Jugend, Information, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger. Stuttgart: LFK; www.mpfs.de/studien/jim-studie/2020 (Zugriff: 10.05.2021)

Sander, Wolfgang (Hrsg.) (2014): Handbuch Politische Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag (4. Auflage)

Schwäbisches Tagblatt (2021): Es geht ihr um Grundrechte – und Neckarspaziergänge. Klägerin gegen Ausgangssperre; www.tagblatt.de/Nachrichten/Es-geht-ihr-umdie-Grundrechte-489334.html (Zugriff: 10.05.2021)

Schwartz, Kolja (2020): Querdenker, Corona-Leugner, Wutbürger – Woher kommt der Frust im Südwesten? SWR-Doku vom 28.10.2020; www.youtube.com/watch?v=5g_j2eAsgAg (Zugriff: 10.05.2021)

NEUGIERIG AUF UNSER IDEENREICH?

Unsere Konzepte zur
Radikalisierungsprävention

Entdecken Sie unsere Vielfalt an Themen und Formaten für Ihre Präventionsarbeit vor Ort! Unsere Kurs- und Modellkonzepte eröffnen neue Perspektiven und erleichtern Ihnen die Realisierung von Kursangeboten.

Jetzt in unser Ideenreich des Projekts Prävention und Gesellschaftlicher Zusammenhalt (PGZ) eintauchen und Präventionsprojekte umsetzen!

Zum kostenfreien Download und mehr Informationen:
www.volkshochschule.de/pgz-konzepte

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Die Praxis politischer Bildung in den Zeiten von Corona

Rückblick auf ein krisenreiches und gleichzeitig lehrreiches Jahr

Die Corona-Pandemie hat die Akteure politischer Bildung vor enorme Herausforderungen gestellt. Die Antworten darauf fielen je nach Einrichtung sehr unterschiedlich aus. Während durch die Verlagerung der Seminare ins Digitale die Chance entstand, die inklusiven Vorteile digitaler Bildungsformate zu nutzen, konnten diese durch den enormen Zeitdruck oftmals aber nicht ausreichend wahrgenommen werden. In diesem Beitrag wird nach den Gelingensbedingungen für politische Bildung in Pandemiezeiten gefragt. Gleichzeitig werden die Grenzen neuer (digitaler) Formate ausgelotet. Welche Aspekte können für die Zukunft beibehalten, welche verworfen werden?

von Anna Krämer und Georg Pirker

Die Frage, wie (politische) Bildung unter Pandemiebedingungen gelingen kann und welche Probleme dabei auftreten, ist mit der „Turbodigitalisierung“ von Bildung durch die globale Corona-Pandemie überall *en vogue*. Im Fokus aktueller Studien stehen insbesondere strukturell-materielle Ein- und Ausschlüsse, die sich vor allem mit der technischen Seite des Problems beschäftigen. Diese Auseinandersetzung findet letztlich vor dem Hintergrund der seit den 1990er Jahren geführten Debatte darum statt, ob Ungleichheit und Diskriminierung im Kontext einer digitalen Diversität obsolet oder ob soziale Spaltung und Ungerechtigkeit im Sinne des *digital divide* durch Digitalisierungsprozesse noch verstärkt werden (vgl. etwa AdB-Fachgruppe „Digitale Medien und Demokratie“ 2019). Auch wenn der *Digitalindex 2020/2021* einen Rückgang bei den „digital Abseitsstehenden“ auf 16% ausmacht, so stellt er weiterhin fest, dass starke Unterschiede im Digitalisierungsgrad der Bevölkerung in Deutschland zu erkennen sind, die sich insbesondere an Alter und formellem Bildungsgrad festmachen lassen (vgl. Initiative D21 2020/2021, S. 42). Dies bestätigte auch eine bereits im ersten Lockdown im Frühjahr 2020 durchgeführte Studie des *Instituts für deutsche Wirtschaft*, die aufzeigte, dass soziale

Benachteiligung und Bildungsbenachteiligung – etwa im Fall von sogenannten Hartz IV-Haushalten und migrantischen Familien – sich in der Krise verstärken (vgl. Institut der deutschen Wirtschaft 2020; vgl. auch Kramer 2020).

Im Bereich der außerschulischen politischen Bildung stellen wir fest, dass ökonomisch und bildungsbenachteiligte Zielgruppen, egal ob Jugendliche oder Erwachsene, kaum mehr erreicht werden konnten. Und wenn doch, dann galt es viele weitere ausschließende Faktoren mitzudenken, um die Teilnehmenden in Online-Angeboten nicht wieder zu verlieren (vgl. Krämer 2021).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach den Gelingensbedingungen für politische Bildung in Zeiten der Pandemie insbesondere als Frage nach Ein- und Ausschlüssen, bzw. nach Teilhabechancen und Teilhabebarrrieren.

Die Debatte darum, wie politische Bildung in Zeiten von Corona gelingen kann, wird im Austausch zwischen politischen Bildner*innen intensiv geführt. In ihrer Praxis, in Online- und Hybridseminaren, aber auch in den Überlegungen zu pandemiegerechten Formen von Präsenzveranstaltungen erarbeiten die Bildner*innen eine Expertise hinsichtlich der Fragen, welche Formen der Akquise und welche Methoden gut funktionieren oder auch nicht.

In diesem Beitrag werden wir zunächst einen Blick auf die unterschiedlichen Wege, die die Bildungseinrichtungen für sich in der Pandemie gewählt haben, werfen, um uns dann der Frage nach Ein- und Ausschlüssen zuzuwenden. Wir betrachten zunächst Präsenzveranstaltungen, um uns dann Inklusionschancen, aber auch Teilhabebarrrieren in der Online-Bildung zuzuwenden. Da die internationale Jugendarbeit durch die Pandemie nochmals vor spezielle Herausforderungen gestellt ist, aber auch neue Möglichkeiten entdeckt werden, widmet sich ein Exkurs diesem Bereich. Schließlich geht es darum auszuloten, welche Aspekte für die Postpandemie beibehalten und welche verworfen werden sollten.

Dieser Beitrag stützt sich auf Beobachtungen und Erfahrungen der Autor*innen¹ und auf die Studie „Politische Bildung online: all inclusive? Ein- und Ausschlüsse in digitalen Formaten der außerschulischen politischen Bildung – Eine Studie aus machtkritischer und intersektionaler Perspektive“, die von Anna Maria Krämer im Auftrag des AdB 2020 verfasst wurde (vgl. Krämer 2021).²

Politische Bildung auf unterschiedlichen Wegen

Die Reaktionen der Träger und Einrichtungen auf die Einschränkungen von Präsenzveranstaltungen durch die Pandemie sahen sehr unterschiedlich aus. Während die einen ihre Belegschaft inklusive der Bildungsreferent*innen in Kurzarbeit schicken mussten, stiegen andere mit voller Arbeitskraft in die Entwicklung digitaler Formate ein. Damit verbunden war ein hoher zeitlicher Aufwand für die Konzeptionsarbeit, was viele an die Belastungsgrenze brachte. Die Erzählungen von politischen Bildner*innen zu ihrer privaten Situation in der Pandemie bilden dementsprechend eine Kontinuität zwischen zwei Extremen ab: Während die einen unter Isolation und mangelnden Möglichkeiten zur Ausübung ihres Berufs litten, wurde die Pandemiezeit von anderen als sehr arbeitsintensiv erlebt und insbesondere von denjenigen, die parallel zum Krisenmanagement die Schließung von Kinderbetreuungseinrichtungen ausgleichen mussten, als deutliche Überbelastung. Freelancer*innen hingegen kämpften mit fehlenden Aufträgen und Existenzängsten oder mit vollen Terminkalendern im Bereich der Online-Bildung.

1 Ein Dank geht an Carolin Bernhardt (basa e. V.) für ihre Anmerkungen zu Präsenzveranstaltungen.

2 Gefördert wurde die Studie durch das BMFSFJ; Unterstützung bei der Durchführung durch Florian Bohn und Prof'in. Dr. Michaela Köttig.

Die Entscheidung von Einrichtungen, keine Online-Formate anzubieten, wird vermutlich nicht ohne Folgen bleiben. In jedem Fall entsteht dadurch ein Gap zwischen den unterschiedlichen Anbieter*innen im Feld. Die Konsequenzen sind derzeit nicht abzuschätzen. Es ist möglich, dass dadurch bestimmte Themen weniger bespielt werden, es ist aber auch möglich, dass sie in vielfältigeren Formaten angeboten werden und damit mehr Personen offenstehen.

Die Gründe dafür, dass gar keine oder nur zögerlich Online-Angebote formuliert wurden, sind vielfältig. Ein Faktor war die zögerliche Reaktion von Geldgeber*innen auf die Situation. Nicht alle finanzgebenden Institutionen machten zeitnah den Weg für eine Umstellung von in Präsenz geplanten Projekten zu Online-Formaten möglich. Die Bundeszentrale für politische Bildung reagierte hingegen sehr schnell mit der Flexibilisierung der Regelförderung, sodass nicht nur unproblematisch von Präsenz auf Online umgestellt werden, sondern auch der Mehraufwand an Konzeptionsarbeit aufgefangen werden konnte.



„In Zeiten der Pandemie stellt sich insbesondere die Frage nach Teilhabechancen und Teilhabebarrrieren.“ Foto: Stefanie Mayrwörger

Auch die schlechte Erreichbarkeit der eigenen Zielgruppe, bzw. die Befürchtung, diese zu überfordern, wurde als Grund für den Verzicht auf Online-Angebote angeführt. In Bildungsstätten mit Tagungshausbetrieb bestand zudem die Angst, sich als Ort überflüssig zu machen, wenn das Online-Angebot als Ersatz für Präsenz zu gut angenommen würde.

Aber es gab und gibt auch inhaltlich-pädagogische Begründungen für den Verzicht auf Online-Formate, etwa bei Angeboten, bei denen die Anwesenheit und das reale Zusammensein bereits Teil des Konzeptes ist, so wie bei bestimmten Lernorten oder bei internationalen Jugendbegegnungen. Gerade auch im diskriminierungs- und →

rassismuskritischen Bereich gab es die Feststellung, dass bestimmte Herangehensweisen online nicht gut oder nur in angepasster Form durchgeführt werden können, weshalb die These berechtigt ist, dass bestimmte Themen – zumindest so lange Präsenzveranstaltungen nur eingeschränkt oder gar nicht möglich waren – weniger angeboten wurden.

Online-Workshopreihe zu Digitalisierung: Eine Kooperation zwischen der Ev. Stiftung Overdyck und basa e. V. – *Politische Bildung ist in den stationären Angeboten im Bereich Hilfen zur Erziehung jenseits von Partizipationsprojekten kaum präsent. Durch die Pandemie und die Verlagerung von Angeboten in den Online-Bereich wurde die Zusammenarbeit noch geschwächt. Ein Beispiel dafür, dass Kooperationen in den beiden Feldern auch zu Pandemiezeiten möglich sind, stellt die im ersten Halbjahr 2021 durchgeführte Workshopreihe „Wie soll unsere digitale Zukunft aussehen?“ dar. Gefördert über ein Projekt von Aktion Mensch hatte die Ev. Stiftung Overdyck ihre Wohngruppen mit WLAN und Laptops ausstatten lassen. Das materielle „Upgrade“ wurde durch die Reihe abgerundet. An sechs Nachmittagen kamen Jugendliche aus den verschiedenen Wohngruppen online zusammen, um über Themen wie das Internet allgemein, digitale Zukunftsvisionen aber auch über Kommunikation auf Social Media, Hate Speech und Fake News zu diskutieren.*

Gleichzeitig stellte sich gerade für kleinere Träger, aber auch für prekär beschäftigte Freelancer*innen aufgrund des finanziellen Drucks überhaupt nicht die Frage, keine Online-Angebote zu machen, da nicht auf die Einkünfte verzichtet werden konnte. Gerade sie standen und stehen unter einem sehr hohen Druck, schnell neue Angebote zu formulieren, was auch Auswirkungen auf die Qualität der Angebote haben kann, die im *learning-by-doing*-Modus umgesetzt wurden.

Hier zeigt sich auf struktureller Ebene vielleicht eine der wichtigsten Bedingungen für eine gelingende politische Bildung in Pandemiezeiten, die auch in Zukunft mit Blick auf Online-Bildungsformate gültig bleiben wird: Träger, Geldgeber*innen, Vorgesetzte, aber auch Referent*innen selbst müssen stärker anerkennen, dass Online-Bildung ein grundsätzlich anderes Format mit anderen Anforderungen an pädagogische Konzepte sowie technisches Wissen und Vermittlung ist und dass sich sowohl Teilnehmende als auch Referent*innen hier in einem enormen Lernprozess

befinden. Der Mehraufwand bei Konzeption, Fortbildung aber auch Vermittlung und Technikbetreuung im Seminar muss insofern sowohl finanziell als auch personell berücksichtigt werden.

Präsenz unter Pandemiebedingungen

Natürlich gab es auch 2020/21 weiterhin Präsenzveranstaltungen im Feld der politischen Bildung. Ihre Organisation und Durchführung waren jedoch durch Unsicherheit geprägt: Planungsunsicherheit, Unsicherheit von Durchführenden und Teilnehmenden sowie hinsichtlich der teilweise wochenweise wechselnden staatlichen Vorgaben zur Einschränkung der Pandemie. Gerade die Tagungshausleitungen waren beständig damit beschäftigt, ihr Wissen aktuell zu halten und Hygienekonzepte aufzusetzen. Eine wichtige Abwägung betraf hier die Wirtschaftlichkeit, wenn Präsenzveranstaltungen nur mit verringerter Zahl an Teilnehmenden stattfinden konnten, der Personalaufwand gerade wegen der Hygienemaßnahmen aber nicht weniger wurde.



Zwischen Hoffnung auf „Normalität“ und Angst vor Ansteckungen
Foto: Ivonne Meißner

Für die Referent*innen ging die Planung von Präsenzveranstaltungen mit einem emotionalen Limbo zwischen Hoffnung auf „Normalität“, Angst vor eigener Ansteckung bzw. Ansteckung von Teilnehmenden und Frust aufgrund kurzfristiger Absagen einher.

Trotzdem fanden auch Präsenzseminare statt, mit reduzierten Teilnehmendenzahlen und strengen Hygienemaßnahmen. Testen und die Hygieneregeln einzuhalten, bedeuten für Aktivitäten neben zusätzlichen finanziellen Risiken auch ein externes Agendasetting, das sich aufs Programm und die Qualität von Seminaren auswirken kann. Gleichsam zeigte sich, dass gerade Schüler*innen

an das Tragen von Masken und die Nutzung von Schnelltests durch den Schulbesuch gewöhnt sind und dies keine allzu große Hürde darstellt. Jenseits formeller Vorgaben ist das Sicherheitsgefühl hinsichtlich des Infektionsrisikos sehr individuell. Und so hat es sich gezeigt, dass es für die Herstellung eines sicheren Gefühls für alle Teilnehmenden sinnvoll ist, die Hygieneregeln zu Beginn des Seminars im Rahmen des Möglichen gemeinsam auszuhandeln. Gerade weil Präsenz so lange nicht möglich war, gibt es zudem ein hohes Bedürfnis, sich auch über die eigenen Pandemieerfahrungen mit anderen auszutauschen. Dafür sollte Raum zur Verfügung gestellt werden.

Für die Referent*innen ging die Planung von Präsenzveranstaltungen mit einem emotionalen Limbo zwischen Hoffnung auf „Normalität“, Angst vor eigener Ansteckung bzw. Ansteckung von Teilnehmenden und Frust aufgrund kurzfristiger Absagen einher.

Es ist allerdings nicht zu vernachlässigen, dass die Zeit der Isolation bei jungen und älteren Teilnehmenden ein Unwohlsein in Bezug auf Veranstaltungen in größeren Gruppen erzeugt hat, dass uns noch eine Weile begleiten wird. Auch hatten und haben Präsenzveranstaltungen in Zeiten der Pandemie das Problem, dass in Kauf genommen wird, dass Menschen aus Risikogruppen nicht teilnehmen können, was durch Online- oder Hybrid-Formate anders möglich wäre.

Inklusionschancen durch Online-Bildung

Online-Bildung bietet für Inklusion, verstanden als Abbau von Teilhabehürden für alle, große Chancen.

Zunächst steht sie einer wesentlich größeren Zielgruppe zur Verfügung, da sie ortsungebunden stattfinden kann. Die wegfallende Anreise spart Zeit und Ressourcen und öffnet die Angebote für alle, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, sei es, weil sie auf barrierefreie Zugänge angewiesen sind, sei es, weil sie Kinder oder Angehörige betreuen. Auch berichten zahlreiche Bildner*innen in Deutschland, dass – ohne die Akquise auszuweiten – ihre Seminare nun von Teilnehmenden aus dem gesam-

ten deutschsprachigen Raum besucht werden und diese Dimension potenziert sich in Berichten z. B. spanischer Anbieter*innen, die nun bei spanischsprachigen Teilnehmenden weltweit gefragt sind. Auch wird im Kontext von Online-Bildung verstärkt auf die Möglichkeit zurückgegriffen, Expert*innen und Referent*innen aus dem Globalen Süden in Seminare einzubinden, da dies mit weniger Ressourcen und Aufwand möglich ist.

Aus den Online-Seminaren gibt es auch positive Rückmeldungen von Teilnehmenden mit Hochsensibilität, von schüchternen Menschen, Menschen mit Sozialphobien und anderen Personen aus dem neurodiversen Spektrum, denen die Teilnahme online leichter fällt als in Präsenz.

Darüber hinaus stehen zahlreiche inklusive technische Lösungen bereit. So können etwa Screenreader und barrierearme Tools mit Zoom-Funktion eingesetzt werden, um Sehbehinderung und Blindheit auszugleichen. Durch gute und individuell regulierbare Soundqualität, aber auch Untertitelfunktionen und Visualisierungen können Menschen mit Hörbehinderung oder Gehörlosigkeit einbezogen werden. Gebärdenübersetzer*innen und andere Dolmetscher*innen können auch über Videokonferenztools arbeiten.³ Dennoch berichten viele Bildungsreferent*innen, dass diese Möglichkeiten nicht genutzt werden. Und so scheint es, dass gerade durch den hohen finanziellen und zeitlichen Druck mal wieder die Chance verpasst wurde, Inklusion von Beginn an mitzudenken.

Hybrid-Format: „Aktionswochen zur Frauenzentraltagung“ von LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V. und der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung – Die LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V. und die Hessische Landeszentrale für politische Bildung führten in 2020 die „Aktionswochen zur Frauenzentraltagung“ durch, die digitale und analoge Elemente verbanden. Thema war „Frauen* in Zeiten der Corona-Pandemie“. Als Abschluss fand ein digitaler Frauenausschuss statt, bei dem die beteiligten Frauen* ihre spezifischen Erfahrungen während der Pandemie diskutierten und gemeinsam Forderungen erarbeiteten, die sich an die landespolitische Ebene richteten. Die Teilnehmerinnen sind vor Ort an Stadtteilzentren angebunden, die die Frauen als Zielgruppe einluden. Für das Online-Format wurde →

3 Weitere Erläuterungen zu barriere-reduzierenden Tools: www.inklusive-medienarbeit.de/tool-tipp-barrierefreie-webkonferenzen; BAG Selbsthilfe 2020; DBSV 2020; www.netz-barrierefrei.de/wordpress/barrierefreies-internet (Zugriffe: 29.06.2021)

das kostenlose Tool *Senfcall* genutzt. Um Hürden angesichts des neuen digitalen Formats abzubauen, wurden für den digitalen Austausch vorab Pakete mit Keksen, Bastel- und Moderationsmaterial in die Stadtteilzentren gesendet. Das Online-Format bot trotz der Kontaktbeschränkungen einen überregionalen hessenweiten Austausch zwischen den Teilnehmer*innen, die sich sonst unter Pandemiebedingungen nicht hätten analog treffen können.

Hürden und Teilhabebarrrieren online

Auch wenn eine quantitative Untersuchung hierzu noch aussteht, so scheint die Feststellung zutreffend, dass mit den Angeboten während der Pandemie eher privilegierte Zielgruppen erreicht wurden. Gerade Fortbildungen für Fachkräfte waren sehr gefragt, während ökonomisch und bildungsbenachteiligte Jugendliche und Erwachsene kaum noch erreicht wurden. Woran liegt das? Ein wichtiger Grund war der Einbruch von Kooperationen mit Schulen und Sozialträgern, die ihre Arbeit mit den wiederholten Schließungen einstellen und dann oftmals den Kontakt zur Klientel erst wiederherstellen mussten. Lediglich die Arbeit mit bereits bestehenden Gruppen konnte weitergeführt werden. Online-Angebote wurden oftmals nur im Kontext lang bestehender Kooperationen als Ersatz angenommen. Daneben spielten strukturelle Gründe, wie die fehlende technische Ausstattung, das begrenzte technische Wissen oder aber der Mangel an einem eigenen Arbeitsplatz eine wichtige Rolle.

Neben der Ausstattung wurde aber auch festgestellt, dass bei (auch jüngeren) Teilnehmenden das technische Wissen zur interaktiven Teilnahme an Online-Seminaren fehlte. Die Annahme, dass Jugendliche, also die sogenannten *digital natives*, „intuitiv“ jedes Tool bedienen könnten, ist so nicht richtig und führt dazu, dass der *digital divide* unsichtbar gemacht wird. Gerade die Nutzung von zu vielen Tools führt zu einem Gefühl der Überforderung. Teilnehmende verstummen oder verlassen das Seminar mit dem Gefühl, dass sie oder ihre Technik nicht gut genug für die Teilnahme sind.

Eine andere Ebene von Teilhabebarrrieren, mit denen umgegangen werden muss, bringen die Spezifika der Online-Kommunikation an sich mit. So stellen wir fest, dass Personen, die sich bereits im Präsenzseminar durch diskriminierende Blicke – aufgrund von Rassismus, Bodyismus, Sexismus etc. – unwohl fühlen, sich im Online-Seminar noch unwohler fühlen, da sie nicht wissen, wer sie anguckt. Wie viele der anderen Faktoren, ist dies indes eine

Hürde mit der proaktiv umgegangen werden kann, entweder indem die Kameranutzung nur optional ist oder aber der eigene Bildausschnitt mit Teilnehmenden besprochen und selbstbestimmt bearbeitet wird. In diesem Fall kann umgekehrt aus dieser Hürde wieder eine Chance werden.

Exkurs internationale Begegnungsarbeit

In der internationalen Begegnungsarbeit hat die Pandemie auf vielfältige Weise Spuren hinterlassen. Angesichts der globalen Herausforderung durch die pandemische Lage muss davon ausgegangen werden, dass klassische Begegnungsarbeit insbesondere von Gruppen und von jungen Menschen, mit vielen Ländern weltweit auf längere Sicht nur eingeschränkt möglich sein wird.

Die Ungleichzeitigkeit von Lockdowns bedeuten für Organisator*innen und Teilnehmende ungewisse Planungsperspektiven, in bilateralen Formaten und erst recht in solchen mit mehreren Partnerorganisationen.

Partnerschaften, die bislang auf langfristige Kooperation und Planung angelegt waren, sind gezwungen ad hoc zu arbeiten, wollen sie überhaupt Begegnungen ermöglichen. Zwar entstehen immer wieder Zeitfenster, in denen kurzfristig ein Austausch bewerkstelligt werden kann, jedoch bedeutet dies, Flexibilität vor Planungssicherheit zu stellen, Flexibilität in Hinsicht auf Dauer, Zusammensetzung der Teilnehmenden, Programme, Instrumente und Umsetzungsformate.

Angesichts der globalen Herausforderung durch die pandemische Lage muss davon ausgegangen werden, dass klassische Begegnungsarbeit insbesondere von Gruppen und von jungen Menschen, mit vielen Ländern weltweit auf längere Sicht nur eingeschränkt möglich sein wird.

Nach über einem Jahr ist durch Kurzarbeit wie auch durch die nicht vorhandene Gelegenheit, freiberufliche und junge Peers in Arbeitskontexte einzubinden, die Personaldecke in den Partnerstrukturen ausgedünnt. Gerade dort sind viele Mitarbeitende zur beruflichen Umorientierung genötigt. Das bedeutet eine Herausforderung für den Neu-

start von Begegnungsarbeit, da vielfach Trainer*innenteams neu aufgebaut und qualifiziert werden müssen.

Internationale Begegnungsarbeit: Hybride Herbstschule im „Unsung Heroes Dialogues Projekt“ (Culture goes Europe, Erfurt; www.cge-erfurt.org/the-unsung-hero-dialogues-promoting-solidarity-and-diversity-through-awareness-and-policy-reform – Hier zeigten sich die besonderen Herausforderungen internationaler Bildungsarbeit in der Praxis: Für Teilnehmende vor Ort stellte sich zunächst die Schwierigkeit des Transfers mit dem Zug vom Flughafen zur Bildungsstätte: Wo besteht das Risiko einer Infektion? Wo findet der erste Test statt? Wann wird das Testergebnis mitgeteilt? Wie lange ist vor Ort die Quarantäne einzuhalten? Wie ist mit positiven Testergebnissen umzugehen? Dann verschärfte das Bundesland während der Maßnahme die Hygienebedingungen: Die Organisator*innen standen ab dann im täglichen Austausch mit dem Gesundheitsamt, um zu sehen, wie die Teilnehmenden weiter geschützt werden können: Es wurde entschieden, die Gruppe vor Ort nochmals zu teilen und auch vor Ort lediglich online kommunizierend zu tagen. Das hatte Folgen fürs Team, das sich ebenfalls in Gruppen aufteilen musste. Sowohl die Teamenden vor Ort als auch die Online-Betreuung konnten nur noch digital miteinander kommunizieren.

Mobilität als solche fordert heraus. Quarantäneregeln und -zeiten sind keine Aktivitätszeiten und in den Kostenstrukturen von Förderung nicht abgebildet. Ein negativer Test reicht mitnichten aus, um eine Begegnungsaktivität zu besuchen, da je nach Land Quarantänezeiten eingehalten werden müssen. Die Ausdünnung von Flugverbindungen und teilweise harte Transitregeln lassen zudem An- und Abreisen zu einer kostspieligen Angelegenheit werden.

Auch der Wechsel ins Digitale bringt besondere Herausforderungen. Welche Tools und welche Anforderungen sind angemessen, um allen Partner*innen gerecht zu werden? Was wird pädagogisch dem Ziel einer Kooperation und Begegnung gerecht? Die durch Corona bedingten Stornierungen und Verschiebungen beschäftigen viele Träger gerade in der Zusammenarbeit mit internationalen Partnern. Aber nicht zuletzt galt es, geeignete Formate zu finden und auszuprobieren, die non-formales digitalisiertes Bilden und Begegnen ermöglichten.

Man mag vermuten, dass gerade der Bereich der internationalen Jugendarbeit (IJA) bei der Nutzung digitaler Instrumente auf eine gewisse Erfahrung zurückgreifen kann.

Für viele Träger war und ist es jedoch nach wie vor nicht die Regel, digital unterstützte internationale Kooperationen durchzuführen. Dies liegt nur teilweise an Faktoren wie Internetausstattung etc. So äußerten bspw. knapp 40 % der Adressaten einer Umfrage, die der *Kampagne 100% Erasmus+* zugrunde lag, dass digitale Lernangebote nicht in ihrem Interesse seien.



Tagungsausleitungen sind beständig damit beschäftigt, ihre Hygienekonzepte aktuell zu halten. Foto: Ivonne Meißner

In der IJA schafft Digitalisierung veränderte Mobilitätsmöglichkeiten und Angebote. Es ist anzunehmen, dass das Arbeitsfeld vor einem generell veränderten Mobilitätsverhalten steht, und dass digitalisierte Praxis hierfür eine Tür geöffnet hat. Digitalisierung kann helfen, Bilden und Begegnen niederschwelliger zu gestalten und Alternativen zu eröffnen.

Schließlich: Was rechnet sich und was ist abrechenbar? Die Regelungen im *Kinder- und Jugendplan des Bundes*, *KJP International* ermöglichten insbesondere im Bereich der Globalmittel eine schnelle Flexibilisierung, die vielen Trägern hilfreich war, die half, Verluste aufzufangen und Neues zu erproben. In den Sonderprogrammen und auch bei den Jugendwerken sind mittlerweile ähnliche, gut funktionierende und an Ermöglichung orientierte Praktiken etabliert. Dennoch: Ad hoc-Stornierungen und -Verschiebungen bedeuten zusätzliche Arbeit. Immer in Vorleistung zu gehen, führt bei entsprechend heruntergefahrenem Betrieb und wenigen Rücklagen schnell zur großen Belastung.

Internationale Begegnungsarbeit: Seminare „Digital competences in non-formal education“ und „Crisis management in youth work“ von naturkultur e.V. – Geplant war ein multilaterales Seminar in Präsenz, das zum Ziel →

hatte, Fachkräfte aus neun Ländern zum Thema *digitale Kompetenzen in der non-formalen Bildung zu schulen*. Da ein Treffen in Präsenz nicht möglich war, wurde das Seminar in ein digitales umgestellt, wobei die Dauer von sechs Tagen Präsenz auf zwei Wochen digitale Aktivitäten im zwei Tages-Rhythmus gestreckt wurde. Mit dem Inhalt des Trainings konnte zugleich ein durch Corona befeuerter, gewachsener Bedarf der europäischen Partner*innen, sich in Fragen digitaler Bildung auszutauschen und weiterzubilden, bearbeitet werden. Das Beispiel bestätigt: Die europäische Jugendarbeit steckt mitten im Prozess der digitalen Transformation. Politischer Bildung kommt hierbei eine zentrale Aufgabe zu, die verschiedenen gesellschaftspolitischen, rechtlichen und praktischen Dimensionen auszuarbeiten und diese im Kontext europäischer Qualifizierungsprogramme zum Thema und Gegenstand zu machen.

Im Bereich europäischer Projekte, die im „alten“ Erasmus+ Programm gefördert sind, zeichnete sich durch die im Sommer 2020 beschlossene Mittelreduzierung für die Durchführung digitaler und hybrider Alternativmaßnahmen eine wirkliche Herausforderung ab, weswegen mehrere Träger aus dem Bereich der politischen Bildung im AdB und dem weiteren Umfeld eine Bestandsaufnahme zu Problemen und Herausforderungen der reduzierten Förderpraxis digitaler und hybrider Projekte angingen und hierfür mittlerweile auf der Europäischen Ebene die Kampagne „digital100%Erasmus+“ (<https://100percenterasmusplus.eu/en/get-involved>) gestartet haben. Digital ist nicht günstiger! Gerade inklusive Begegnungsmaßnahmen bedeuten einen hohen Betreuungsaufwand, der sich in den EU-Programmen aktuell nicht in den Kostenstrukturen abbilden lässt.

Mit den beschriebenen digitalisierten Begegnungsformen oder den kreativ angegangenen analogen Umplanungen stellte sich einmal mehr heraus, dass mit einer flexiblen Handhabung Praxis angeregt und unterstützt werden kann, Formate neu zu denken und zu entwickeln und diese beispielhaft durchzuführen.

Bedingungen für eine gelingende politische Bildung in Zeiten der Pandemie und was wir für die Postpandemiezeiten gelernt haben

Man kann eine tödliche Pandemie wohl kaum als Chance begreifen, dennoch können wir daraus lernen. Für die internationale Begegnungsarbeit hat die Pandemie mög-

licherweise die größten Einschnitte gebracht. Die Corona-Pandemie ist eine weltweite, zeitgleiche und ortsunabhängige Zäsur, die die Lebenswelt aller Menschen vor ungekannte Herausforderungen stellt. Die Pandemie kann und darf daher nicht Grund sein, um die eminent wichtige und solidarische Erfahrung von Austausch und Begegnung zu beeinträchtigen. Gerade in Deutschland sollten wir uns bewusst sein, dass wir auch eine Verpflichtung zum solidarisches Handeln haben. In diesem Sinne müssen wir uns grundsätzliche Fragen stellen, etwa wie das Recht aller Jugendlichen und Erwachsenen auf umfassende Bildung aufrechterhalten werden kann, wenn sich nur wenige Staaten weltweit den Zugang zu Impfstoffen gesichert haben.

Daneben lehren uns die hier nachgezeichneten Erfahrungen und Reflexionen, dass Inklusion – so wie es auch der 16. Kinder- und Jugendbericht fordert – insgesamt stärker im Feld der politischen Bildung mitgedacht werden muss. In diesem Bereich wurde – so hoffen wir – durch die Erkundung neuer Formate ein neues Bewusstsein hergestellt.

Wir würden für das Feld der politischen Bildung mit einem Gewinn aus der Krise hervorgehen, wenn wir neue Online- und Hybrid-Angebote im Sinne der Inklusion und des Überwindens von Grenzen neben unseren Präsenzangeboten weiterentwickeln und für mehr Zielgruppen öffnen.

Gerade Online-Bildungsangebote bieten als eigenständige Formate, die nicht lediglich als defizitäre Adaptation von Präsenzformaten gesehen werden, viele neue Möglichkeiten – auch für die internationale Bildungsarbeit. Die beschriebenen Hürden können durch eine konsequente Teilnehmendenorientierung bereits vor dem Seminar angegangen werden. So müssen sich inklusive Online-Bildungsangebote an der Technikausstattung und dem Technikwissen der Teilnehmenden orientieren, so wie es bei den „Aktionswochen zur Frauenzentraltagung“ oder aber der Online-Workshop-Reihe zu Digitalisierung (siehe die eingefügten Beispiele) gemacht wurde. Technikvermittlung muss zum selbstverständlichen Aspekt von Online-

Bildung werden, um alle Teilnehmenden mitzunehmen. Ebenso muss sich die Auswahl von Methoden und Tools an den Möglichkeiten und Bedarfen der Teilnehmenden ausrichten, um möglichst viele Formen der Interaktion zu ermöglichen ohne zu überfordern. Unabhängig von der Corona-Erfahrung ist anzunehmen, dass die Prozesse der Digitalisierung ein zunehmend wichtiges Aktivitätsfeld für die politische Bildung darstellen: mit Tools in der Bildungsarbeit, aber auch als Thema hinsichtlich der gesellschaftlichen Folgen.

Wir würden für das Feld der politischen Bildung mit einem Gewinn aus der Krise hervorgehen, wenn wir neue Online- und Hybrid-Angebote im Sinne der Inklusion und des Überwindens von Grenzen neben unseren Präsenzangeboten weiterentwickeln und für mehr Zielgruppen öffnen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2021

Zur Autorin / zum Autor



Dr. Anna Maria Krämer ist Referentin für politische Bildung bei basa e. V. Die promovierte Politikwissenschaftlerin bringt seit 2017 ihre Perspektive auf postkoloniale, feministische und intersektionale Theorie in die Jugendbildungspraxis bei basa e. V. didaktisch ein. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind die Bereiche diversitätssensible und diskriminierungskritische Bildung, kritische historische Bildung sowie Digitalisierung.

anna.kraemer@basa.de



Georg Pirker ist Referent für internationale Bildungsarbeit im AdB und Vorsitzender des europäischen Netzwerks DARE – Democracy and Human Rights Education in Europe.

pirker@adb.de

Literatur

AdB-Fachgruppe „Digitale Medien und Demokratie“ (2019):

Zwischen Ohnmacht und Selbstermächtigung. Bericht der Fachgruppe „Digitale Medien und Demokratie“. In: AdB-Jahresbericht 2019 – Programm Politische Jugendbildung im AdB; www.adb.de/download/praxisbericht/Bericht_Fachgruppe_Digitale-Medien-und-Demokratie_0.pdf (Zugriff: 31.05.2021)

BAG Selbsthilfe (Hrsg.) (2020): Leitfaden Online-Konferenz-Tools. Gängige Programme, Vor- und Nachteile, hilfreiche Tutorials; www.bag-selbsthilfe.de/fileadmin/user_upload/_Informationen_fuer_SELBSTHILFE-AKTIVE/Leitfaden_Online-Konferenz-Tools.pdf (Zugriff: 29.06.2021)

DBSV – Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband e. V. (Hrsg.) (2020): Barrierencheck für Konferenzplattformen; www.dbsv.org/aktuell/barrierencheck-fuer-konferenzplattformen.html (Zugriff: 29.06.2021)

Initiative D21 (Hrsg.) (2020/2021): D21 Digitalindex 2020/2021. Jährliches Lagebild zur Digitalen Gesellschaft; https://initiated21.de/app/uploads/2021/02/d21-digital-index-2020_2021.pdf#page=38 (Zugriff: 31.05.2021)

Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.) (2020): Häusliches Umfeld in der Krise: Ein Teil der Kinder braucht mehr Unterstützung. Ergebnisse einer Auswertung des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP); www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2020/IW-Report_2020_Haeusliche_Lebenswelten_Kinder.pdf (Zugriff: 29.06.2021)

Krämer, Anna Maria (2021): Politische Bildung online: all inclusive? Ein- und Ausschlüsse in digitalen Formaten der außerschulischen politischen Bildung – Eine Studie aus machtkritischer und intersektionaler Perspektive, herausgegeben vom AdB e. V.; www.adb.de/Studie_Politische_Bildung_online_all_inclusive (Zugriff: 02.08.2021)

Kramer, Bernd (2020): Kein Computer, kein Kontakt. In: Süddeutsche Zeitung vom 20.04.2020; www.sueddeutsche.de/bildung/homeschooling-schulschliessung-hartz-iv-1.4881546 (Zugriff: 29.06.2021)

„Wir machen es einfach online, dann können alle teilnehmen.“ – Wirklich?

Inklusion als Herausforderung für die (digitale) politische Bildung

Als Antwort auf die Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie wurden viele Angebote der außerschulischen politischen Bildung in den digitalen Raum verlegt. Barrierefreiheit ist dort, ebenso wie offline, ein Schlüsselement, um sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderung Teilhabe erfahren können. Ob der Transfer in der Praxis gelingt und welche Erschwernisse aber auch Chancen sich für inklusive Bildungsangebote in Pandemiezeiten ergeben, wird folgender Beitrag betrachten.

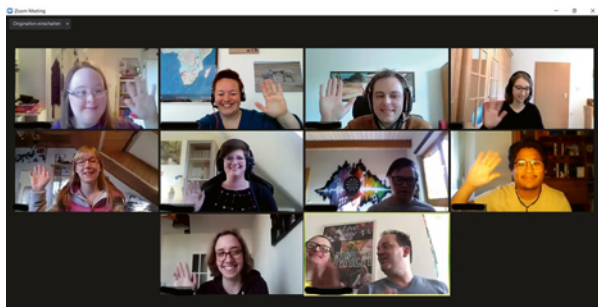
von Stefanie May

Die 2009 von Deutschland ratifizierte *UN-Behindertenrechtskonvention* gilt international als Meilenstein der Menschenrechte. Die medizinische Sichtweise auf Behinderung wird überwunden; das Individuum wird nicht mehr als defizitär beschrieben: Behinderung gehört zu gelebter, menschlicher Vielfalt. Die Konvention verbietet nicht nur die Diskriminierung von Menschen mit Behinderung, sondern garantiert ihnen gleiche Rechte sowie Teilhabe in allen Lebensbereichen im Sinne einer vollständigen sozialen Partizipation. Bildung wird hiervon nicht ausgeklammert. Der Zugang im Kontext des lebenslangen Lernens soll auf allen Ebenen gewährleistet werden. Die Bereitstellung barrierefreier, inklusiver Bildungsangebote ist daher eine zentrale Aufgabe der politischen Bildung.

Nach Angaben des *Statistischen Bundesamtes* lebten zum Jahresende 2019 rund 7,9 Millionen schwerbehinderte Menschen in Deutschland. Als schwerbehindert gelten Personen, denen ein Grad der Behinderung von mindestens 50 zuerkannt wurde (vgl. Destatis 2020). Menschen mit Behinderung stellen keine homogene Gruppe dar – Erscheinungsbilder körperlicher, geistiger oder seelischer Beeinträchtigungen sind vielfältig. Ebenso sind es die jeweiligen Bedürfnisse oder auch die Barrieren, die es zu be-

seitigen gilt, um Inklusion zu ermöglichen. Der Begriff Inklusion wird häufig in Abgrenzung zum Begriff Integration definiert. Dabei handelt es sich nicht per se um konträre Konzepte, vielmehr werden die Termini in einzelnen Fachdisziplinen unterschiedlich verwendet (vgl. Kastl 2017). Aus soziologischer Perspektive beschreibt Inklusion eine Gesellschaft, an der alle Menschen, unabhängig ihrer Herkunft, ihres Geschlechts oder einer Beeinträchtigung gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben können. Demnach begründet sich das Recht auf Inklusion aus der Annahme, dass etwaige Unterschiede für den gleichen Zugang irrelevant sind. Eine aus einer vermeintlichen Andersartigkeit resultierende Anpassungsleistung wird nicht gefordert. Das Ziel von Inklusion ist die Schaffung struktureller Zugänge sowie das Beseitigen von Hemmnissen (vgl. ebd.). Der individuelle Unterstützungsbedarf wird insbesondere in der förderpädagogischen Diskussion dazu genutzt, Personengruppen zu definieren, ohne eine defizitorientierte Unterteilung in einzelne Behinderungsbilder vorzunehmen. So wird von Schwerpunkten in der Förderung gesprochen; beispielsweise „Körperliche und motorische Entwicklung“, „Lernen“ oder „Hören“ (vgl. Ackermann/Ditschek 2015). Anhand dieser Sichtweise wird deutlich, dass Hilfestel-

lungen, die eine Teilhabe ermöglichen, sehr unterschiedlich ausfallen können und angepasst werden müssen. So selbstverständlich dies auch klingt – die Ausgestaltung von Bildungsangeboten für alle stellt die Praxis der politischen Bildung vor große Herausforderungen – und dies bereits vor den Einschränkungen durch die Coronapandemie.



Zoom für alle: das erste Onlineseminar der Jubi Nordwalde
Foto: Stefanie May

Zielgruppenorientierung vs. inklusive Bildungsangebote

Um beispielsweise ein Seminar für alle zugänglich zu gestalten, sollten Ausschreibungen in leichter Sprache verfasst, Seminarräume und Sanitäreinrichtungen rollstuhlgeerecht sein, Übersetzungen in Gebärdensprache angeboten, eine Lernassistenz gestellt werden und vieles mehr. Häufig werden Menschen mit Beeinträchtigung jedoch kaum in der Konzeption von Bildungsangeboten bedacht und noch seltener aktiv angesprochen. „Die Menschen, deren Einschränkungen sie auch daran hindern, selbstbewusst und selbstmotiviert Bildung in Anspruch zu nehmen, treffen auf eine Erwachsenenbildung, die bewusst oder unbewusst der Logik des ‚Matthäus-Prinzips‘ huldigt: Wer hat, dem wird gegeben. Statt einer Willkommenskultur herrscht eine ‚Komm-Struktur‘ vor: Wer kommt, der ist willkommen.“ (Ditschek 2014, zitiert nach Lutz 2016, S. 77) So sind Angebote der politischen Bildung für Menschen mit Behinderung überwiegend im System der Behindertenhilfe angesiedelt, wo sie eigentlich nicht hingehören. Dort wo politische Bildung normalerweise stattfindet, wird aber nur im geringen Maße auf spezielle Bedarfe eingegangen. *Ackermann/Ditschek* (2015) sehen hier auch „die großen Veranstalter“ politischer Bildung, wie parteinahe Stiftungen, Volkshochschulen und nicht zuletzt die *Bundeszentrale* sowie die *Landeszentralen für politische Bildung* in der Verantwortung und attestieren ihnen „erheblichen Nachholbedarf“. Die verhältnismäßig wenigen Angebote,

die für Menschen mit Behinderung zugänglich sind, adressieren meist eine ganz bestimmte Gruppe, beispielweise Menschen mit Lernbehinderung bei einer Informationsveranstaltung zu Wahlen in leichter Sprache. Eine solche Zielgruppenorientierung steht aber im Widerspruch zum Inklusionsgedanken – und dieser lässt sich nicht so leicht auflösen. Auf der einen Seite kann in einem zielgruppenspezifisch konzipierten Workshop auf die Bedürfnisse der Teilnehmenden durch angepasste Didaktik adäquat eingegangen werden und sie können auf diesem Weg politische Teilhabe erfahren; auf der anderen Seite weisen solche speziellen, auf das Defizit fokussierten Angebote eine eher segregierende als inklusive Struktur auf. *Jürgen Lutz* (2016) spricht sich vor diesem Hintergrund für eine pragmatische Lösung aus und verweist darauf, dass suboptimale Angebote (im Sinne der Erfüllung von Inklusionskriterien) besser sind als keine Angebote. Außerschulische politische Bildung mit und für Menschen mit Behinderung verlangt von Bildungsstätten innovative Ideen, Offenheit und den Mut, Widersprüche auszuhalten.

Häufig werden Menschen mit Beeinträchtigung jedoch kaum in der Konzeption von Bildungsangeboten bedacht und noch seltener aktiv angesprochen.

Digitale Inklusion?

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie stellen die Bildungslandschaft vor besondere Herausforderungen. Gab es bis vor Ausbruch des Coronavirus digitale Bildungsformate, so wurden diese aus einem Selbstverständnis heraus, aus eigenem Antrieb gestaltet. In Reaktion auf die Einschränkungen nach Beginn der Pandemie, quasi über Nacht, waren auch diejenigen gefordert neue Wege zu gehen, die bisher kaum Erfahrungen in der Konzeption und Umsetzung digitaler Versionen ihrer Angebote gesammelt hatten. Vielerorts wurden analoge Bildungsformate kurzerhand in den digitalen Raum transferiert, was für nicht wenige eine große Kraftanstrengung bedeutete. Der digitale Raum bietet neue Wege von Kommunikation und Interaktion, reproduziert aber auch bereits bestehende Problematiken: Ungleiche Partizipations- und Teilhabechancen, die Menschen mit Behinderung im →

Alltag erfahren, zeigen sich auch auf digitaler Ebene (vgl. Najemnik/Zorn 2016). Die Autorinnen sprechen hier von „Digital Inequality“ und „Digital Divide“. Die Begriffe sind nicht nur auf den Zugang zum Internet (first level divide) bezogen, sondern auch auf die Handlungsmöglichkeiten im Internet (second level divide). „Mit einer Perspektive auf die Möglichkeiten von Menschen mit Behinderung, technische Geräte für Kommunikation und Partizipation zugänglich zu haben sowie sinnvoll und versiert für Kommunikation und Bildung nutzen zu können, sehen wir, wie dadurch ebenfalls auf verschiedenen Ebenen (Zugang und Nutzungsweisen) Risiken für Ausschlüsse und Benachteiligungen bei Partizipationsmöglichkeiten entstehen können.“ (Ebd., S. 1088) Zudem beklagen *Nicole Najemnik* und *Isabel Zorn*, dass negative Einstellungen pädagogischer Fachkräfte zum Einsatz digitaler und technischer Tools dazu führen, dass wichtige Kompetenzen nur unzureichend trainiert werden. Um Menschen mit Behinderung gleiche Teilhabechancen in der Wissens- und Informationsgesellschaft zu ermöglichen, sollten sie bereits ab dem Kindergartenalter einen selbstbestimmten Umgang mit digitalen Medien erlernen.

Außerschulische politische Bildung mit und für Menschen mit Behinderung verlangt von Bildungsstätten innovative Ideen, Offenheit und den Mut, Widersprüche auszuhalten.

Svenja Hoffmann, Bildungsreferentin der *Ev. Jugendbildungsstätte Nordwalde* (www.jubi-nordwalde.de), bestätigt diese Problemlagen im Gespräch. Der außerschulische Lernort mit dem Schwerpunkt Inklusion bietet unter anderem Seminare zu gesellschaftlichen und politischen Themen für junge Menschen mit und ohne Behinderung an. Aus ihrer Sicht fehle gerade Menschen mit geistiger Beeinträchtigung häufig der Zugang zu digitalen Bildungsformaten. Zum einen seien Wohnformen (z. B. stationäre Wohngruppen) meist nicht entsprechend technisch ausgestattet, zum anderen seien Kompetenzen im Umgang mit Medien und Onlineanwendungen in der Vergangenheit nicht ausreichend trainiert worden, um eine plötzliche Verlagerung in den digitalen Raum reibungslos gestalten zu können. Dennoch gelang es ihr in Kooperation mit Studierenden

der *Technischen Universität Dortmund* Anfang März 2021 einen Onlinetag zum Erwerb von Digitalkompetenzen mit Menschen mit geistiger Behinderung durchzuführen. Die Teilnehmenden lernten via Zoom die *MITAS-App*¹ kennen und anwenden und beschäftigten sich in einem weiteren Seminar mit dem Erstellen von Erklärvideos. „Wir sind dankbar, dass die Teilnehmenden zu Hause Unterstützung durch Eltern, Angehörige und Mitarbeitenden aus dem Bereich Wohnen hatten. So war es möglich, dass alle im digitalen Seminarraum angekommen sind und wir in den Tag starten konnten. Alle waren mit Freude und kreativen Ideen dabei.“ (Svenja Hoffmann, persönliche Kommunikation am 15.04.2021).



Digital unterwegs – Stephan Dietrich mit portabler Braillezeile
Foto: Stephan Dietrich

E-Inklusion als neue Aufgabe

Tatsächlich kommen auch versierte Nutzende mit Beeinträchtigung schnell an ihre Grenzen, wenn sie selbstbestimmt an Bildungsformaten, die coronabedingt in den digitalen Raum verlegt wurden, teilnehmen möchten. Der blinde Informatiker und Betreiber des Blogs „Blindfuchs.de“ (<https://blindfuchs.de>) *Stephan Dietrich* kann sich durch assistive Technologien, wie z. B. Screenreader oder eine portable Braillezeile, gut im digitalen Alltag zurechtfinden, beschreibt seine Erfahrungen in der Teilnahme an Online-Bildungsformaten aber als suboptimal: „Sowohl auf struktureller als auch auf inhaltlicher Ebene werde ich vor Probleme gestellt. Zum einen kommt es vor, dass die Tools, die in Onlineschulungen genutzt werden, manchmal nicht barrierefrei sind und zum anderen werden Inhalte

¹ Multimediales, individuelles Trainings- und Arbeitsassistenz-System (vgl. <https://mitas-app.de>).

häufig nicht gut aufbereitet. Wenn sich in einem Webinar permanent auf Grafiken ohne Alternativtext bezogen wird, komme ich nicht mit. Das gleiche gilt für Social Media Posts – Instagram z. B. – ich benötige einfach einen Alternativtext beziehungsweise eine Bildbeschreibung, um dort an Informationen zu kommen. Meistens bitte ich dann jemanden der sehen kann um Hilfe. Prinzipiell ist das auch kein Problem, aber es frustriert mich dann doch, weil es Kleinigkeiten sind, die man ohne großen Aufwand vermeiden könnte.“ (Stephan Dietrich, persönliche Kommunikation am 03.03.2021). Fehlt Anbietenden von digitaler Bildung hier ein Bewusstsein?

Dabei hat die *Europäische Union* einen wichtigen Schritt in Richtung mehr Barrierefreiheit im digitalen Raum vollzogen: Seit September 2018 sind öffentliche Stellen dazu verpflichtet, ihre digitalen Angebote graduell barrierefrei zu gestalten. Nicht nur seh- oder hörbehinderte Menschen, sondern auch Menschen mit Lernbehinderungen und motorischen Einschränkungen erhalten somit Zugang zu Informationen, die eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Von den Regelungen der Richtlinie profitieren außerdem auch viele ältere Menschen sowie Menschen mit Einwanderungsgeschichte oder andere, für die das Verständnis der deutschen Sprache eine Herausforderung darstellt (vgl. Aktion Mensch 2021). *Klaus Miesenberger* (2018) spricht in diesem Zusammenhang von e-Inklusion und dass diese eine zentrale Rolle im Empowerment für Menschen mit Behinderung einnimmt, wenn sie bei deren Umsetzung mit einbezogen werden. Er geht noch weiter als die EU-Richtlinie und sieht die Umsetzung der gesetzlich geforderten Barrierefreiheit als ein Muss „für alle in der Gestaltung von Informationen, Kommunikation, Systemen wie auch Lehr- und Lernunterlagen oder digitales Lernen mittels Standardsoftware, die wir alle täglich nutzen.“ (Ebd., S. 24)

Fazit

Auch in der inklusiven politischen Bildung fungiert die Corona-Pandemie als vielzitiertes Brennglas auf Schwachstellen. Für viele Menschen mit Behinderung existieren Zugangsschwierigkeiten zu Bildungsangeboten, welche durch die Krise verstärkt werden. Gleichzeitig stellt sich eine Krise aber auch immer als – ebenfalls vielzitierte – Chance dar. Der politischen Bildung bietet sich hier die Gelegenheit, parallel zu den spannenden Entwicklungen in der digitalen Bildung, Standards zur Barrierefreiheit zu etablieren. Es wird deutlich, dass dies weniger eine technische Frage ist, sondern vielmehr eine Frage des Wahrnehmens, Umdenkens und der Neuorganisation. Bei diesen

Prozessen ist die Expertise der Betroffenen unschlagbar. Der politischen Bildung obliegt die Aufgabe, aktiv einen Schritt auf Menschen mit Behinderung zuzugehen und zuzuhören, um gemeinsam neue, inklusive Angebote schaffen zu können.

„Ich würde mir wünschen, dass genauso über Barrierefreiheit bei digitalen Bildungsangeboten nachgedacht wird, wie es heute selbstverständlich geworden ist, über Datenschutz nachzudenken. Dann wären wir einen großen Schritt weiter.“ (Stephan Dietrich)

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2021

Zur Autorin



Stefanie May ist Diplom-Sozialpädagogin (FH) und absolvierte aufbauend ein bildungswissenschaftliches Studium. Die Beteiligung von Menschen mit Behinderung stellt ein Schwerpunktthema ihrer Arbeit dar.

steffi_may@gmx.de

Literatur

Ackermann, Karl-Ernst / Ditschek, Eduard Jan (2015): Voraussetzungen, Ziele und Orte inklusiver politischer Erwachsenenbildung. In: Dönges, Christoph / Hilpert, Wolfram / Zurstrassen, Bettina (Hrsg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung. Bonn: bpb, S. 230–242

Aktion Mensch (2021): Die EU-Richtlinie für die Umsetzung digitaler Barrierefreiheit schreitet voran; www.einfach-fuer-alle.de/artikel/eu-richtlinie-2016-2102 (Zugriff: 13.04.2021)

Destatis – Statistisches Bundesamt (2020): Pressemitteilung Nr. 230 vom 24. Juni 2020: 7,9 Millionen schwerbehinderte Menschen leben in Deutschland; www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/06/PD20_230_227.html (Zugriff: 04.03.2021)

Kastl, Jörg Michael (2017): Einführung in die Soziologie der Behinderung. Wiesbaden: Springer VS

Lutz, Jürgen (2016): Politische Bildung mit Menschen mit Behinderungen. In: Der Bürger im Staat. Inklusion. Ausgabe 1/2016, S. 74–81

Najemnik, Nicole / Zorn, Isabel (2016): Digitale Teilhabe statt Doing Disability: Assistive Technologien für inklusive Medienbildung im Kindergarten. In: Mayr, Heinrich C. / Pinzger, Martin (Hrsg.): Informatik 2016. Bonn: Gesellschaft für Informatik e.V., S. 1087–1097

Miesenberger, Klaus (2018): Assistierende Technologien und digitale Barrierefreiheit. Barrieren abbauen und Brücken schlagen. In: Calabrese, Stefania / Egloff, Barbara / Monney, Corinne et al. (Hrsg.): Sonderpädagogik in der digitalisierten Lernwelt. Beiträge der nationalen Tagung Netzwerk Forschung Sonderpädagogik. Bern: Edition SZH/CSPS, S. 11–28

Verschörungstheorien in Erwachsenenbildungseinrichtungen

Überzeugungen und Wahrnehmung von Lehrenden

Im Zuge der COVID-19-Pandemie haben Verschwörungstheorien und die Zahl der Menschen, die an diese glauben, stark zugenommen. Verschwörungstheorien sind – nicht erst seit Corona – ein relevantes Thema auch für die politische Erwachsenenbildung, aber es fehlt bisher an Studien, die die Verbreitung von Verschwörungstheorien in Erwachsenenbildungseinrichtungen sowie den Umgang der Lehrenden damit untersuchen. Die hier vorgestellte Studie stellt eine erste Exploration des Feldes der Erwachsenenbildung dar. von Elizaveta Firsova und Bastian Vajen

Die COVID-19-Pandemie und die hiermit verbundenen staatlichen Reaktionen zu ihrer Bekämpfung haben eine Reihe von Verschwörungstheorien entstehen lassen, die durch unterschiedliche Formate und Artikulationsformen Eingang in den öffentlichen Diskurs gefunden haben (vgl. Körner 2020). So geht fast ein Drittel der Deutschen davon aus, dass die Welt von geheimen Mächten gesteuert wird und über ein Viertel lehnt die wissenschaftlichen Erklärungen der COVID-19-Pandemie mit einer Neigung zu Verschwörungstheorien ab (vgl. Roose 2020; Rothmund et al. 2020).

Als Verschwörungstheorien können Versuche bezeichnet werden, die Ursachen bedeutender sozialer und politischer Ereignisse mit angeblichen, geheimen Komplotten mächtiger Akteure zu erklären (vgl. Douglas et al. 2019). Der Glaube an diese erhält vor allem in gesellschaftlichen Krisensituationen, die häufig von Gefühlen der Angst und Unsicherheit geprägt sind, Zuwachs. Die hierdurch ausgelösten Sinnbildungsprozesse erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass Personen Verschwörungen in ihrem sozialen Umfeld vermuten und Theorien über diese Glauben schenken (vgl. van Prooijen/Douglas 2017). Weiterhin ist der Glaube an eine Verschwörungstheorie häufig mit dem Glauben

an weitere Verschwörungstheorien verbunden, sodass dies auch als Verschwörungsmentalität bezeichnet wird, die als stabiles Persönlichkeitsmerkmal eine höhere Zustimmung zu verschwörungstheoretischen Narrativen und Erklärungen mit sich bringt (vgl. Imhoff/Lamberty 2018).

Durch die Verbindung von Verschwörungstheorien mit antisemitischen und rassistischen Motiven, dem Wunsch nach einer alternativen politisch-gesellschaftlichen Realität mit autoritären Zügen und der Umdeutung kritischen Denkens in zynische Ablehnung demokratischer Prozesse, stellen Verschwörungstheorien insgesamt eine Gefahr für die liberale demokratische Gesellschaft dar (vgl. Butter 2018; Moore 2018). In diesem Zusammenhang ist es kaum verwunderlich, dass Verschwörungstheorien auch für die Erwachsenenbildung als ein relevantes Thema identifiziert werden kann (vgl. Hufer 2019). Allerdings fehlt es in diesem Zusammenhang noch an Studien, die die Verbreitung von Verschwörungstheorien in Erwachsenenbildungseinrichtungen sowie den Umgang der Lehrenden mit diesen untersuchen und Rückschlüsse auf verschwörungstheoretische Überzeugungen des Lehrpersonals selbst zulassen. Diese Lücke kann anhand einer ersten Exploration des Feldes der Erwachsenenbildung, die im Rahmen des Projekts

TEACH: Targeting Extremism and Conspiracy Theories von der Leibniz Universität Hannover durchgeführt wurde, ansatzweise gefüllt werden.

Ziel und Fragestellungen der Studie

Das Ziel der Studie war die Untersuchung der Präsenz von Verschwörungstheorien in Erwachsenenbildungseinrichtungen. Da diese in Teilen der Bevölkerung verbreitet sind und einen Einfluss auf den öffentlichen Diskurs ausüben, ist zu erwarten, dass auch Lehrende in der Erwachsenenbildung mit diesen konfrontiert werden (vgl. Roose 2020). Daher sollte untersucht werden, wie häufig Lehrende Aussagen mit verschwörungstheoretischen Inhalten in ihren eigenen Kursen vernehmen. Hieraus ergibt sich folgende Forschungsfrage:

1. *Wie häufig werden Lehrende von Erwachsenenbildungseinrichtungen mit Verschwörungstheorien durch ihre Teilnehmer*innen konfrontiert?*



„Verschwörungstheorien sind Versuche, Ursachen bedeutender Ereignisse mit angeblich geheimen Komplotten mächtiger Akteure zu erklären.“ Foto: AdB

Neben ihrer Präsenz in den Seminarräumen von Erwachsenenbildungseinrichtungen ist jedoch auch der Verschwörungsglauben der Lehrenden von hoher Relevanz. Hier ist aufgrund eines höheren Bildungsniveaus der Lehrenden zu erwarten, dass diese eher selten verschwörungstheoretischen Überzeugungen anhängen (vgl. Douglas et al. 2019). Sollten diese jedoch auftreten, so ist anzunehmen, dass die Lehrenden nicht nur an eine Verschwörungstheorie glauben, sondern, dass sich eine Verschwörungsmentalität erkennen lässt (vgl. Imhoff/Lamberty 2018). Hieraus ergeben sich daher die beiden folgenden Forschungsfragen:

2a. *Wie häufig stimmen Lehrende selbst Verschwörungstheorien zu?*

2b. *Lässt sich eine „Verschwörungsmentalität“ bei den Lehrenden identifizieren?*

Methode

Stichprobenbeschreibung

Als Datengrundlage dient in dieser Untersuchung das *TEACH – Adult education Survey*, welches im Rahmen des Erasmus+ geförderten Projekts *TEACH: Targeting Extremism and Conspiracy Theories* zwischen Juli und November im Jahr 2020 von der am Projekt beteiligten *VHS Hannover* bundesweit an Volkshochschulen und anderen Erwachsenenbildungseinrichtungen in Deutschland in Form eines Online-Fragebogens durchgeführt wurde. Zielgruppe des Surveys waren Lehrende von Erwachsenenbildungseinrichtungen, welche zum Zeitpunkt der Umfrage als Kursleiter*innen tätig waren ($n = 498$, 74 % weiblich, 26 % männlich). Im Hinblick auf die Tätigkeitsbereiche der Lehrenden, bei denen Mehrfachnennungen möglich waren, zeigte sich eine stark heterogene Stichprobe, bei der sowohl Deutschkurse (164), Fremdsprache (113), Freizeitaktivitäten (159), berufliche Bildung (95), Kurse im Aus- und Weiterbildungsbereich (82), die Elementarbildung (64) und die politische Bildung (39) vertreten waren.

Messinstrument zur Erfassung der Präsenz von Verschwörungstheorien in der Erwachsenenbildung und Auswertung der Daten

Das *TEACH-Survey* wurde im Vorfeld der Untersuchung durch das *TEACH-Konsortium* entwickelt und pilotiert. Der Fragebogen beinhaltete neben den Angaben zur Person mehrere Skalen zur Erfassung der Präsenz von Verschwörungstheorien in Erwachsenenbildungseinrichtungen. Bei der Konzeption des Fragebogens wurde auf vorhandene Messinstrumente, sowie auf bisherige theoretische Auseinandersetzungen mit Verschwörungstheorien zurückgegriffen. Über eine fünfstufige Antwortskala wurden die Lehrenden gebeten einzuschätzen, wie häufig sie mit den ausgewählten verschwörungstheoretischen Aussagen im vergangenen Jahr konfrontiert waren (1 = *sehr häufig*, 5 = *gar nicht*). Alle hiermit verbundenen Skalen erfüllen das wissenschaftliche Kriterium der Konsistenz in akzeptablem bis gutem Maße (Cronbachs $\alpha > 0.7$). Durch die theoretische Vorüberlegung, dass Personen, die dazu neigen an eine Verschwörungstheorie zu glauben, häufiger auch an weitere Verschwörungstheorien glauben, wurde die Skala „Verschwörungsmentalitäten“ konzipiert. Die Skala bestand aus vier Items, die den Skalen zur Wahrnehmung der antisemitischen, antifeministischen, medienbezogenen und →

islamophoben Verschwörungstheorien entnommen wurden. Entgegen des bisher eingesetzten Befragungsmusters wurde hier nach der persönlichen Einschätzung dieser Verschwörungstheorien der Lehrenden gefragt (fünfstufige Antwortskala; 1 = *stimme sehr zu*, 5 = *stimme überhaupt nicht zu*). Die Skala erwies sich als konsistent (Cronbachs $\alpha = 0.7$).

Ergebnisse

Konfrontation von Lehrenden mit

Verschwörungstheorien durch ihre Teilnehmer*innen

In einem ersten Schritt wurden die Befragten gebeten, auf einer fünfstufigen *Likert-Skala* (1 = *sehr häufig* – 5 = *gar nicht*) anzugeben, wie häufig sie im letzten Jahr typische Aussagen mit verschwörungstheoretischen Inhalten von ihren Kursteilnehmenden vernommen haben. Die *Abbildung* zeigt die unterschiedlichen Verschwörungstheorien und die prozentuale Verteilung der Präsenz dieser Aussagen in Erwachsenenbildungseinrichtungen (hier dargestellt sind die Verteilungen der Antwortkategorien *sehr häufig* und *häufig*, sowie *sehr häufig*, *häufig* und *manchmal*).

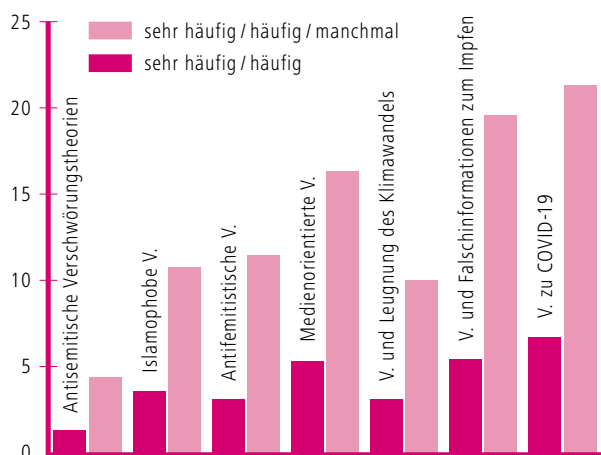


Abb. 1 Eigene Darstellung

Nur ein sehr kleiner Teil der Lehrenden wurde bisher mit Verschwörungstheorien aus dem Bereich Antisemitismus konfrontiert ($M = 4.84$; $SD = 0.435$; $n = 498$). Insgesamt haben 1,3% der Befragten angegeben, im letzten Jahr *sehr häufig* bis *häufig* mit antisemitischen Verschwörungstheorien konfrontiert gewesen zu sein. Bei weiteren 3,08% der Befragten erfolgte diese Auseinandersetzung *manchmal*. Die Aussage „Juden haben mehr Einfluss auf den internationalen Finanzmärkten als andere“ wurde von den Lehrenden am häufigsten vernommen. So waren 6,4% der Lehrenden mindestens *manchmal* im vergangenen Jahr

mit dieser Aussage konfrontiert. Mit Verschwörungstheorien aus dem Bereich Islamophobie, Klimawandelleugnung und Antifeminismus schienen Lehrende jeweils in vergleichbarem Ausmaß konfrontiert zu sein, wobei ungefähr 10% angegeben haben, mit diesen Theorien mindestens *manchmal* konfrontiert zu sein. Bei medienorientierten Verschwörungstheorien gaben 5,3% der Lehrenden an, häufig bis sehr häufig mit den Theorien konfrontiert zu sein. 16,3% gaben an, mindestens *manchmal* solche Theorien zu vernehmen. Dabei fiel das Item „Die Medien belügen die Öffentlichkeit nach Strich und Faden“ besonders auf. 26,9% der Erwachsenenbildner*innen gaben an, *sehr häufig* bis *manchmal* mit dieser Aussage konfrontiert gewesen zu sein.

Durch die Verbindung von Verschwörungstheorien mit antisemitischen und rassistischen Motiven, dem Wunsch nach einer alternativen politisch-gesellschaftlichen Realität mit autoritären Zügen und der Umdeutung kritischen Denkens in zynische Ablehnung demokratischer Prozesse, stellen Verschwörungstheorien insgesamt eine Gefahr für die liberale demokratische Gesellschaft dar.

Auch Verschwörungstheorien zu den Bereichen des Misstrauens gegenüber Impfungen sowie der COVID-19-Pandemie traten verhältnismäßig häufig auf. So finden sich 19,6% der Lehrenden mindestens *manchmal* mit Aussagen zum Misstrauen gegenüber Impfungen konfrontiert. Besonders regelmäßig scheint dabei die Aussage „Die Nebenwirkungen und Risiken von Impfungen sind unkalkulierbar“ ($M = 4.22$; $SD = 1,006$; $n = 498$) in ihren Kursen zu fallen, 6,6% vernehmen diese Aussage *sehr häufig* (2,2%) bis häufig (4,4%), weitere 15% geben an, diese Aussage *manchmal* in ihren Kursen gehört zu haben. Weiterhin gaben 21,34% der Lehrenden zum Zeitpunkt der Umfrage an, mindestens *manchmal* mit Verschwörungstheorien, die mit der COVID-19-Pandemie zu tun haben, konfron-

tiert zu sein. 13,5 % gaben dabei an, *häufig bis sehr häufig* die Aussage: „Das Coronavirus ist nicht gefährlicher als die saisonale Grippe“, vernommen zu haben. Weitere 27,9 % gaben an, diese Aussage zumindest *manchmal* zu vernehmen, womit 41,4 % diese Aussage *sehr häufig bis manchmal* hören würden. Im Hinblick auf die Tätigkeitsbereiche, in welchen Lehrende häufiger mit Verschwörungstheorien konfrontiert waren, sticht vor allem der Bereich des zweiten Bildungswegs, der Elementarbildung und der Bereich der politischen Bildung hervor, in welchen Verschwörungstheorien häufiger als in der Gesamtstichprobe wahrgenommen wurden.

Präsenz von verschwörungstheoretischen Überzeugungen bei Lehrenden

Zusätzlich wurden die Zustimmungstendenzen der Lehrenden zu vier Verschwörungstheorien aus den Bereichen Medien, Antifeminismus, Antisemitismus und Islamophobie erhoben. 6 % der Befragten gaben an, etablierten Medien zu misstrauen, während 82,9 % der Befragten diese Aussage ablehnten. 11 % gaben dagegen an, dem Item weder zustimmen noch die Aussage ablehnen zu können. Der antifeministischen Verschwörungstheorie, dass die Bemühungen der Politik lediglich der Schwächung des Mannes dienen, haben 1,8 % der Befragten zugestimmt, dagegen lehnen 91,5 % diese Aussage ab und 6,6 % stimmen dieser Aussage weder zu noch lehnen sie diese ab. Nur fünf Befragte der 498 (1 %) haben zudem dem antisemitischen Item „Die Juden haben zu viel Macht in der Weltpolitik“ zugestimmt. 94,2 % lehnen diese Aussage ab. 4,8 % gaben an, dieser Aussage weder zuzustimmen noch diese abzulehnen. Das Narrativ, dass die etablierten Parteien dafür verantwortlich seien, dass Europa zunehmend islamisiert wird, lehnten 87,5 % der Befragten ab. 5,2 % stimmten der Aussage zu und 12,4 % zeigten sich als unentschlossen und lehnten die Aussage weder ab, noch stimmten sie dieser zu.

Hinsichtlich einer Verschwörungsmentalität zeigten sich signifikante Korrelationen zwischen allen verschwörungstheoretischen Überzeugungen. Ein besonders starker Effekt nach *Cohen* (1992) zeigte sich bei der Korrelation der islamophoben Verschwörungsüberzeugung, dass etablierte Parteien für die Islamisierung Europas verantwortlich sind und dem Misstrauen gegenüber etablierten Medien ($r_s = .501$, $p < 0.01$, $n = 489$). Diese Ergebnisse sprechen für die in Fragestellung 2.b aufgestellte Erwartung von Verschwörungsmentalitäten.

Trotz der Aktualität von Verschwörungstheorien und einem vermehrten empirischen Forschungsinteresse an diesem Thema stellt die Erwachsenenbildung ein bisher vernachlässigtes Forschungsfeld dar.

Implikationen und Fazit

Trotz der Aktualität von Verschwörungstheorien und einem vermehrten empirischen Forschungsinteresse an diesem Thema stellt die Erwachsenenbildung ein bisher vernachlässigtes Forschungsfeld dar. Die Ergebnisse der dargestellten Erhebung zeigen, dass Verschwörungstheorien in unterschiedlichen Bildungsangeboten geäußert werden, diese jedoch vermehrt in der politischen Bildung und in der Elementarbildung auftreten. Weiterhin wird deutlich, dass auch die Lehrenden selbst Verschwörungstheorien Glauben schenken, jedoch zu einem geringeren Teil als die Gesamtbevölkerung. Basierend auf diesen Ergebnissen lässt sich eine Reihe von Forschungsdesideraten identifizieren. Da die Bereiche Elementarbildung und politische Bildung eher von Verschwörungstheorien betroffen sind, stellt die Untersuchung dieser Bereiche mit der Erstellung und Erprobung relevanter Interventionsmöglichkeiten einen Anknüpfungspunkt für weitere Studien dar. Ferner ist interessant, inwiefern Lehrende, die selbst an Verschwörungstheorien glauben, diese Überzeugungen als Multiplikator*innen in ihre Lehrangebote tragen. Auch hier ist die weitere Untersuchung eines Verschwörungsglaubens, gerade auch hinsichtlich der COVID-19-Pandemie, bei den Lehrkräften und dessen Einfluss auf die eigene Lehre notwendig. Die hier vorgestellte Studie stellt daher vor allem eine erste Exploration des Feldes der Erwachsenenbildung dar, das bisher über keine breite empirische Datenlage in Bezug auf die Verbreitung und den Umgang mit Verschwörungstheorien verfügt. Da das Themenfeld sowohl für die Erwachsenenbildung als auch den demokratischen Zusammenhalt der Gesellschaft eine hohe Relevanz besitzt, erscheinen weitere Untersuchungen dringend notwendig.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2021



Zur Autorin / zum Autor



Elizaveta Firsova, M. A., ist seit März 2018 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft und Institut für Didaktik der Demokratie an der Leibniz Universität Hannover im Bereich politische Bildung. Sie koordiniert aktuell das Erasmus+- geförderte Projekt „TEACH: Targeting Extremism and Conspiracy Theories“.

firsova@idd.uni-hannover.de



Bastian Vajen, M. Ed., ist seit Mai 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft und Institut für Didaktik der Demokratie an der Leibniz Universität Hannover im Bereich politische Bildung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind theoretische und methodische Zugänge der Erschließung der individuellen politisch-gesellschaftlichen Realität von Schüler*innen und Lehrkräften.

B.Vajen@ipw.uni-hannover.de

Literatur

Butter, Michael (2018): „Nichts ist, wie es scheint“: Über Verschwörungstheorien. Bonn: bpb

Cohen, Jacob (1992): A power primer. In: Psychological bulletin, 112(1), pp. 155–159

Douglas, Karen et al. (2019): Understanding Conspiracy Theories. In: Advances in Political Psychology, 40(1), pp. 3–35

Hufer, Klaus-Peter (2019): Unzertrennbar: Politische Erwachsenenbildung und die Demokratie. In: Hessische Blätter für Volksbildung, Heft 3, S. 209–217

Imhoff, Roland / Lamberty, Pia (2018): Die Geheimniswitterer. In: Könneker, Carsten (Hrsg.): Fake oder Fakt? Wissenschaft, Wahrheit und Vertrauen. Berlin/Heidelberg: Springer, S. 165–176

Körner, Jürgen (2020): Über Verschwörungstheorien und ihre Anhänger. In: Forum der Psychoanalyse, 36(4), S. 383–401

Moore, Alfred (2018): Conspiracies, conspiracy theories and democracy. In: Political Studies Review, 16(1), pp. 2–12

Prooijen, Jan-Willem van / Douglas, Karen M. (2017): Conspiracy theories as part of history: The role of societal crisis situations. In: Memory Studies, 10(3), pp. 323–333

Roose, Jochen (2020): Sie sind überall: Eine repräsentative Umfrage zu Verschwörungstheorien. Berlin: KAS

Rothmund, Tobias et al. (2020): Scientific Trust, Risk Assessment, and Conspiracy Beliefs about COVID-19: Four Patterns of Consensus and Disagreement between Scientific Experts and the German Public; <https://psyarxiv.com/p36w9> (Zugriff: 07.06.2021)

EPALE – Electronic Platform for Adult Learning in Europe – die größte europäische Online-Community für alle, die in der Erwachsenen- und Weiterbildung tätig sind.

EPALE
Die Community-Plattform



BEI EPALE FINDEN SIE :

- Praktische Informationen, die für Ihren Job relevant sind
- News aus der Erwachsenen- und Weiterbildung
- Informationen zu Veranstaltungen
- Fortbildungsmöglichkeiten: Kurse, MOOCs und OERs
- Möglichkeiten, Ihr Wissen mit der Community zu teilen und auszutauschen

Hier geht's zu
Ihrem kostenlosen
Ressourcen-Kit Nr. 4
**„Prävention von
Rassismus und
Diskriminierung“**
Einfach QR-Code
scannen >>



<https://epale.ec.europa.eu/de>



Mit finanzieller Unterstützung
durch das EU-Programm
Erasmus+

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Nationale Agentur
beim Bundesinstitut
für Berufsbildung

NABiBB
BILDUNG FÜR EUROPA

Die Zeichen stehen auf Aufbruch

Arbeiten mit der Europäische Jugendarbeitsagenda

Die Europäische Jugendarbeitsagenda und der damit verbundene Umsetzungsprozess wurde im Kontext der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 verabschiedet. Sie bietet für die europäische Zusammenarbeit ein wichtiges Rahmendokument, das hilft, dass sich die Jugendarbeit von Mobilitätsorientierung zu Lernzwecken hin zur Strukturgestaltung und politischen Bildung auf allen Ebenen bewegt. von Georg Pirker

Die *Europäische Jugendarbeitsagenda*¹ und der damit verbundene Umsetzungsprozess (Bonn-Prozess)², wurde im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 verabschiedet. Die Agenda ist Resultat eines, den europäischen *Youth Work Conventions* vorangegangenen, über 10 Jahre andauernden Diskussions- und Annäherungsprozesses. Sie nimmt wesentliche Referenzen der *EU-Jugendstrategie 2019–2027*³ sowie die Empfehlungen des Europarats zur Jugendarbeit und dessen Jugendbereichsstrategie 2030⁴ auf. Die *Europäische Jugendarbeitsagenda* ist

eine Ratsentschließung (2020/C 415/01) und legt auf nationaler wie europäischer Ebene wichtige und grundsätzliche Orientierungen fest, Jugendarbeit als Feld von (auch selbstorganisierter) Praxis, Politik und Forschung politisch zu unterstützen, ihren eigenständigen Beitrag zu einem demokratischen, pluralistischen und menschenrechtlichen Bildungs-, Sozialisations-, Arbeits-, Forschungs- und Politikfeld leisten zu können. Mit der *Jugendarbeitsagenda* erfährt Jugendarbeit Anerkennung als ein eigenständiges Feld, an dessen Ausgestaltung die unterschiedlichsten Akteure gleichberechtigt Verantwortung übernehmen und mitwirken.

Die *Jugendarbeitsagenda* wendet sich an die „community of practice in Europe, i.e. people with a common interest who collaborate over an extended period, sharing ideas and strategies, determining solutions and building innovations. This incorporates all kinds of youth work and all kinds of youth workers. All stakeholders in the youth work community of practice across Europe have, within their respective sphere of competence, different mandates, roles and capacities for further developing youth work. They are welcome and encouraged to get involved in shaping the European Youth Work Agenda and putting

- 1 Dokument in Deutsch: [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:42020Y1201\(01\)&from=DE](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:42020Y1201(01)&from=DE). Es empfiehlt sich, den englischen Text zu lesen, da die Aufgabenbeschreibungen mitunter treffender formuliert sind als in der deutschen Übersetzung: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=urisrv:OJ.C_.2020.415.01.0001.01.ENG; Zugriff auf alle in diesem Beitrag genannten Links: 02.06.2021
- 2 www.jugendfuereuropa.de/news/11013-entschliessung-des-eu-rates-zur-europaeischen-jugendarbeitsagenda-eine-grundlage-fuer-den-bonn-prozess]
- 3 https://europa.eu/youth/strategy_de
- 4 www.coe.int/en/web/youth/-/recommendation-on-youth-work; www.coe.int/en/web/youth/youth-strategy-2030

it into practice in the Bonn Process to jointly strengthen the field of youth work – for the benefit of all young people in Europe.”⁵

Die *Jugendarbeitsagenda* bietet einen strategischen Rahmen zur Orientierung und Entwicklung von Jugendarbeit in Europa, sowohl auf Ebene der Mitgliedsstaaten als auch auf Ebene der EU. Indem sie an maßgebliche Politikprozesse des Europarats anknüpft, bietet sie darüber hinaus mit dem sogenannten *Bonn-Prozess* Anknüpfungspunkte für eine europaweite Entwicklung.

Was ist drin?

Die *Jugendarbeitsagenda* beschreibt das Arbeits- und Aufgabenfeld „Youth Work“ (i. S. eines weiten Begriffes von Jugendarbeit und einer community of practice). Darüber hinaus sind es vor allem Ziele und politisches Commitment, welche klar beschrieben, benannt und zur Umsetzung eingefordert werden. Die Umsetzung selbst ist im *Bonn-Prozess* enthalten, zudem sieht die Agenda einen finanziellen Rahmen vor, der u. a. die EU-Jugendprogramme beinhaltet.

„1. Jugendarbeit ist ein breiter Begriff, der eine große Vielfalt an sozialen, kulturellen, bildungsorientierten, umweltbezogenen und/oder politischen Aktivitäten von und mit jungen Menschen und für junge Menschen, sei es in Gruppen oder als Einzelpersonen, abdeckt. (...) Jugendarbeit ist eine durch und durch soziale Praxis, bei der mit jungen Menschen und den Gesellschaften, in denen sie leben, gearbeitet wird und so ihre aktive Teilhabe und die Einbeziehung in ihre Gemeinschaften und in Entscheidungsprozesse erleichtert werden.

2. Durch Jugendarbeit können jungen Menschen universelle Werte wie Menschenrechte, Demokratie, Frieden, Pluralismus, Vielfalt, Inklusion, Solidarität, Toleranz und Gerechtigkeit vermittelt und von ihnen erlebt werden. (...)

5. Jugendarbeit ist ein eigenständiges Arbeitsfeld und ein wichtiges nicht-formales und informelles Sozialisationsfeld. Jugendarbeit orientiert sich an den individuellen Bedürfnissen und Anforderungen junger Menschen und geht unmittelbar auf die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen ein, mit denen sie konfrontiert sind. Ein wesentlicher Bestandteil der Jugendarbeit ist die Schaffung sicherer, zugänglicher, offener und autonomer Räume in der Gesellschaft sowie von unterstüt-

⁵ <http://www.eywc2020.eu/en/agenda/community>

zenden und erfahrungsorientierten Lernumgebungen für junge Menschen. Die Teilhabe junger Menschen an der Gestaltung und Durchführung von Jugendarbeit ist von wesentlicher Bedeutung, um zu gewährleisten, dass Organisationen, Programme und Tätigkeiten auf die Bedürfnisse und Wünsche junger Menschen eingehen und für sie relevant sind. (...).“⁶

Die Agenda fordert die Mitgliedsstaaten auf, Voraussetzungen für eine adäquate Umsetzung zu schaffen, denn: Jugendarbeit steht in Europa vor einer Vielzahl von Herausforderungen: Sie muss z. B. konzeptionell, thematisch und methodisch auf Veränderungen in der Gesellschaft und im Alltagsleben junger Menschen reagieren, die Qualität von Jugendarbeit muss verbessert und evaluiert werden, die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren in Politik und Gesellschaft muss besser gefördert werden und auch Krisen wie die COVID-19-Pandemie bringen neue Herausforderungen mit sich (vgl. ebd.).

Die Jugendarbeitsagenda bietet einen strategischen Rahmen zur Orientierung und Entwicklung von Jugendarbeit in Europa, sowohl auf Ebene der Mitgliedsstaaten als auch auf Ebene der EU.

Man mag einwenden, dass Jugendarbeit und Jugendpolitik in einem „weichen Feld“ europäischer, politischer Kooperation angelegt sind und vielfach der Offenen Methode der Koordinierung unterliegen. In einem auf Wandel angewiesenen europäischen Projekt, kommen gerade den sogenannten weichen Feldern Kernfunktionen zu, oftmals leider von Politik weithin unterschätzt. Hierfür gilt es, sich auf allen Ebenen einzusetzen und Verantwortung verstärkt einzufordern.

Die Bedeutung der *Jugendarbeitsagenda* wird deutlich, da sie laufende politische Prozesse auf beiden relevanten europäischen Ebenen – des Europarats wie auch der EU – aufgreift und hilft, diese auszugestalten und weiterzuentwickeln. Die *Jugendarbeitsagenda* hat ein enormes Potenzial, in Europa ein besseres Verständnis, eine bes- →

⁶ [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:42020Y1201\(01\)&from=DE](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:42020Y1201(01)&from=DE)

sere fachliche Grundlage und bessere Voraussetzungen für non-formales und informelles Lernen herzustellen und somit den leider immer noch viel zu sehr auf den formalen Sektor mit seinem zu kurz gegriffenen Bild von Kompetenzerwerb ausgerichteten Bildungsdiskurs neu zu formulieren und zu weiten. Es geht um die Perspektive einer eigenständigen Jugendarbeit mit eigenständigen und berechtigten Qualitätsdiskursen und Standards. Hierfür gilt es, aktiv Alliierte zu suchen, bspw. im Feld der Erwachsenenbildung und des lebenslangen Lernens.

Für den Bereich der politischen Bildung ist es erfreulich, dass die *Jugendarbeitsagenda* die klare Aufforderung an die Mitgliedsstaaten enthält, „(...) aktive, kritische Bürgerschaft und demokratisches Bewusstsein und die Wertschätzung der Vielfalt unter allen jungen Menschen als festen und grundlegenden Bestandteil von Jugendarbeit zu fördern, auch durch die Förderung des Kompetenzaufbaus durch die Aus- und Weiterbildung von Jugendarbeiterinnen und -arbeitern; allen jungen Menschen ohne Diskriminierung die Möglichkeit zu geben, auf eigene Initiative zu handeln, ihre Selbstwirksamkeit zu entwickeln und eine positive Einflussnahme auszuüben.“ (Ebd.)



Die Zeichen stehen auf Aufbruch Foto: AdB

Sind die Herausforderungen, vor denen Jugendarbeit steht, alle aufgezählt? Beileibe nicht. So finden sich im Dokument keine Verweise auf aktuelle politische Beeinflussung von Jugendarbeit, wie wir zu Genüge im Terminus der „patriotic education“, aber auch in einer klaren Ablehnung von Vielfaltdiskursen kennen. Sie geht auch nicht auf „Shrinking spaces“ ein. Es fehlen Hinweise auf Jugendarbeit als Gestaltungsfaktor im gesellschaftlichen Wandel im Sinne eines *critical youth citizenships* (vgl. Ohana 2020). Hier bleibt das Dokument erstaunlich technisch und wenig konkret.

Dies ist jedoch nicht unbedingt eine Schwäche: Mit der Benennung der Rolle und der Verantwortungsbereiche von Jugendarbeit für Demokratie, Menschenrechte, Pluralismus und der klaren Positionierung von Jugendarbeit als dem eigenständigen Feld non-formalen und informellen Lernens sowie der Aufforderung zur europaweiten Anerkennung eines qualifizierten Arbeitssektors und Berufsbildes *Youth Work*, bietet die *Jugendarbeitsagenda* einen Ausgangspunkt für eine tiefe Debatte über strukturelle und systemische Entwicklung, ohne voreilig Benchmarks oder Ziele zu setzen.

In mehreren Ländern stehen Jugendorganisationen, die sich z. B. für LGBTQI-Rechte, für macht- und herrschaftskritische Demokratiebildung, für eine humanitäre Asyl- und Migrationspolitik oder einfach für mehr Demokratie oder gegen Rassismus einsetzen, unter extremem Druck und werden kriminalisiert.

Die Betonung, über Jugendarbeit autonome und selbstbestimmte Räume für demokratische Selbstwirksamkeit zu schaffen, bieten argumentative Hilfen, Jugendarbeit im Kontext wichtiger Felder europäischer Politiken (z. B. Grundrechtspolitik) als eigenständiges und qualifiziertes Aufgabenfeld auszugestalten. Über die Umsetzung im *Bonn-Prozess*, bietet sich eine Möglichkeit, das Feld europaweit zu qualifizieren und sich strukturell aus dem Windschatten von Leitdiskursen der Beschäftigungsfähigkeit und des formalen Kompetenzerwerbs, hin zu einem Feld sui generis zu bewegen.

Sicherlich hat die Corona-Pandemie eigene Schwachstellen, vor allem aber eine politisch defizitäre Vorstellung von Jugendarbeit offen zutage treten lassen. Meist ist über die Köpfe junger Menschen hinweg entschieden worden. Dennoch ist der gewählte Rekurs der *Jugendarbeitsagenda* auf die Corona-Krise zu kurz gegriffen: Politischer Vereinnahmung von Jugendbildungsarbeit zu unlauteren Zwecken, die Verschlechterung der Bedingungen für zivilgesellschaftliche Jugendbildungsarbeit in immer mehr

europäischen Ländern, unter Druck geratene oder arbeitsunfähig gewordene Bereiche etc. benötigen eine breite Diskussion über ein politisches Instrumentarium zum Schutz der demokratischen Grundfreiheiten und Rechte, der Anliegen von Vielfalt im Jugendbereich. In mehreren Ländern stehen Jugendorganisationen, die sich z. B. für LGBTQI-Rechte, für macht- und herrschaftskritische Demokratiebildung, für eine humanitäre Asyl- und Migrationspolitik oder einfach für mehr Demokratie oder gegen Rassismus einsetzen, unter extremem Druck und werden kriminalisiert.

Was bedeutet das für den deutschen Kontext? Die *Jugendarbeitsagenda* bietet für europäische Zusammenarbeit ein lange ausstehendes Rahmendokument, das hilft, Jugendarbeit auf allen Ebenen strukturell zu verändern. Der Arbeitsbereich erfährt durch die *Jugendarbeitsagenda* eine wichtige Aufwertung. Sie fordert die Politik europaweit auf, für Strukturen, Rahmen, Ausbildung und eine qualifizierte, demokratiebildende, non-formale Jugendarbeit zu sorgen.

In der Frühjahrssitzung 2021 der *AdB-Fachkommission „Europäische und Internationale Bildungsarbeit“* entstand der Vorschlag, die europäische Jugendarbeitsagenda auch als Hilfestellung für die kritische Befragung des eigenen Arbeitsfeldes, der eigenen Verbandsarbeit und der Strukturen und Arbeit politischer Bildung allgemein zu nutzen und darauf basierend Handlungsempfehlungen und -schritte abzuleiten und anzugehen – auf allen Ebenen der Arbeit, in allen Bereichen von Jugendarbeit in Deutschland.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2021

Zum Autor



Georg Pirker ist Referent für internationale Bildungsarbeit im AdB und Vorsitzender des europäischen Netzwerks DARE – Democracy and Human Rights Education in Europe.

pirker@adb.de

Literatur

Ohana, Yael (2020): What's politics got to do with it? European youth work programmes and the development of critical youth citizenship. In: *Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung*; Heft 2/2020, S. 30–33

Gespräche aus der Bildungsbehörde

Ein diskutables Podcast-Format

Der Podcast „Diskutabel – Gespräche aus der Bildungsbehörde“ ist eine Produktion des Europahaus Marienberg. Dieser Artikel liefert intime Blicke hinter die Kulissen und gibt Auskunft über die Multidimensionalität des Projektes. von Anselm M. Sellen

Als ich sechs Jahre alt war, habe ich im Wohnzimmer meiner Großmutter vor dem Schallplattenschrank gesessen und auf Vinyl gepresste Hörspiele gehört. *Dornröschen*. *Die Irrfahrten des Odysseus*. *Fünf Freunde auf Schmugglerjagd*. Dabei habe ich Lego-Raumschiffe gebaut und ihre Besatzungen in endlose Weiten reisen lassen. Später, als ich meinen ersten Kassettenrekorder hatte, sind dann *Die Drei Fragezeichen* dazugekommen. Ich erinnere mich an Bandsalat zum Mittagessen, daran, dass ich *Tarzan*, *Karl* und *Klößchen* richtig scheiße fand und an die vom Kabelfernsehen verseuchten Europa-Hörspiel-Sammlungen meiner Freunde. *Alf*. *Knight Rider*. *Das A-Team*. Es war furchtbar. Ich habe es geliebt.

Heute, 30 Jahre später, stellen Podcasts die vorläufig letzte Entwicklungsstufe meiner Hör-Evolution dar. Auf den Fahrten zur Arbeit, zu bewusstseinsweiternden Inspirationszwecken, beim Kochen, zum Einschlafen. Podcasts sind ein nicht wegzudenkender Bestandteil meines Alltags.

Der Schritt vom User zum Contentdesigner ist in einer Kultur der Digitalität nur ein kleiner. „Wenn die das können, dann können wir das auch!“, haben sich mein Kollege *Karsten Lucke* und ich in maßloser Selbstüberschätzung selbst gesagt und 2016 das zurecht wenig beachtete Pod-

cast „Euducation“ gestartet. Zu zweit haben wir über politische Bildung, das Internet und Politik gesprochen. Und dabei einfach Spaß gehabt. Nach einer kritischen Sendung über die *Bundeszentrale für politische Bildung* bekamen wir aufgeregte Anrufe mit Nachfragen aus verschiedenen Büros. Dabei hatten wir nur das Nähkästchen geöffnet. Es war eine zaghafte Bestätigung für unseren verschämten Aktivismus. Aus Zeitmangel haben wir das Projekt nach 21 Sendungen eingestellt. „Euducation“ war nicht nur ein furchtbarer Titel, sondern auch unerhörter Luxus neben all der „richtigen“ Arbeit.

Erst 2020, mit dem Beginn der Corona-Pandemie und dem vorläufigen Ende von Präsenzveranstaltungen in unserer Stiftung, kam das Thema Podcast wieder auf den frisch desinfizierten Tisch. Auf einmal waren die Ressourcen „Zeit und Geld“ für neue Projekte da – und wir wollten es noch einmal versuchen. Aber wie? Und warum überhaupt? Statt eines voreiligen Schnellschusses haben wir uns zunächst hingesetzt und uns gefragt, was uns selbst interessieren würde. Einfach nur einen Podcast produzieren, um einen Podcast zu produzieren? Das wollten wir nicht. Aus unserem Findungs-Prozess sind die beiden folgenden Orientierungssätze entstanden:

1. Dieser Podcast ist für uns!

Gut Ding will Weile haben. Ein guter Podcast auch. Das Zeitinvestment in ein solches Projekt ist nicht zu unterschätzen. Deshalb sind wir, vollkommen eigennützig, zu der Überzeugung gelangt, dass wir dieses Podcast-Projekt zuallererst für uns selbst machen. Wir möchten lernen. Wir möchten uns von anderen Menschen inspirieren und herausfordern lassen. Wir möchten neue Kontakte knüpfen und unsere Horizonte erweitern. Und wir möchten immer bessere Trainer der politischen Bildung werden. Mit mehr Weitblick. Deshalb haben wir uns zu Beginn auch eingestanden, dass wir zwei mittelalte, weiße Männer sind, die neben ein wenig Expertise auch über ein umfassendes Halb- und ein noch größeres Unwissen verfügen. Kreativität und neue Impulse können wir nur in begrenztem Maße aus uns selbst heraus generieren. Hinzu kommt, dass Karsten Lucke und ich seit über 10 Jahren Kollegen sind. Die Tage, in denen wir uns gegenseitig mit unseren Sichtweisen und Perspektiven überrascht haben, sind längst gezählt.

Gut Ding will Weile haben. Ein guter Podcast auch. Das Zeitinvestment in ein solches Projekt ist nicht zu unterschätzen.

2. Dieser Podcast ist für euch!

Was uns interessiert, interessiert auch euch. Ein Podcast, mit dem wir uns selbst erweitern, wird auch unsere Hörer*innen – im besten Falle – inspirieren und mit neuen Impulsen versorgen. Das jedenfalls war und ist unsere verwegene Hoffnung. Und weil die politische Bildung in Deutschland weder eine echte Lobby hat noch gute Öffentlichkeitsarbeit macht, sollte unser Podcast auch gleich zu einer kleinen, feinen Bühne für jene werden, die mit ihren beachtlichen Projekten zu wenig Beachtung finden. Kreative Projekte (Folge 21: „Das Geld hängt an den Bäumen“; Folge 23: Die Fotografie-Aktivistin Anna Spindelndreier), politische Bildungsideen (Folge 6: „Bildungsarchitekturen“; Folge 11: Die Schönheit Non-Formaler Bildung), Gesellschaftsentwürfe (Folge 15: Das BGE) und die großen, philosophischen Fragen (Folge 7: Tod den Dualismen) – all das wollten wir für uns und für euch hörbar machen und damit auch nach außen dokumentieren, dass die politische Bildung in Deutschland nicht nur lebt, son-

dern dringend benötigtes, gesellschaftliches Gestaltungspotenzial hat.

Unser Format: „Diskutabel – Gespräche aus der Bildungsbehörde“

Unser erstes Konzept trug den Arbeitstitel „Flurfunk“. Wir fanden den Titel gut. Das ging anderen allerdings ganz ähnlich. Eine reichlich verspätete Recherche auf *Spotify* förderte einen „Flurfunk“ zutage – ein Medienpodcast aus der Kommunikationsbranche. Mit denen wollten wir nicht verwechselt werden.

Wir haben kurz geflucht, uns gefragt ob „Flurfunk“ nicht trotzdem geht, seufzend die Köpfe geschüttelt und uns dann für „Diskutabel“ entschieden. Nicht ganz so „catchy“, aber auch nicht völlig daneben. Format und Storytelling blieben von dieser Umtaufe glücklicherweise verschont:

„Die Tastaturen klackern rhythmisch. Hier und da werden leise Telefonate geführt und im Hintergrund druckt irgendwer das Internet aus. Alltag in der Bildungsbehörde. Immer wieder mal treffen sich Menschen zwischen Kopierer, 3D-Drucker und Faxgerät. Hier werden zwanglos Geschichten von guter Bildung und Gesellschaft miteinander geteilt. Einige dieser inspirierenden Gespräche zeichnen die Studienleiter des Europahauses Marienberg, Anselm Maria Sellen und Karsten Lucke, nun regelmäßig für euch auf ... Der Podcast ‚Diskutabel – Gespräche aus der Bildungsbehörde‘ beleuchtet, zusammen mit spannenden Menschen neue, innovative Formate aus der politischen Bildungslandschaft. Hier wird über brennende politische Themen unserer Zeit gesprochen und politischer Bildung auf den Grund gegangen. Diskutabel soll inspirieren, den Blick weiten und eine öffentliche Bühne für all jene sein, die in Zeiten radikalen Wandels mutig Neues wagen, frische Perspektiven entwickeln und sich den drängenden Fragen unserer Zeit stellen. Tief. Persönlich. Politisch. Unterhaltsam. Und immer absolut diskutabel.“

Unsere Gäste sind Wissenschaftler*innen, Philosoph*innen, Aktivist*innen, Praktiker*innen, Entrepreneur*innen, Politiker*innen, Entscheidungsträger*innen und Coaches. Kurz: Sie alle sind Teil einer multiperspektivischen, transdisziplinären und holistischen politischen Bildung, wie wir sie uns wünschen. Mutig. Innovativ. Systemrelevant. Und tatsächlich ist es so, dass wir bisher aus jeder Sendung herausgekommen sind und etwas gelernt haben. Viele →

unserer Recherchen und Vorgespräche werden zu kurzen, intensiven Selbststudiums-Erfahrungen: Der Öko-Kollaps, das Bedingungslose Grundeinkommen, „Sinnfluencing“, Persönlichkeitsbildung, die Kultur der Digitalität, Politik-Philosophie und ganz viele konkrete gesellschaftspolitische Projekte ... Wann findet man sonst die Zeit, um sich in Tiefe mit diesen Themen und den Menschen dahinter zu beschäftigen? Zu häufig bleibt für die eigenverantwortliche Fortbildung kein Raum, weil wir zu beschäftigt sind – oder aber glauben, es zu sein. Wir haben „Diskutabel“ kurzerhand zur Priorität erklärt und institutionalisiert: Wir veröffentlichen mittlerweile eine Sendung pro Woche (immer freitags um 15.00 Uhr), ein Rhythmus, der verpflichtet und agil hält. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Artikels werden wir fast 50 einstündige Gespräche geführt und veröffentlicht haben (www.europahaus-marienberg.eu/diskutabel-podcast).

Ein Jahr Diskutabel: eine Podcast-Bilanz

Gute Gespräche brauchen Zeit. Wir haben in fast allen Gesprächen die Erfahrung gemacht, dass wir ab Minute 30 in einen wirklich tiefen Austausch kommen. Das heißt nicht, dass es die ersten 30 Minuten nicht bräuchte. Im Gegenteil. So wie alles andere auch, ist Kommunikation ein Prozess und eine Bestätigung unserer Beziehungsfähigkeiten. Wir sind eben keine Maschinen. Wir können wichtige Unterhaltungen nicht auf binären Knopfdruck führen. Ein Podcast ist dafür als Medium ein interessanter Ort, um zu einer entschleunigten Informationskultur zu kommen, in der Raum zum Teilen von persönlichen Erfahrungen entstehen kann und erhalten bleibt. Der Zeit-Podcast „Alles gesagt“ setzt diese Annahme radikal um und endet erst, wenn die Gesprächsgäste der Meinung sind, dass eben alles gesagt sei. So kommt es dann, dass „Alles gesagt“ mitunter auch mal acht Stunden und sieben Minuten (Folge mit Juli Zeh) dauern kann.

Einen Podcast zu gestalten führt – im besten Fall – zu persönlichem Wachstum. Ausgehend von der Annahme, dass zwischen unterschiedlichen Menschen auch die Dynamiken unterschiedlich sein müssen, ist von vornherein klar: Kein Gespräch ist wie das andere. Das sich-immer-wieder-neu-einlassen auf wechselnde Gesprächspartner*innen und Themen ist nicht unbedingt einfach. Meine eigene Komfortzone so regelmäßig verlassen zu müssen, um neue Menschen kennenzulernen, kostet mich jedes Mal eine kleine Überwindung. Ich bin nicht der passionierteste Small Talker, das Bekanntschaften machen fällt mir nicht ganz so leicht wie anderen. Aber durch die Corona-be-

dingte Umstellung von Arbeit und Leben habe ich viele tolle Menschen kennengelernt – einen großen Teil dieser Menschen für und im Rahmen von „Diskutabel“. In der Nachbesprechung einer Aufzeichnung hat der ansonsten kühl-nordlichtige *Karsten Lucke* es einst so formuliert: „Mir ist dieser Podcast mittlerweile richtig ans Herz gewachsen. Wirklich gute Leute und aufwühlende Gespräche. Ich gehe nicht immer bei allem mit, deswegen bringt’s mich an meine Grenzen. Nervt auch mal. Is’ aber auch geil.“

Ein Podcast ist als Medium ein interessanter Ort, um zu einer entschleunigten Informationskultur zu kommen, in der Raum zum Teilen von persönlichen Erfahrungen entstehen kann und erhalten bleibt.

Ein gutes Gespräch braucht eine gute Vorbereitung. Noch so eine Binse. Und eine schmerzhaft obendrein, denn ich muss zugeben, dass ich mich zu oft nicht ausreichend auf unsere Sendungen vorbereite. Zwischen all den anderen wichtigen Dingen, die in Krisenzeiten zu tun und zu bedenken sind, leidet „Diskutabel“ immer wieder mal an Zeitnot. Vielleicht merkt man es den Gesprächen nicht einmal an, wenn sie nicht in die Tiefen kommen, die möglich gewesen wären, uns aber fällt es auf. Und ich meine dabei nicht nur die inhaltliche Vorbereitung. Um wirklich ins Gespräch zu kommen, ist es wichtig, dass wir uns einstimmen. Vielleicht sogar gemeinsam mit unseren Gästen. Zum Beispiel: 30 Minuten vorher keine Anrufe mehr entgegennehmen, keine Mails mehr schreiben, keine Konzepte durchdenken. Noch einmal sammeln und die Notizen anschauen. Dann – 15 Minuten vorher – den Zoom-Raum öffnen und entspannt ankommen. Dasein. Ein kurzer Austausch. Was sich für einige fast esoterisch lesen mag, ist für mich der steinige Weg zu einem guten Gespräch. Am Ende bestätigt sich immer wieder aufs Neue: Niemand unterhält sich gern mit gehetzten oder abwesend wirkenden Menschen.

Ebenfalls bewährt hat sich die Arbeit im Team – zumal *Karsten Lucke* und ich sehr unterschiedlich sind. Während mein Kollege als Kieler Sprotte ein eher pragmatischer Typ ist, bilde ich den fühligen Gegenpart. *Karsten* wäre gerne *Karl Lauterbach*, ich wäre gerne eine Mischung aus *Ri-*

chard David Precht und Maja Göpel. Und tatsächlich stellen wir fest, dass ein positives Spannungsfeld zwischen uns insgesamt zu spannenderen Gesprächen führt. Wenn es gut läuft, dann ergänzen wir einander aus unterschiedlichen Perspektiven und weben Unterhaltungen aus roten Gesprächsfäden. Wenn es schlecht läuft, dann führen unsere Fragen in Sackgassen oder wir nehmen uns gegenseitig den Wind aus den Segeln. Umso wichtiger, dass auch Karsten und ich als Team uns im Vorhinein gut eintunen.

So viel zu den „sozialen Technologien“. Nun zum technischen Teil. Wir zeichnen unsere Gespräche über Zoom auf und postproduzieren die Tonspur im Anschluss. Es ist uns wichtig, einander zu sehen – am Telefon fehlt die Intimität, die über das Sehen nonverbaler Kommunikation entstehen kann. Also gilt: Kameras an. Selbst wenn wir danach nur die Tonspur verwenden.



Foto: Stiftung Europahaus Marienberg

Für die Nerds

Für diejenigen, die es noch genauer wissen wollen: Für die Aufnahme verwenden wir die Hör-/Sprechkombination *beyerdynamic DT-290/M200/H250 MkII*. Das USB-C Audiointerface *Presonus Studio 24c* übersetzt die Audiosignale so, dass sie via *Zoom* aufgenommen werden können. Der Klang ist wichtig. Wenig ist nerviger als ein schlecht produzierter Podcast, den man eigentlich gerne hören würde. Die Audiospur bearbeite ich in *Audacity* nach. Wir schneiden nicht. Gar nicht. Wir wollen sowohl die vermeintliche Fallhöhe als auch den „authentischen“ Gesprächsfluss. Außerdem bedeutet Schnitt in der Postproduktion einen riesigen Mehraufwand. Zu Praktikanten-Zeiten habe ich mal ein 10-minütiges Feature aus 60 Minuten zusammenschneiden dürfen. Noch heute verfolgen mich aldrückende Schreckensphantasien durch schlaflose

Nächte. Die fertige mp3 Datei lade ich dann bei *Auphonic* zur AI gesteuerten Nachbearbeitung hoch. *Adaptive Leveling, Loudness Normalization, Noise Filtering* und *Hum Reduction* – alles aus einer vollautomatisierten Hand, die wirklich beeindruckende Ergebnisse zu Ohren fördert.

Nach der AI-Bearbeitung durch *Auphonic* lade ich die Datei dann auf *Anchor* hoch und hinterlege dort die Metadaten zur Folge (Titel, Beschreibungstext, Shownotes etc.). Sobald ich auf „publish“ klicke, verteilt *Anchor* die Folge an die verschiedenen Ausspielungsplattformen wie *Spotify, iTunes, Google Podcasts, Breaker* etc., wo sie dann innerhalb der nächsten 10 bis 20 Minuten zum Anhören bereitstehen.

All that being said: Wir haben uns weder an unser eigenes Konzept gehalten, noch haben wir mit dem Storytelling der „Bildungsbehörde“ wirklich konsequent gespielt. Manchmal funktionieren unsere Moderationen und manchmal nicht. Manchmal klingen wir wie alte, weiße Männer und manchmal (hoffentlich) nicht. Aber das ist auch in Ordnung so. Wir merken, dass wir uns gemeinsam mit dem Format und unseren Gästen entwickeln. *Diskutabel* ist ein Prozess. Das ist wichtig. Und weil das so ist, sind wir in der Lage Gespräche zu führen, die auch andere Menschen interessieren könnten.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2021

Zum Autor



Anselm M. Sellen, Studium der amerikanischen Literatur-, Kultur- und Medienwissenschaften. Er ist Studienleiter und Mitglied des Leitungsteams für die Stiftung Europahaus Marienberg, ist Bildungs-Podcaster: *Perlen von den Säuen* und *Diskutabel*, Zombie-Forscher, Speaker, Wildnispädagoge, Autor und Vater.

sellen@europahaus-marienberg.eu

„Politische Bildung ist ein erster wichtiger Schritt in die Selbstermächtigung“

Interview mit Jamie C. Schearer-Udeh und Fatima Moumouni

Das Gespräch wurde im Kontext einer Veranstaltung geführt, die im Februar 2021 zu „Schwarzem Feminismus“ vom Fritz-Erler-Forum, dem Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Baden-Württemberg, organisiert wurde. Die Fragen an Jamie C. Schearer-Udeh und Fatima Moumouni stellt Anja Dargatz.

„Das Private ist politisch, das Politische privat“ – wenn dieser Satz seine Daseinsberechtigung hat, dann in der Auseinandersetzung mit Rassismus: Mit der strukturell-gesellschaftlichen Ebene ist immer auch die persönliche Ebene verknüpft. Wie verbinden Sie diese beiden Ebenen, in Ihren Workshops und Vorträgen?

Jamie Schearer-Udeh: Wir leben in einer Welt, in der Rassismus Teil aller Strukturen ist – am Arbeitsplatz, im öffentlichen Leben und eben auch in Familien und freundschaftlichen wie romantischen Beziehungen. Eine Trennung verschiedener Ebenen wäre also künstlich. Wenn Menschen meine Vorträge mit neuem Verständnis und Wissen verlassen sollen, ist es mir sehr wichtig, dass sie selbst evaluieren und reflektieren: „Wo stehe ich mit anti-rassistischen Praxen, wo muss ich genauer hinschauen? Wo habe ich Leerstellen?“ Denn Leute müssen bzw. sollten im Selbststudium weitermachen. Das kann Artikellesen sein, aber auch die neuen Medien wie YouTube, Instagram und Co. bieten tolle Anlaufstellen.

Sojourner Truth, Ida B. Walls, Ella Baker, Fannie Lou Hamer, Audrey Lorde oder die Schwarze Frauenbewe-

gung in Deutschland ADEFRA – was können wir heute in Bezug auf Feminismus und Antirassismus von ihnen lernen?

JSU: Sojourner Truth hat bereits im 19ten Jahrhundert Rassifizierung im Sinne von „race“, Geschlecht und Klasse zusammengedacht – was wir seit den 1990er Jahren als Intersektionalismus kennen, also die Überschneidung von mehreren Unterdrückungsmechanismen, die auf einmal wirken. So erfährt z. B. eine Schwarze ¹ Frau Rassismus

¹ Schwarz wird großgeschrieben, um zu verdeutlichen, dass es sich um ein konstruiertes Zuordnungsmuster handelt, und keine reelle „Eigenschaft“, die auf die Farbe der Haut zurückzuführen ist. So bedeutet Schwarz-sein in diesem Kontext nicht, pauschal einer „ethnischen Gruppe“ zugeordnet zu werden, sondern ist auch mit der Erfahrung verbunden, auf eine bestimmte Art und Weise wahrgenommen zu werden. Weiß bildet dabei kein politisches Gegenstück zum Widerstand, der durch das Großschreiben von „Schwarz“ ausgedrückt wird, weshalb es klein und kursiv geschrieben wird, da es sich hier ebenfalls um ein Konstrukt handelt, das aber kein Widerstandspotenzial beinhaltet. Vgl. dazu Eggers, M. M. et al. (Hrsg.) (2005): Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland. Münster: Unrast Verlag.

und Sexismus zugleich. Es gibt einiges, was wir von jenen vor uns lernen können. So ist politische Bildung ein erster wichtiger Schritt in die Selbstermächtigung, denn das verdeutlicht, in welchen historischen und politischen Kontexten wir uns bewegen. Das kann durch Lesen, Podcasts oder andere Medien passieren, es kann aber auch durch Teilen von Erfahrungen von persönlichen Geschichten und (Familien-)Historie passieren. Wir sind alle Teil von politischer Geschichte und diese zu verstehen und sichtbar zu machen ist ein wichtiger Aspekt von politischer Bildung. Dieses Empowerment kann viele Formen annehmen. Für mich bedeutet Empowerment, mit anderen Menschen zu sein, die ähnliche Erfahrungswelten haben, und aus der Vereinzelung zu treten, die systemisch ist. Denn Rassismus im deutschen Kontext bedeutet, sich selten gespiegelt, gehört oder gesehen zu fühlen. Räume für Empowerment sind somit essenziell. Um Unterdrückungsmechanismen aufzubrechen braucht es gemeinsames politisches Handeln – Organising. Um in einer gerechteren Gesellschaft zu leben, ist es wichtig zu sagen, wo der Schuh drückt. Das kann Kampagnenarbeit sein, das kann das Gründen von neuen Organisationen sein oder das Durchbrechen von Barrieren in Kultur, Politik oder anderen Kontexten.

... Ansätze des politischen Kampfes, die auch jenseits des Themas Anti-Rassismus innovativ und progressiv sind. Die ersten Vorkämpfer*innen wie Solothurn Truth hatten die Versklavung noch am eigenen Leib erlebt und wie sie aufgrund ihrer Klassenzugehörigkeit abgewertet wurden. Wie sieht es heute mit der Frauenbewegung aus? Auch die weiße Frauenbewegung kennt widerstreitende Interessen zwischen Arbeiterinnen und bürgerlichen Frauen.

JSU: Die unterschiedlichen Interessen innerhalb der Frauenbewegungen bestehen fort – an dem Grundprinzip hat sich nichts geändert. Wenn die *weiße*, bürgerliche Frauenbewegung die „gläsernen Decken“ kritisiert oder Work-Live-Balance fordert, dann trifft das aus Sicht vieler Schwarzer, nicht-akademischer Frauen definitiv nicht die dringlichsten Probleme. Da können gleiche Chancen bei Bildung und auf dem Arbeitsmarkt oder nicht rassistisch angefeindet zu werden, dringlicher wirken. Und es ist mir wichtig dabei zu betonen, dass es darüber hinaus noch viele andere Positionen gibt, die beleuchtet werden müssen – bin ich cis oder trans*, bin ich ableistert – also „able“ ohne Behinderung und Einschränkung – oder nicht, hetero

oder nicht. Diese Faktoren beeinflussen, ob ich mich in einer politischen Bewegung gesehen und mitgedacht fühle oder nicht und dort wieder Ausschluss und Diskriminierung erfahre. Eine wichtige Frage, mit der ich viel arbeite ist, wie schaffe ich es, meine eigene Realität sichtbar zu machen, ohne andere unsichtbar zu machen. Und das braucht viel Übung und Hinterfragen meiner eigenen Praxen.

Koloniales Denken setzt sich bis heute fort. In Deutschland gibt es derzeit eine sehr starke öffentliche Debatte.

JSU: Diesbezüglich sind Prozesse Bewegung – und das ist gut, denn es gibt sehr viel zu tun. Die Überarbeitung von Kinderbüchern ist da ein ganz konkretes Beispiel. Bei „Pipi Langstrumpf“ wurde die Bezeichnung ihres Vaters in „Südsee-König“ gewandelt – aber sonst bleibt alles gleich: der Blick auf das „Exotische“, die Überlegenheit der *Weißen*, keine charakterlich ausgearbeiteten Schwarzen Personen. Hier steht das fortschrittliche Bild eines starken emanzipierten *weißen* Mädchens gegen eine koloniale Sichtweise auf die Welt.

Als Menschen, die sich persönlich, beruflich und künstlerisch mit dem Thema auseinandersetzen: Wie reagieren Sie auf rassistische Äußerungen?

Fatima Moumouni: Ganz unterschiedlich. Es hängt auch von der Tagesform ab: Habe ich Kopf und Laune für eine schlagfertige Antwort, an der ich mich hinterher freuen kann? Für Situationen, in denen die eigene Sicherheit nicht gefährdet ist, ist mir wichtig, auch in Workshops zu vermitteln: Rassismus ist Gewalt. Ich darf wütend sein und muss dabei auch nicht immer die Verständnisvolle, Geduldige sein und die Gesamtverantwortung dafür tragen, dass die Situation nicht eskaliert. Häufig werden Personen, die Rassismus erleben, in die Rolle gedrängt, diese Verantwortung alleine zu tragen: Schnell ist man „anstrengend“, „nervig“ oder die Person die „immer wieder“ mit dem Thema anfängt – dabei ist auch Rassismus anstrengend, nervig und allgegenwärtig. Weiter wichtig, zum Beispiel bei Übergriffen im öffentlichen Raum, ist, dass *weiße* Personen ebenfalls eingreifen und sich nicht aus der Verantwortung nehmen.

Wann ist es von weißer Seite „Verantwortung übernehmen“ und wann „spricht man für jemanden“, was ich mir als Nicht-Betroffene vielleicht gar nicht anmaßen sollte? Wo liegt da die Grenze? →

FM: Natürlich gibt es paternalistische Interventionen, die vielleicht gut gemeint sind, aber nur strukturellen Rassismus reproduzieren – man kann immer mal in ein Fettnäpfchen treten. Antirassistisch oder allgemein antidiskriminatorisch zu intervenieren ist gar nicht so einfach, das muss man regelrecht üben. Da das aber eben Alltagssituationen sind, lohnt es sich, sich genau zu überlegen, wie eingreifen, was sagen, wenn ein dummer Spruch fällt oder gar ein Übergreif passiert.

Wie sieht echte Unterstützung aus?

FM: Unterstützung, die auf Empathie beruht; nicht in Frage stellen, dass der Mensch betroffen ist, auch wenn es für Nicht-Betroffene die Aggression vielleicht gar nicht als solche zu erkennen ist: ein Blick, ein Weg-Setzen, ein Abwenden ... Man muss verstehen, dass es die berühmten tausend Nadelstiche sind, die weh tun und die dazu führen, dass jeder weitere, sei er auch noch so „klein“, schmerzhaft ist – sich mit diesem Verständnis einzumischen, ist solidarisch.

JSU: Deshalb ist auch ein wichtiger Schritt, wenn man sich dem eigenen Rassismus annähert: Beziehungen aufbauen und genauer verstehen wie ich mit Schwarzen und Menschen of Color in Beziehung bin. Und das bedeutet: Entschleunigung. Lesen, Zuhören, Reflektieren, auf die eigenen Handlungsweisen schauen, nochmals überdenken, sich in unbequeme Situationen bringen, in dem ich Feedback erfrage und zulasse und die *weiße* Komfort-Zone verlassen.

FM: Und dazu muss man auch nicht die einzige Schwarze Kollegin im Team fragen, wie sie sich so fühlt oder ob sie schon mal diskriminiert wurde. Vielleicht hat sie ja gerade keine Lust, darüber zu sprechen oder hat dazu gar keine Meinung – aber wegen ihrer Haut wird sie zum Objekt, an dem der *weiße* Mensch, das Subjekt, lernt. Dabei geht es immer um die Schwarze, nie um die *weiße* Haut. Der Schwarze Mensch redet über sich und „zieht sich aus“ und von dem anderen kommt nichts zurück. Diese ständige Position kann sehr unangenehm sein und fühlt sich manchmal so an, als müsse man seine eigene Menschlichkeit erklären. Ich habe mal erlebt, wie ein 10jähriger Schüler vor der Klasse den Islam verteidigen und sich den Vorurteilen des Lehrers stellen sollte – ein Kind, das vielleicht genauso viel oder wenig über den Islam weiß wie die Lehrkraft, wurde zum Stellvertreter einer Gruppe gemacht. Man kann sich auch anders dem Thema annähern: Aktuell sind unheimlich viele Bücher zu dem Thema er-

schiene, das Internet ist ein unerschöpflicher Fundus an Videos, Texten, Diskussionsforen.

Es ist nicht die Aufgabe von Schwarzen Menschen, der weißen Mainstream-Gesellschaft ihren Rassismus zu erklären – oder „Warum ich nicht länger mit weißen Menschen über Hautfarbe spreche“ wie Reni Eddo-Lodge sagt. Warum machen Sie es trotzdem?

FM: Ich bin Aktivistin und Poetin – wenn ich gerade die richtigen Worte gefunden habe, dann teile ich sie gerne und das in der Hoffnung, dass sie von Gebrauch sein können für Leute, die sich wehren wollen gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung. Ich habe in meiner Arbeit einen Fokus auf Leute, die lernen wollen, ich habe keinerlei Anspruch, mit Nazis zu arbeiten. Auch im Privaten bin ich weniger geduldig, ich will mich und meine Existenz nicht ständig erklären müssen. Ich sehe die antirassistische Arbeit als Beruf, quasi als Profisport, den ich so lange mache, bis die Arthritis mich packt. Gerade habe ich Knieweh und gebe keine Anti-Rassismus-Workshops, weil es mich nervt, dass jetzt dieses riesige Defizit an antirassistischer Bildung in diesem Land mit Workshops gelöst werden soll. Wir brauchen andere Lehrpläne, Sensibilisierung in der Ausbildung für Lehrkräfte, andere Institutionen, mehr Studien, mehr Aufklärung, eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Polizeigewalt, Aufarbeitung deutscher Kolonialgeschichte, dem Umgang mit den sogenannten „Gastarbeitern“ und den darauffolgenden Generationen und ein gesellschaftliches Gespräch, das nicht jedes Mal bei „Gibt es Rassismus?“ anfängt und natürlich viel mehr. Manchmal gehen einem diese Arbeit und der Zweifel am gesellschaftlichen Fortschritt in diesen Themen sehr nah, dann braucht man Abstand. An den Tagen, an denen ich nicht an eine bessere Welt glaube, glaube ich aber trotzdem, dass es wichtig ist, Menschen, die von Rassismus betroffen sind, zu empowern. Und dann fokussiere ich mich darauf, am Selbstbewusstsein und Selbstverständnis von migrantischen und rassifizierten Menschen zu arbeiten, das geht auch mit Lustvollerem als mit Workshops: Kunst.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2021

Zu den Interviewpartnerinnen / zur Interviewerin



Jamie Schearer-Udeh arbeitet als freie Trainerin und Beraterin. Sie ist mehrfache Co-Gründerin von selbstorganisierten Initiativen für Menschen of Color in Deutschland und Europa. Im Rahmen ihrer Arbeit schafft sie Räume für Austausch und Lernen rund um die Themen Anti-Rassismus, Intersektionalität und Empowerment von marginalisierten Gruppen.

<https://jamieschearer.com>



Fatima Moumouni, geboren in München, hat in Zürich Sozialanthropologie, Philosophie und Volkswirtschaft studiert. Ihre Fachgebiete sind: Spoken Word, Rap, Moderation, Texte, Workshops, u. a. zu Rassismus-Sensibilisierung. Sie schreibt Kolumnen und hat zahlreiche Preise bei Poetry-Slam-Wettbewerben bekommen.

<https://fatimamoumouni.com>



Anja Dargatz leitet seit 2016 das Fritz-Erler-Forum, Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Baden-Württemberg. Vorher hat sie die Friedrich-Ebert-Stiftung in Bolivien und im Sudan vertreten.

Anja.Dargatz@fes.de

Hautfarben

von Fatima Moumouni

Wie ist deine Haut?

Weiss.

Weiss? Wie frischer Schnee, reines Koks, pasteurisierte Milch?

Vielleicht ein wenig dunkler.

So wie ... Vergilbtes oder schlecht Gebleichtes?

Äh ... Joah ...

Also Grau? Wie ein altes Iphonekabel, die feinen Linien eines karierten Blatts, angeschmürzeltes Wachs? Oder mehr ... Kaffeerahm?

Weniger glatt von der Textur her.

Hm. Wie Bildrauschen, Waschpulver, Kiesboden, Blumenkohl?

Ja. Vielleicht ist das schon zu grob.

Eher feinsten Sandstrand, Gischt, Milchglasfenster, Ökopapier?

Sie hat auch etwas Rötliches.

Rötlich? So wie Mumps? Masern? Röteln? Sportplatz, Backstein, Glut?

Nein. Bräunlicher.

Bräunlich-Weiss? Du meinst Beige. Kork, ein Seil, eine Kordel?

Ja auch. Aber du vergisst das rötliche!

Süßkartoffel. Laub. Tontopf. Klostropfer, Schmiergelpapier.

Hmm. Auch nicht. Ich glaube, es sind verschiedene Farben gleichzeitig!

Wie Pickel? Rot, gelb, weiss. – Kruste?

Nein. Nein, kein gelb. Mehr rosa!

Dann meinst du wohl ein Schwein. Ein Nagelbett. Oder rohes Hähnchen.

Hmm. Mit dem Hähnchen können wir arbeiten. →

Kennst du das, wenn ein gegrilltes Hähnchen noch nicht durch ist? Das sind die Farben. Die hellbraune Haut, das weisse Fleisch, das rosa am Knochen.

Du meinst, wenn ich die Farbpalette für ein halbrohes Hähnchen hätte, könnte ich dich farbgetreu malen?

Hmm ... Ich denke schon.

Hast du dich jemals gefragt welche Hautfarbe du hast?

Im Schwümbi,

Beim Bäcker,

Am Erstitag?

Hast du dich jemals gefragt welche Hautfarbe du hast?

Beim Fragen nach dem Weg in einer fremden Stadt?

Beim Jobinterview,

Bei einer Polizeikontrolle?

„Nein, aber ...“, sagst du

Und erzählst mir

Vom Strand, vom Sommer, vom Urlaub, vom

Solarium –

Da denkst du manchmal an die Farbe deiner Haut.

Glattes, blondes Haar, oder braun, vielleicht schwarz,

Auch in den Augen hast du Farbe,

Und wenn sie trieft wohl um Nase,

Ein bisschen rot an den Wangen

Und wenn Sonne, dann fangen

Sie brennende Flammen,

Bald fallen die Schuppen von der Haut.

Autsch.

Sonnenbrand muss schmerzhaft sein,

Doch ich mag die Muster, die er malt,

Krebsrot, geträumtes Braun,

Versengte Haut säumt die Brauen

Und den Haaransatz.

Das lässt mich an nen Pfirsich denken,

Und die Sonne scheint so anmutig durch deine hellen,

fast durchsichtigen Ohren! Wie bei Kirchenfenstern.

Aber

Hat deine Haut jemals gesagt:

„Ich vertick Gras!“

Oder „Ich sprech klick Sprache, Putze WCs oder die Strasse“?

Hat deine Haut jemals gesagt:

„Meine Eltern haben geheiratet der Papiere wegen.“

Oder: „Ich laufe herum, das kontrolliert man eben“?

Hat man deiner Haut jemals „Stopp“ gesagt vor dem Zoll?

Hat man deiner Haut jemals erzählt: „Das Boot ist voll!“?

Hat sie jemals gesagt:

„Ich hab’ Swag, kann tanzen und auch Lieder singen!“

Spielt sie auch eine Rolle, als wär’ sie eine

Schauspielerin?

Nein. Mein Hautton ist stumm.

Also du meinst, man hört oder sieht deine Haut nicht?

Nur wenn die Sonne sie verbrennt?

Das ist wie Geheimschrift mit Zitronensaft auf Papier.

Sie ist also durchsichtig. Oder du bist blind.

Hat deine Haut Amerika entdeckt

Und schminkt sich an Fasnacht als Indianer?

Denkt deine Haut, isst du dein Z’nacht nicht fertig,

an arme Afrikaner?

Hat deine Haut Angst vor

Trump, Breitbart, Blocher, Köppel, den Rechten?

Nein?

Dann hast du die Weissheit wohl mit Löffeln gefressen.

Oder sagen wir, sie wurde dir in die Wiege gelegt.

Ich hoff’, fühlst dich nicht von mir

An der Borke deiner Birke gesagt.

Ich wollt’ nur, dass du’s weisst,

Deine Haut ist dir Privileg.

Du fragst mich: „Und wie ist deine?“

Ich reiche dir die Hand,

Das Stückchen Weissheit, das ich auch habe,

Und sag’ dir: „Meine, die ist hautfarben“

Rezensionen

Bernward Gesang: Mit kühlem Kopf

Über den Nutzen der Philosophie für die Klimadebatte



München 2020
Carl Hanser, 272 Seiten

VON JENS KORFKAMP In einer Zeit, in der die Corona-Pandemie die Politik dominiert und sich wie Mehltau auf die Weltgesellschaft gelegt hat, ruft der Philosoph und Wirtschaftsethiker Bernward Gesang in seinem neuen Buch die existentielle Bedeutung des Klimawandels in Erinnerung. Der Kampf gegen den Klimawandel ist für ihn auf Grund der Komplexität der Gegenmaßnahmen „die größte Herausforderung in der Geschichte der Menschheit“ (S. 12). Diese Komplexität erfordert eine vorbehaltlose Betrachtung, die unsere „ganze Lebensweise und das wirtschaftliche und politische Leben insgesamt prüft und ändert“ (ebd.). Bei dieser Herkulesaufgabe, bei der unklar ist, ob der winzig kleine Beitrag des Einzelnen überhaupt etwas bewirkt, kann die Philosophie – so sein Credo – „mit kühlem Kopf“ neue Perspektiven eröffnen, „wenn sie sich nicht im Elfenbeinturm einmauert, sondern sich als angewandte Ethik mit den empirischen Wissenschaften berät“ (S. 22).

Seinen Plan der „großen Transformation“, d. h., die Welt bewusst politisch und wirtschaftlich in einen nachhaltigen Zustand zu überführen, entwickelt er in fünf Kapiteln. Im 1. Kapitel stellt er das von ihm bevorzugte Konzept des *Green New Deal* (Dekarbonisierung des Welthandels via globalen Emissionshandel) in Abgrenzung zur *Postwachstumsökonomie* vor. Letztere lehnt er aus ethischen Gründen ab. Insbesondere von den Entwicklungs- und Schwellenländern kann derzeit kein Verzicht auf Wachs-

tum oder eine Konsumverringering gefordert werden. Im folgenden Kapitel geht es um die individuellen Beiträge zur Klimawende („Was kann ich tun?“). Auf der Mikroebene des individuellen Engagements erörtert Gesang die ethischen Fragen der Klimadebatte und zeigt auf, wie eine rationale Strategie zwischen Verzicht und Verboten, Verantwortung und Solidarität aussehen könnte. Die Methode zur ethischen Bewertung von Handlungen, die er in seinem Buch verwendet, ist der Utilitarismus. Dieser hat das Ziel, „die Summe des Wohlergehens und Glücks auf der Welt möglichst groß ausfallen zu lassen“ (S. 47). Konkret geht es darum, aus jedem Engagement und aus jedem eingesetzten Euro den größtmöglichen Nutzen für das Klima zu ziehen. Statt vorrangig über eine Änderung der Lebensweise via Konsumverringering einen Wandel anzustreben, präferiert Gesang effiziente Spenden mit Mehrfacheffekten. „So bekämpft man mit Geld Armut und tut etwas für Menschenrechte, Klima, Bodenqualität, Wasserversorgung und Artenschutz.“ (S. 25) Durch diese Option gewinnen die Individuen Zeit für ihre eigene Umstellung des Emissionsverhaltens. Zudem kann die Überbrückungsstrategie „spende und ersetze“, die für ihn kein Ablasshandel ist, nach der „Doktrin vom großen Unterschied“ gut begründetes Handeln vor „Überforderungen und Depressionen bewahren“ (S. 97).

Die besondere Rolle von Unternehmen und Staaten beschreibt er im 3. Kapitel. Über die Verbesserung des ökologischen Fußabdrucks und Spendenpflicht für Unternehmen hinaus sieht Gesang auf der Makroebene des Staates einen institutionellen Reformbedarf. In den westlichen liberalen Demokratien gibt es falsche Anreize, die Klimapolitik meist verhindern. Politiker*innen wollen wiedergewählt werden, und zukünftige Generationen können das nicht, da sie kein Stimmrecht haben. Damit die Interessen künftiger Generationen in demokratischen Entscheidungsprozessen bewahrt bleiben, schlägt er vor, auf der Ebene einzelner Bundesländer das „Pilotprojekt Zukunftsanwälte“ (S. 182) zu starten. Die Zukunftsanwälte sollen bei umweltökonomischen Fragen mit ihrem Vetorecht für Gerechtigkeit zwischen den existierenden und zukünftigen Generationen sorgen.

Anschließend spricht der Autor im 4. Kapitel einige Tabus an, „die sich in der Debatte um effizienten Klima- →

schutz als hinderliche Transformationsfallen entpuppen“ (S. 185). Dabei handelt es sich sowohl um Bewertungen von Technologien (grüne Gentechnik, Geoengineering) als auch um Denkweisen (wachstumsbegrenzende Bevölkerungspolitik). Seine Ausführungen schließen mit einer Schatten-Licht-Bilanz, die von der fehlenden globalen Einigkeit über ermunternde Einzelbeispiele (Dänemark) bis hin zur Energiewende von unten reicht.

Insgesamt ist die Lektüre des Buches zu empfehlen. Der Philosoph Bernward Gesang hat ein Buch für Nicht-Philosophen geschrieben, das jenseits von existentiell-dramatisierender Rhetorik und moralischem Rigorismus sich mit dem Klimawandel beschäftigt. Einige seiner Thesen und utilitaristischen Urteile, wie: „Klimaschutz darf, wenn das nicht anders geht, prinzipiell auch zulasten sozialer Gerechtigkeit gehen“ (S. 253), mag nicht jeder teilen. Sie bieten aber viel Anlass zu konstruktiven Debatten. Ebenfalls positiv hervorzuheben ist, dass seine Ausführungen nie belehrend oder missionarisch wirken, sondern eher humorvoll, da er in Analogie zu Fantasy-Romanen den Kampf gegen den Klimawandel sehr anschaulich als Ringen zwischen dunkler und heller Seite der Macht beschreibt.

Dr. Jens Korfkamp, Sozialwissenschaftler, ist Leiter der Verbandsvolkshochschule Rheinberg

Gert Krell: Klimadiskurs kontrovers

Zwischen Alarmstimmung und Verharmlosung



Frankfurt am Main 2020
Wochenschau Verlag, 136 Seiten

VON JENS KORFKAMP In der Reihe „Politisches Fachbuch“ des Wochenschau Verlags ist die Publikation „Klimadis-

kurs kontrovers. Zwischen Alarmstimmung und Verharmlosung“ von Gert Krell, emeritierter Frankfurter Professor für Internationale Beziehungen, erschienen. Schon im Titel deutet der Autor das Spektrum des Klimadiskurses an, das für ihn von „Leugnung über Verharmlosung, Mischungen aus Pessimismus und verhaltenem Optimismus bis zu Alarmstimmung über die ‚Klimakrise‘“ (S. 13) reicht. Ausgehend von dieser ersten Einordnung will er zeigen, „dass die Kritik an vermeintlichen Übertreibungen der Klimafor- schung (...) oder den Wohlstand attackierenden Verzichts- aufforderungen von Klimaschützern (...) in Scheindebatten führt“ (S. 14). Diese lenken für ihn von den echten Proble- men, den verschärften Wetterextremen wie die für sich ge- nommen noch nicht katastrophalen, aber kumulierenden schleichenden Veränderungen des Weltklimas ab. Mit sei- ner Veröffentlichung will Krell vor allem eine Orientierung im Streit um den naturwissenschaftlichen Sachstand und die politischen und praktischen Perspektiven bieten.

Seine inhaltlichen Ausführungen beginnen mit einer Darstellung der „auch von Experten nicht mehr zu über- blickenden Breite“ (S. 17) des Klimadiskurses. Als Kriterien zur Differenzierung respektive Strukturierung der wissen- schaftlichen und auch der politischen Debatte(n) führt Krell die Unterscheidungen zwischen den Teilgebieten Klimawandel und Klimaschutz bzw. Klimapolitik, zwischen Optimismus und Pessimismus sowie zwischen seriösen und unseriösen Positionen und Argumentationen ein. Im Rahmen dieses Koordinatensystems analysiert er im ersten Teil des Buches ausführlich verschiedene Argumente, Deu- tungen und datenbasierte Interpretationen des Meinungs- spektrums. Daran anschließend stellt der Autor beispielhaft unterschiedliche Leitperspektiven zum Thema vor, die er verschiedenen politischen Denkweisen zuordnet.

Im Folgenden skizziert er in kurzen Abschnitten vier ide- altypische Grundorientierungen: eine eher neutrale histo- rische Perspektive, eine linke ökologische Kritik an der in- dustriellen Moderne, einen marktliberalen Blickwinkel und eine grüne Perspektive. Diese Kategorisierungen stellen für ihn eine weitere Möglichkeit für eine Strukturierung der Klimadebatte dar. Abschließend gibt er eine Gesamtein- schätzung zur Rolle Deutschlands beim Klimaschutz und den klimapolitisch erforderlichen Maßnahmen – auch vor dem Hintergrund der Corona-Krise. Mit Blick auf die Elek- tromobilität, die Agrarpolitik, den Kohleausstieg und die Energiewende lautet sein schlichtes Fazit: „die Richtung stimmt, das Tempo nicht“ (S. 97). Die Frage, ob der Um- gang mit Corona sich auf das politische Klima gegenüber dem Klimawandel auswirkt oder gar, wie es der Sozialpsy-

chologe Harald Welzer recht optimistisch formuliert, „eine Lerngeschichte des zivilisatorischen Fortschritts“ (S. 106) darstellt, ist für Krell zurzeit nicht zu beantworten. In einer eher von Skepsis geprägten Grundhaltung bemüht er einen Vergleich mit der Finanzkrise: „Als es nach der Finanzkrise 2008 darum ging, die Volkswirtschaften wieder in Gang zu bringen, wurde wenig Rücksicht auf das Klima genommen; die Einspareffekte bei den Treibhausgasen waren schnell verpufft.“ (S. 107) Ähnliches deutet sich für ihn aktuell in der Bewältigung der coronabedingten Rezession an. Gerade vor diesem Hintergrund bleibt für Krell Klimaschutz „die zentrale politische Herausforderung der 2020er-Jahre“ (S. 113).

Als Resümee bleibt festzuhalten, dass es dem Autor durchaus, insbesondere dank der Einführung seiner hilfreichen idealtypischen Systematisierung, gelingt, die kontroversen und teilweise sehr emotional geprägten Debatten um Klimawandel und Klimaschutz auch für Laien strukturiert darzustellen. An einigen Stellen wäre aus Sicht des Rezensenten aber weniger mehr gewesen. So ist das wiederholte Referieren von Umfragen, Statistiken und Sachstandsanalysen in manchen Kapiteln für den Lesefluss etwas ermüdend. Trotz dieser Einschränkung eignet sich das Buch als Einstieg zu einem beherrschenden politischen Thema, das auch weiterhin ein strittiges bleiben wird.

Dr. Jens Korfkamp, Sozialwissenschaftler, ist Leiter der Verbandsvolkshochschule Rheinberg

Hendrik Hansen / Tim Kraski / Verena Vortisch (Hrsg.): Erinnerungskultur in Mittel- und Osteuropa

Die Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Kommunismus im Vergleich



Andrassy Studien zur Europafor schung, Bd. 20
Baden-Baden 2020
Nomos Verlag, 230 Seiten

VON ECKART STRATENSCHULTE Der 22. Juni 2021 markiert den 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion. Der Zweite Weltkrieg erhielt damit noch einmal eine neue Dimension. Im Gefolge der Deutschen Wehrmacht trieben die Einsatzgruppen die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten mit schrecklicher Systematik voran.

Der Holocaust ist ein singuläres Menschheitsverbrechen. Aber taugt er auch als „europäischer Gedenkort“, von dem aus man eine gemeinsame Erinnerungskultur begründen kann? Wie steht es um die ebenfalls schrecklichen Erfahrungen der zwangsweise in die Sowjetunion integrierten Balten, um die Menschen, die durch schiere Machtpolitik in den „Ostblock“ eingezwängt wurden, die in den sowjetischen Gulags landeten?

Dieses sind zwei von zahlreichen Fragen, die der o. g. Band aufgreift. Das Buch besteht aus drei Teilen und enthält (einschließlich der Einleitung) zehn einzelne Beiträge verschiedener Autoren.

Hendrik Hansen geht zu Beginn auf eine Frage ein, deren Beantwortung auch die Relevanz erklärt, die das Buch für die politische Bildung hat. Erinnerungskultur kann sich nicht auf das Gedenken an die Opfer beschränken, sondern ist – neben der Empathie für die Geschundenen und Ermordeten – für die Gestaltung unserer Gesellschaft und politischen Ordnung heute von großer Bedeutung: „Erinnerungskultur ist das geistige Ringen mit dem zur Macht →

gekommenen Extremismus in der Vergangenheit, und dieses Ringen ermöglicht die Auseinandersetzung mit dem Extremismus der Gegenwart.“ (S. 37)

Hansen plädiert in seinem Aufsatz dafür, sich nicht nur mit den Ergebnissen totalitärer Ideologie wie Rassismus und Völkermord zu befassen, sondern auch mit der Struktur des diesen zugrundeliegenden politischen Denkens: „Diese Struktur tritt erst plastisch vor Augen, wenn durch den Vergleich die Parallelen zu anderen totalitären Ideologien, die die Menschenwürde, die Menschenrechte und die freiheitliche demokratische Grundordnung in ähnlicher Weise in Frage stellen, herausgearbeitet werden.“ (S. 39)

Hansen redet nicht einer Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Stalinismus das Wort, aber er möchte den Stalinismus und den Terror (in) der Sowjetunion mit in den Blick nehmen.

Heidemarie Uhl weist in ihrem Beitrag auf das „trennende Gedächtnis“ (S. 76) in Europa hin und stellt Überlegungen an, wie daraus ein „geteiltes“ werden könne. Der Doppeldeutigkeit von „teilen“ ist sie sich dabei bewusst. Die Mittel- und Osteuropäer drängen – seit einigen Jahren auch in der Europäischen Union – darauf, ihre Leidenserfahrungen in der europäischen Erinnerungskultur zu berücksichtigen.

Wie schwierig es mit dem kollektiven Erinnern in Mitteleuropa ist, zeigen im zweiten Teil des Buches der Beitrag von Ines Geipel (zur DDR), die beiden Aufsätze von Catherine Horel und Réka Szentiványi (zu Ungarn) und der von Adam Krzemiński (zu Polen). Erinnerungen werden beschwiegen und überdeckt, eigene Schuld wie die Unterstützung des Holocaust in Ungarn und Polen geleugnet und historische Narrative als Instrumente im aktuellen Parteienkampf benutzt.

Gibt es also ein „europäisches Gedächtnis“, kann es das geben? Das bezweifelt im dritten Teil der Beitrag von Frank-Lothar Kroll. Er resümiert: „So steht, je länger man die historischen Entwicklungslinien zurückverfolgt, und je intensiver man die unterschiedlichen Erfahrungsräume und Lebenswelten der Großregionen Europas in den Blick nimmt, die Möglichkeit einer gemeinsamen europäischen Erinnerung, gar eines zentralen ‚Lieu de mémoire‘ oder einer für alle Bürger der Europäischen Union verbindlichen ‚Identität‘ doch sehr in Frage.“

Der vorliegende Sammelband gibt keine letztgültigen Antworten, wie sollte das auch gehen? Aber er ist informativ und gibt einen guten Überblick über die schwierige Diskussion über europäisches Gedenken, das auch und gerade in der Politischen Bildung mehr sein muss als das

Abfeiern einzelner Gedenkveranstaltungen zu Jahrestagen. Manfred Weinberg greift in seinem Beitrag die Forderung von Jaroslav Rudiš auf, der „mehr Stammtische“ fordert, also Orte, an denen man miteinander redet und auch aufeinander eingeht.

Hier sind wir bei einem Kernpunkt der europäischen Bildungsarbeit, deren Ziel es nicht sein kann, Denken und Gedenken zu vereinheitlichen, sondern es in seiner Vielfalt zuzulassen. Gerade darin könnte sich eine europäische Gemeinsamkeit herausbilden: Wir hören einander zu und akzeptieren, dass andere vieles anders sehen.

Das vorliegende Buch ist hierzu eine lohnenswerte Lektüre.

Prof. Dr. Eckart Stratenschulte lehrt als Honorarprofessor an der Freien Universität Berlin Politische Wissenschaft und ist als Dozent und Publizist für verschiedene Institutionen tätig.

Meltem Kulaçatan / Harry Harun Behr (Hrsg.): Migration, Religion, Gender und Bildung

Beiträge zu einem erweiterten Verständnis von Intersektionalität



Bielefeld 2020
transcript Verlag, 326 Seiten

VON NORBERT REICHEL In dem von Meltem Kulaçatan und Harry Harun Behr herausgegebenen Band stellen 15 Autor*innen ihre Forschungsergebnisse vor. Harry Harun Behr leitet mit einem höchst reflektierten Essay ein. Religion ist neben „Class“, „Gender“ und „Race“ zentrales Thema gesellschaftlicher Konflikte, allerdings werden „Race“ und „Religion“ oft miteinander vermengt, indem

Menschen, denen eine orientalische, konkret: arabische oder türkische Herkunft zugewiesen wird, pauschal als Muslim*innen gelesen werden.

Harry Harun Behr versteht sein Vorgehen als „das, was Frantz Fanon als ‚klinische Studie‘ bezeichnen würde. Ich blicke auf Befindlichkeiten und Befremdlichkeiten, wenn von Muslim*innen als Rasse und Ethnie, von fremden Frauen und Männern und von muslimischen Jugendlichen wie von einer entfremdeten Sozialgattung die Rede ist.“ (S. 22) Die Diagnose: „Eines der Kernprobleme in Deutschland ist (...) das Fehlen einer religionspolitischen Vision, die vonseiten der Zivilgesellschaft offen verhandelt und aktiv gestaltet werden müsste.“ (S. 26)

Wir erleben die „unselige Verschmelzung von Migrations- und Islamfragen“, eine „Verdinglichung von Muslim*innen zur sozialen Entität“ (S. 27). Die Vokabel „wir“ gilt ausschließlich für die „Gesellschaft der Ansässigen“, Muslim*innen werden ausgeschlossen, so im Masterplan Integration 2018 des Bundesinnenministeriums: „Von allen Zuwanderern erwarten wir eine Identifikation mit unserem Land und die Anerkennung unserer Werte und Lebensweise.“ (S. 28) Diese Formulierung adressiert nicht nur „Zuwanderer“, auch diejenigen, die schon lange in Deutschland leben und von denen viele einen deutschen Pass haben.

Die durchgehende Abwertung und Exklusion von Muslim*innen – anlässlich der beunruhigenden Ergebnisse der *Bielefelder Mitte-Studien* und der *Leipziger Autoritarismus-Studien* könnte man von Muslim-Bashing sprechen – begann 2011 mit dem Buch vom sich abschaffenden Deutschland, das als Testlauf gelesen werden kann, „wie weit man mit der Absage an den Anstand gehen kann, was der Öffentlichkeit zumutbar ist, mit welchen Kaskadeneffekten zu rechnen ist und ab welchem Gradienten des Unaussprechlichen der mögliche Widerstand aus der bürgerlichen Mitte wahlgefährlich wird.“ (S. 58 f.) Die Kölner Silvesternacht wirkte als Brandbeschleuniger, der AfD gelang muslimfeindliches Agendasetting, dem auch andere Parteien verfielen.

„Tribalisierung“ (S. 55) verhindert Integration: Die Ausgeschlossenen spiegeln die Praxis rechter Parteien und Gruppierungen, die „Rassismus und Islamophobie als die scheinbar legitime Stimme des Widerstands *von unten*“ inszenieren. Als ohnehin Ausgeschlossene verkapseln sie sich in einem „retrodoxen“ Verständnis ihrer eigenen Religion (S. 56). Stereotype setzen sich fest, beispielsweise – so Yasmin Karakaşoğlu – in Form des „im kollektiven Gedächtnis verankerten Stereotyps über Mädchen und junge Frauen mit Migrationshintergrund“ (S. 87).

Einerseits inszenieren sich rechtspopulistische Politiker*innen als diejenigen, die Frauenrechte gegen muslimisch gelesene Männer verteidigen, andererseits äußern sie sich selbst sexistisch. Sie rahmen das Thema Religion im Kontext Sicherheit. Andrea Pető belegt dies am Beispiel des in Ungarn feststellbaren „securitizing all possible aspects of life“ (S. 154). Christine Harz konstatiert, dass Muslim*innen und alle als solche gelesenen Menschen nur in einem sehr engen „Themenrahmen“ wahrgenommen werden, es geht um „Kriminelle Flüchtlinge“, und nicht etwas völlig anderes, (sagen wir ‚neue Freundschaften zwischen syrischen und deutschen Kindern‘) – egal ob sie dem Gesagten zustimmen, ihm ambivalent gegenüberstehen oder es ablehnen.“ (S. 199) In diesen Rahmen wirken auch die Metaphern der Zuwanderung als „Naturgewalt“ (S. 187).

Und die Schulen? Yasmin Karakaşoğlu: „Der Islam und die Muslime werden im Kontext von Schule vielfach als Verursacher*innen von mit pädagogischen Maßnahmen allein nicht mehr zu bewältigenden gesamtgesellschaftlichen Problemanzeigen verstanden.“ (S. 83) Harry Harun Behr fordert eine „Intersektionale Schulreform“ (S. 69), denn muslimische Schüler*innen werden von Pädagog*innen ebenso wie von den einschlägigen Wissenschaftler*innen generell als „soziales Kollektiv“ betrachtet, Bildung wird auf die „Präventionslogik von Geldgebern für die Forschung“ reduziert. Die jungen als „Muslim*innen“ geprägten Menschen haben kaum eine Chance, dieser Falle zu entkommen. Das ihnen auferlegte pädagogische Programm lautet „Erziehung zu Anpasstheit bei gleichzeitiger Anhebung der Schwelle zur Teilhabe an der Mittelschicht“. (S. 47) Frank van der Velden schlägt vor, dieses Dilemma über ein Toleranznarrativ in den Lehrplänen zu lösen, das sich an der bosnisch-herzegovinisches Initiative „Places of Suffering“ orientiert (S. 303 f.).

Dr. Norbert Reichel, Literaturwissenschaftler und Pädagoge, betreibt seit 2019 als freier Autor den Blog „Demokratischer Salon“ (www.demokratischer-salon.de).

Ijeoma Oluo: Das Land der weißen Männer

Eine Abrechnung mit Amerika



Hamburg 2021
Hoffmann und Campe, 384 Seiten

Robin DiAngelo: Wir müssen über Rassismus sprechen

Was es bedeutet, in unserer Gesellschaft weiß zu sein



Hamburg 2020
Hoffmann und Campe, 222 Seiten

VON ANJA DARGATZ Noch nie wurde in Deutschland so viel über Rassismus diskutiert und gestritten. Der Mord an George Floyd am 25. Mai 2020, aus afro-amerikanischer Sicht ein polizeilicher Gewaltakt unter vielen, löste in Deutschland eine bis dahin nie gekannte Aufmerksamkeit und Solidarität aus: Eine Black-Lives-Matter-Demo in Stuttgart mit über 2.000 Teilnehmenden – wer hätte das sich noch vor fünf Jahren vorstellen können? Etwas ist geplatzt – spät – aber es ist geplatzt: Deutschland entdeckt seinen strukturellen Rassismus, sucht, will verstehen, ist verwirrt, wehrt sich – und hat eine öffentliche Debatte. Aus der Vielzahl von Publikationen zum Thema Rassismus, die derzeit auf dem Markt sind,

sind hier zwei herausgegriffen, die unterschiedlicher nicht sein könnten und die genau deshalb einzeln aber auch als Doppelpack zur Lektüre zu empfehlen sind.

Ijeoma Oluo, eine Schwarze Autorin, die mit „dem Land der weißen mittelmäßigen Männer“ abrechnet. Der Klappentext verspricht eine „radikale Neuschreibung der Geschichte der USA“ – das stimmt nur bedingt. Der rote Faden ist nicht die chronologische Geschichtsschreibung, sondern die Strukturen des Rassismus, die an ausgewählten historischen Beispielen aufgezeigt werden. Sie analysiert die Rolle des „Cowboys“ anhand der Buffalo-Bill-Wildwest-Show. Sie beschreibt die Migration Schwarzer von den Süd- in die Nordstaaten und räumt mit der Idee auf, im Norden gäbe es damals wie heute weniger Rassismus. Sie zieht gegen die weiße linke Elite ins Feld und nimmt als Beispiel Joe Biden, der in den 70er Jahren als Gouverneur gegen das „Busing“ (den gesellschaftlich sehr kontrovers diskutierten Transport Schwarzer Kinder in mehrheitlich von weißen Kindern besuchte Schulen, um der Segregation entgegenzuwirken) stimmte. Sie beschreibt, wie die „Bernie-Bros“, die treuesten Anhänger von Bernie Sanders, die Rassismus-Frage völlig mit der Klassenfrage überdecken und damit unsichtbar machen. Eliten-Ausbildung und Hochschulen werden unter die Lupe genommen. Der Schwarze Körper im Football wird analysiert und historisch eingeordnet. Die Erzählung ist nicht linear, der Stil ist direkt, persönlich, parteiisch, manchmal zynisch. Ausdrücke wie „frauenfeindliches Arschlochverhalten“ (S. 66) gehören dazu, wie die Feststellung, dass sich bei den sogenannten sozialistischen Feministen Eastman und Dell, sich schlussendlich doch alles „um ihre Schwänze (drehte)“ (S. 74). Für ein „Ja, aber ...“ ist kein Platz. Es ist nicht mal Platz für eine Differenzierung zwischen weißen Frauen und Menschen of Color: Mehrmals nennt sie beide Gruppen in ihrer Diskriminierungserfahrung gegenüber weißen Männern in einem Atemzug – das schreit im Sinne der Intersektionalität, Oluo bezieht sich u. a. auch auf Kimberlé Cranshaw, nach Differenzierung: Keine Chance, es ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Darstellung in Schwarz-Weiß. Jörg Häntzschel von der Süddeutschen Zeitung rezensiert äußerst kritisch: „ein überschießender Monolog von jemanden, der nicht nur sein Manuskript, sondern auch seine Uhr vergessen hat“ (SZ, 7. Mai 2021, S. 12).

Jedes andere Geschichtsbuch hätte ich spätestens jetzt beiseitegelegt. Doch es geht nicht um mich. Es geht darum, wenigstens in Ansätzen zu verstehen, woher diese Wut kommt, dass eine gebildete Intellektuelle wie Oluo, nicht (mehr?) nett und ausgewogen ist – vielleicht sein kann.

Das versteht man, wenn man Robin DiAngelos Buch liest, eine weiße Soziologin und Diversity-Trainerin. Letzteres ist wichtig, denn sie holt mich da ab, wo ich stehe – als weiße, deutsche, linksliberale Mittelstandsfrau. Ihr Fokus ist die Empfindlichkeit weißer Menschen, wenn sie auf Rassismus angesprochen werden. Der Klassiker: „(Was auch immer ich gesagt habe) – ich bin doch nicht rassistisch. Meine besten Freunde kommen aus Ghana!“ *White fragility* nennt sie diese Reaktion, die ihr wie ein Automatismus regelmäßig in ihren Seminaren begegnet. Sie geht der weißen Fragilität auf den Grund mit einer Mischung aus historischem und soziologischem Fachwissen auf der einen Seite und ihren Seminarerfahrungen auf der anderen. Wie bei Oluo lernt die Leserin auf diese Weise zunächst ungemein viel über die Geschichte von Afro-Amerikaner*innen und ihre Sicht auf Geschichte und Gesellschaft. Gemein ist beiden Autorinnen auch der Fokus auf das aufgeklärte linksliberale Bürgertum: sei es als staatstragende Elite wie Biden oder Sanders oder als Seminarernehmende, die viel über Rassismus lernen wollen, aber jede Eigenverantwortung am System abstreiten. Bei dem Buch von Robin DiAngelo „Wir müssen über Rassismus sprechen. Was es bedeutet, in unserer Gesellschaft weiß zu sein“ wird die Leserin aber zusätzlich als Lernende angesprochen. Gleich im Vorwort zur deutschsprachigen Ausgabe gibt sie praktische Anwendungstipps: „... ersetzen Sie ‚Afroamerikaner‘ durch ‚Migranten‘ ... fragen Sie nicht ‚Trifft es hier zu?‘, sondern ‚Wie trifft es hier zu?‘“ (S. 17) DiAngelo erklärt historisch gelernte Verhaltensweisen und Wahrnehmungen von Schwarzen: Warum „Haare“ auch als Kompliment eine delikate Angelegenheit sind – weil sie Schwarze immer als nicht-dazugehörig markiert haben. Oder was „Tränen weißer Frauen“ aus Schwarzer Sicht bedeuten – im schlimmsten Fall Lynchmord. Ihre Praxis-Beispiele kommen aus der Seminar-Welt: Kommunikationsverhalten in der Gruppe – wer ergreift das erste Wort? Wer nimmt wieviel Redezeit in Anspruch? Wer steht im Mittelpunkt und muss getröstet werden, wenn Konflikte aufbrechen? Sie stellt fest – hier der Bezug zu Oluo –, dass bei einem persönlichen Thema wie Rassismus bei unvermeidlich aufbrechenden Konflikten von Weißen unmittelbar die Meta-Ebene gesucht wird: Der Tonfall war nicht angemessen, der Rahmen nicht richtig – und überhaupt, Kollegin XY ist doch nicht rassistisch! Das Setting, der Tonfall ist *nie* richtig, um das Thema anzusprechen – aus Sicht von Oluo kann man es dann auch sein lassen.

Anja Dargatz leitet seit 2016 das Fritz-Erlor-Forum, das Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Baden-Württemberg.

Cas Mudde: Rechtsaußen

Extreme und radikale Rechte in der heutigen Politik weltweit



Bonn 2020

J.H.W. Dietz Nachf., 256 Seiten

VON JOHANNES SCHILLO „Die Wahl Donald Trumps illustriert gleich in mehrfacher Hinsicht, worum es in diesem Buch geht.“ (S. 13) Mit diesem Hinweis beginnt die Studie des niederländischen Politikwissenschaftlers Cas Mudde, der einen allgemeinverständlichen Überblick über die „vierte Welle“ der äußersten Rechten nach dem Zweiten Weltkrieg geben will. Die ersten beiden Wellen verortet Mudde in der unmittelbaren und mittelbaren Nachkriegszeit, die dritte – im Blick auf die deutschen Verhältnisse schief, da das Schlüsseljahr 1990 ignorierend – im Zeitraum 1980 bis 2000. Seitdem gebe es die vierte: „Die äußersten Rechte und insbesondere der radikale Rechtspopulismus erreichten den Mainstream“ und werden mittlerweile „zur Normalität“ (S. 13). Die Beispiele USA, Brasilien, aber auch die bekannten europäischen Fälle (RN, FPÖ, AfD ...) oder Indien, das mit der BJP die weltweit größte rechtspopulistische Partei stellt, belegen diese Diagnose.

Doch schon mit den begrifflichen Festlegungen beginnen die theoretischen Schwierigkeiten. Unter „Rechtsaußen“ bzw. der „äußersten Rechten“ versteht der Autor diejenigen Richtungen, die sich „gegen das System“ wenden. Den Gegenpol dieses Rechtstrends identifiziert er in der „liberalen Demokratie“, die von Extremisten (d. h. Neofaschisten) prinzipiell und von Radikalen, wozu auch Populisten zählen, nur bedingt in Frage gestellt werde. „Während sich die extreme Rechte als revolutionär versteht, ist die radikale Rechte eher reformistisch.“ (S. 20) Ein Radikalismus, der „eher“ den Weg der Reformen beschreitet, statt an die Wurzel des Übels zu gehen, ist natürlich ein paradoxes Gebilde. Was aber schwerer wiegt, ist Muddes Mitteilung, dass der Liberalismus, der heute besonders in seiner Neo-Variante bekannt ist, selber rechts steht, nämlich zum „rechten Mainstream“ gehört (S. 20). →

Also ist die Entgegensetzung von liberaler Demokratie und äußerster Rechte, auf der das ganze Buch basiert, gar nicht schlüssig. Dies hat ja auch andere Sozialwissenschaftler wie Colin Crouch oder Christoph Butterwegge dazu bewogen, die (neo-)liberale Marktgläubigkeit der Politik selber als Quelle antidemokratischer Tendenzen ins Visier zu nehmen. Dass in bester liberaler Tradition die Hegemonie des Marktes hochgehalten wird, habe zum Zustand einer „Postdemokratie“ (Crouch) geführt, in der demokratische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse, der Ausbau eines sozialen Staates und öffentlicher Daseinsvorsorge als störend angesehen werden. Störend nämlich für die Durchsetzung der eigenen Nation in der globalen Standortkonkurrenz, wobei sich das liberale Plädoyer für die Freiheit des Kapitals organisch mit einem – auch zur Militanz bereiten – „Standortnationalismus“ (Butterwegge) verbindet. Aber auch im Inneren zeigt sich demzufolge das gewaltträchtige liberale Potenzial, etwa in der Glorifizierung der Konkurrenz, in der sich der Starke gegenüber dem Schwachen durchsetzen soll – laut Butterwegge eine eindeutige Gemeinsamkeit mit dem Rechtsextremismus.

Was Muddes Buch liefert, ist eine Art Institutionenkunde des Rechtstrends in internationaler Perspektive. Sie beginnt im ersten Kapitel mit einem historischen Abriss, listet im zweiten ideologische Kernelemente auf (Rassismus, Ethnopluralismus etc.), im dritten Organisationsstrukturen, im vierten das Personal in Führung wie Gefolgschaft und im fünften die Hauptformen der Mobilisierung. Die nächsten drei Kapitel gehen im politischen Kontext „westlicher“ Demokratien auf Ursachenforschung und die Reaktionen der etablierten Parteien ein. Das neunte Kapitel trägt das Gender-Thema nach, ausgehend von der Feststellung, dass „Männer in der äußersten Rechten unbestritten beherrschend“ (S. 187) sind. Das zehnte Kapitel schließt dann das Buch mit zwölf Thesen zu den neuen Entwicklungen der vierten Welle und zu Lösungsstrategien ab.

Der breit angelegte Blickwinkel mag seine Vorzüge haben, weil er einzelne nationale Vorgänge besser einordnen und auf ihre Relevanz überprüfen lässt. Er führt hier aber oft zu einem unübersichtlichen Bild. Bei der Genderfrage muss der Autor z. B. gleich konzedieren, dass die zitierte apodiktische Feststellung nicht zutrifft, denn die männliche Dominanz ist nicht für alle Länder typisch (siehe Frankreich oder die skandinavischen Parteien). Zu den staatlichen Reaktionen (im achten Kapitel) heißt es eingangs: „Die Staaten dieser Welt gehen mit äußerst rechten und generell extremen Gruppierungen sehr unterschiedlich um.“ (S. 165) Regelrecht verwirrend wird es bei der „Rolle der Religi-

on“ (S. 61 ff.). Hier soll es im Grunde alles geben, religiöse, nichtreligiöse und antireligiöse Standpunkte; die Auflistung der national verschiedenen Ausprägungen führt da zu einem Sammelsurium von Phänomenen, mit dem man analytisch kaum noch etwas in der Hand hat.

Die Crux des Buches besteht aber in der – von der Extremismustheorie übernommenen – Dichotomie, die den Rechtstrend als kategorische Gegenbewegung zur liberalen Moderne identifiziert. In der letzten These heißt es: „Die Stärkung der liberalen Demokratie schwächt grundsätzlich die äußerste Rechte.“ (S. 225) Der Autor hält also gar nicht die Eigenart des hochgeschätzten liberalen Gegenpols fest, obwohl die Analysen des Buchs einiges zu seiner Infragestellung liefern – vor allem im Blick darauf, dass radikale rechte Positionen heute im Mainstream, damit auch im Liberalismus, ihre Heimat gefunden haben. Was früher an den rechten Rand gedrängt war, gilt ja „in der vierten Welle plötzlich als Common Sense“ (S. 211). Das hindert Mudde aber nicht, sein Buch mit einem Loblied auf die „liberale Demokratie“ abzuschließen; diese sei „das beste politische System, das es derzeit gibt“ – und das zudem „alle Unzufriedenen schützt“ (S. 226). Dass es alle Unzufriedenen schützt, mag ungenau formuliert sein, ist aber insofern eine korrekte Feststellung, als der Liberalismus ja in der Tat die sozialen Gegensätze der herrschenden Konkurrenzordnung nicht auflöst, sondern solange als deren Schutzmacht auftritt, bis die Beaufsichtigung der Klassenverhältnisse einer radikaleren Variante weichen muss.

Johannes Schillo, Journalist, Sozial- und Literaturwissenschaftler, war lange Jahre als Redakteur und Autor in der außerschulischen (politischen) Bildung tätig.

Antje Pabst / Christine Zeuner (Hrsg.): „Fünf Tage sind einfach viel zu wenig.“

Bildungszeit und Bildungsfreistellung
in der Diskussion



Frankfurt/Main 2021
Wochenschau Verlag, 276 Seiten

VON NORBERT REICHLING Wie die Bildungsfreistellungs-Seminare ein quantitatives Randgebiet der Weiterbildung darstellen, so ist auch Fachliteratur zu diesem Thema dünn gesät. Was rechtfertigt es dennoch, da einmal genauer hinzuschauen? Für die Herausgeberinnen ist es die klare Parteinahme für selbstbestimmte Bildungsprozesse, die neben den vorherrschenden instrumentell-funktionalen Angeboten ein auch künftig relevantes Entwicklungspotenzial für Teilnehmende und Profession darstellen. Denn das berühmte Lernen „en passant“ ist eben doch nicht in allen Lebenslagen möglich, sodass die Bildungsfreistellungs-Gesetze in 14 Bundesländern weiter der Reflexion bedürfen. Dies wird hier aus unterschiedlichen Blickwinkeln – denen der Forschung, der Anbieter-Landschaft und der Teilnehmer*innen – geleistet.

Da nicht überall langfristige Evaluation und Systembeobachtung stattfinden, sind die vorliegenden Einzelstudien aus Bremen, Baden-Württemberg, Hamburg umso wichtiger. Wenn man die Analysen der Veranstalter hinzunimmt, werden hier auch recht unterschiedliche „Generationen“, Traditionen und Ausprägungen von Freistellungsregelungen – von den 1970er-Jahren bis 2015 – abgedeckt. Als Instrument der Teilhabe wird „Bildungsurlaub“ insbesondere dort kenntlich, wo die Langzeitanalyse die lebensbegleitenden Mobilisierungseffekte und die „schichtspezifische“ Nutzung (etwa durch Schichtarbeiter*innen) zu erkennen vermag. Ein Blick auf die begleitenden Diskurse (C. Pohlmann) erweist, dass diese leider ungeachtet der faktischen Gewichtsverschiebungen im Angebot, hin zur Qualifizie-

rungsseite, weiter von den alten ideologischen Mustern der 70er- und 80er-Jahre geprägt sind. Die öffentlich geförderten Weiterbildungseinrichtungen verteidigen hier das Autonomiepostulat auch unter den neueren Rahmenbedingungen von Flexibilisierung und Arbeitsverdichtung. Ein hermeneutischer Blick auf Zeitverständnis- und -gefühl in diesem Kontext lotet die bekannte Ambivalenz zwischen „Muße“ und „intensiviertem Lernen“ im Bildungsurlaubs-Geschehen aus: Der Bruch mit dem Alltag kann sehr verschiedene Formen annehmen (S. Schmitt-Lauff u. a.). Auch Wege und Motivationen zur Teilnahme werden in einer lesenswerten habitustheoretischen Kurzstudie (T. Klüver) in ihrer großen Bandbreite angedeutet. Dem „Zeiterleben“ und beruflicher Weiterbildung sind weitere Texte gewidmet.

Wie unterschiedlich die Bildungsfreistellungsgesetze in den Bundesländern und weit auseinanderliegenden Entstehungsphasen gewirkt haben, zeigen die Texte von Rainer Christ, Klaus Paffrath und Birgit Waltereit: Es ist anscheinend nicht unmöglich, die insgesamt traurigen Quoten der Inanspruchnahme trotz „Gegenwinds“ noch zu steigern, etwa durch unterstützende Informationskampagnen und (partielle) Lohnerstattungen. Und möglicherweise liegt in der Qualifizierung für freiwilliges Engagement ein bislang zu wenig beachtetes Entwicklungspotenzial des Bildungsurlaubs.

Viele ungelöste Fragen werfen die Beiträge aus Anbieter-Perspektive auf: Wie lassen sich blended learning-Formate (denn auf Präsenz ganz verzichten will eigentlich niemand) in dieses misstrauisch-hochkontrollierte Feld einbeziehen? Was kann zu einer wenigstens teilweisen Vereinheitlichung und Vereinfachung des im bundesweiten Maßstab überaus anstrengenden Anerkennungsverfahrens und zur Überwindung manch kleinlicher bildungswidriger Auflagen getan werden? Dazu liefert N. Bilstein eine sehr verdienstvolle Übersicht – winzige Kritik: Die Infragestellung der Trägeranerkennungen in NRW durch Arbeitgeber ist doch eine recht seltene Hürde!

Weitere Berichte aus der Praxis illustrieren, wie fruchtbar die spontane Mischung von Milieus, Berufen und Regionalkulturen in den Wochenseminaren sein kann und wie wichtig die informelle Kommunikation vormals „Fremder“ außerhalb der alltäglichen Filterblasen. A. Merken legt dar, wie anspruchsvoll das oft argwöhnisch betrachtete Format des „reisenden Lernens“ ist, wie es in besonderer Weise Irritation und Reflexion anstoßen kann. Dies wird durch die anschließenden Berichte von Teilnehmer*innen untermauert, die zum größten Teil von solchen Reisen →

zeugen (was natürlich überhaupt nicht repräsentativ ist angesichts des realen Anteils von Studienseminaren im Angebot): Tage- und nächtelanges Debattieren, europäische Perspektiven, Begegnung mit Zeitzeug*innen und Expert*innen, die man als privat Reisender niemals treffen würde, können, das wird hier sichtbar, lebensgeschichtlich einschneidende Wegmarken und Mobilisierungen ausmachen.

Kritisch lässt sich eigentlich nur anmerken, dass die Konzentration auf empirische Befunde und Erfahrungen wenig Visionen für Politik und Praxis autonomer Bildungszeiten erlaubt und dass die Teilnehmenden-Perspektive mit der Kürze der entsprechenden Beiträge ein bisschen dekorativ geblieben ist und sicher weitere Vertiefung durch Studien, Befragungen und Langzeitanalyse vertragen könnte. Doch ist mit dieser unprätentiösen Zusammenstellung so etwas wie ein aktuelles und multiperspektivisches Handbuch zum Themenfeld „Bildungsfreistellung“ entstanden, das für alle in diesem Feld Engagierten ein „must“ ist.

Norbert Reichling war hauptberuflicher politischer Bildner und ist als Freiwilliger im Jüdischen Museum Westfalen engagiert.

AdB Aktuell

Corona und Gleichstellung

Die AdB-Kommission Geschlechterreflektierte Bildung tagt zu dem Thema „Geschlechterfragen in/nach Corona“



Foto: AdB

Die aktuelle Corona-Krise ist eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. Doch welche Auswirkungen hat sie insbesondere auf gleichstellungspolitische Belange? Mit dieser Fragestellung hat sich die AdB-Fachkommission Geschlechterreflektierte Bildung im Rahmen ihrer Online-Sitzung im April 2021 auseinandergesetzt.

Dr. Aline Zucco, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts mit dem Schwerpunkt Geschlechterforschung, stellte am ersten Tag die Forschungsergebnisse der aktuellen Studie „Stand der Gleichstellung. Ein Jahr mit Corona“ vor. Die Studie betrachtet die Auswirkungen der Pandemie auf den Gender Pay Gap, auf Arbeitszeiten und die Aufteilung von Sorgearbeit. Die Entwicklungen sind noch nicht eindeutig, sichtbar wird jedoch: Die Hauptlast der Sorgearbeit (bezahlt und unbezahlt) wird auch in der Pandemie weiterhin von Frauen getragen. Zudem haben vorwiegend Frauen, bedingt durch Kita- und Schulschließungen, ihre Arbeitszeit zugunsten der Kinderbetreuung reduziert. Um einer

Re-Traditionalisierung und einer Verschärfung von bestehenden Ungleichheitsstrukturen zwischen den Geschlechtern entgegenzuwirken, werden in der Studie Maßnahmen wie die Verbesserung bei der Kinderbetreuung, die Reform der Ehegattenbesteuerung bis hin zu flexiblen Teilzeitmodellen vorgeschlagen.

Am zweiten Tag diskutierten die Kommissionsmitglieder die Fragestellung mit einem Blick auf die Intersektionen Be_Hinderung und Gender. Zu Gast war Inga Reichelt, Doktorandin an der School of Sociology and Social Policy und Mitglied des Centre for Disability Studies an der University of Leeds und selbst Rollstuhlfahrerin. Sie setzte sich in ihrem Input mit den Begriffen Pay Gap, Time Gap und Care Gap aus intersektionaler, queerer und anti-ableistischer Perspektive auseinander.

Inga Reichelt machte deutlich, welche Schwierigkeiten, aber auch Verbesserungen die – insbesondere mit der Pandemie einhergehende – Digitalisierung mit sich gebracht hat. Der Input hat den Blick geweitet und u. a. sichtbar gemacht, auf welchen verschiedenen Ebenen Barrierefreiheit gedacht werden muss. In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, wie vielfältig und unterschiedlich die Bedürfnisse sind und wieviel mehr nach diesen unterschiedlichen Zugängen und Voraussetzungen gefragt werden und diese mitgedacht werden sollten. Im Anschluss wurden die Fragen: „Was bedeutet das für unseren Bildungsauftrag?“, „Was bedeutet das für die politische Bildung?“ und „Welche Anregungen kann ich für meine praktische Arbeit mitnehmen?“ diskutiert.

Zwischen Digitalisierung und Öffnungsstrategien

Kommission Verwaltung und Finanzen tauscht sich zur aktuellen Situation aus

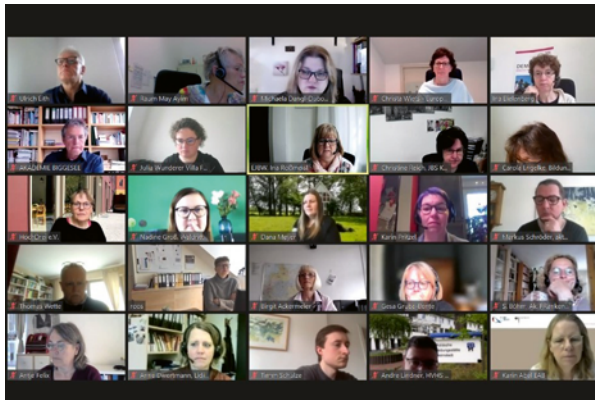


Foto: AdB

Ende April 2021 trafen sich die Mitglieder der AdB-Fachkommission Verwaltung und Finanzen im virtuellen Raum. Über dreißig Kommissionsmitglieder tauschten sich über die Frage aus, wie Bildungsstätten und Bildungswerke gut und sicher durch die Pandemie kommen, welche Folgen zu bedenken sind und welche möglichen Öffnungsperspektiven sich abzeichnen.

In vier Arbeitsgruppen wurden Ideen gesammelt zu „Erfahrungen zum Umgang mit Corona-Hilfen“, „Digitale Möglichkeiten und Online-Angebote“, „Öffnungsstrategien“ und zum „Umgang mit Förderungen und Förderrichtlinien in Pandemiezeiten“.

Die Corona-Hilfen von Bund und Ländern wurden von allen Mitgliedern als (überlebens-)notwendige Hilfe angesehen. Gewünscht wurden übereinstimmend mehr investive Mittel für dringend anstehende Arbeiten und Anschaffungen sowie eine verwaltungsarme Beantragung und Abrechnung. Mit großer Sorge wurde der Blick in die Zukunft gewagt, da die meisten Einrichtungen ihre Rücklagen aufgebraucht haben und die bei vielen Anträgen notwendigen Eigenmitteln schlicht nicht mehr vorhanden sind und auch so schnell nicht aufgebaut werden können.

Von gemischten Erfahrungen berichtete die Arbeitsgruppe zum Thema „Digitales und Bildungsarbeit online“. Was sich für Einrichtungen ohne Haus als gute und gut

genutzte Möglichkeit entpuppt, mit Teilnehmenden und Kooperationspartnern digital verbunden zu bleiben, trägt sich für Einrichtungen mit Haus aus wirtschaftlichen Gründen nicht. Gemischte Erfahrungen im Hinblick auf Online-Formate wurden auch in Bezug auf die Teilnehmenden mitgeteilt. Während z. B. Menschen mit einer Behinderung eher erreicht werden können, weil z. B. die Anreise entfällt, werden Teilnehmende aus prekären Verhältnissen so gut wie gar nicht erreicht. Eine Weiterentwicklung wünschten sich alle Einrichtungen im Hinblick auf die Online-Verwaltung von Veranstaltungen, die Idee einer Plattform, die von der Anmeldebestätigung über die Seminarunterlagen bis hin zur Teilnahmebestätigung und Evaluationsbogen alles datenschutzkonform einbindet.

Auch wenn zum Teil seit Monaten keine Veranstaltungen mehr stattgefunden haben und leider auch die Perspektiven noch immer unklar sind, bereiten sich die Träger auf die Wiedereröffnung vor. Der Austausch drehte sich vor allem um Teststrategien für Mitarbeitende und Teilnehmende, die Konzepte dafür liegen in fast allen Einrichtungen bereits vor. Einen Lichtblick bilden auch die steigenden Zahlen von geimpften Personen.

Das Thema Pandemie hat, so lässt sich resümierend festhalten, für die Träger politischer Bildung zahlreiche Facetten und Implikationen und wirkt sich massiv nicht nur auf die Bildungsarbeit (Thema digitale Bildung) aus, sondern beeinflusst grundsätzlich deren Arbeit, ob in der Verwaltung, der Küche, der Reinigung oder der Haustechnik. Die Unterstützung der öffentlichen Hand wird dringend gebraucht, und zwar gerade in den Zeiten der hoffentlich anstehenden Öffnung, um den Teilnehmer*innen den Weg in die Seminare wieder zu ermöglichen, aber auch, um die Träger in ihren vielfachen Anstrengungen, die Infrastruktur politischer Bildung zu erhalten, nicht alleine zu lassen.

Brüche überwinden. Die Rolle politischer Bildung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Krisenzeiten

Online-Tagung betont die wichtige Bedeutung politischer Bildung für die Gesellschaft



Foto: AdB

Am 4. Mai 2021 fand die Online-Tagung „Brüche überwinden. Die Rolle politischer Bildung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Krisenzeiten“ statt. Sie wurde in Kooperation mit der Akademie Schwerin e. V. und der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern vom AdB durchgeführt.

Die Tagung startete mit einem spannenden Vortrag des Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb Thomas Krüger zum Thema „Krisen als Chancen? Die Auswirkungen von Krisenzeiten auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt“. Jochen Schmidt, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern reagierte mit einem kurzen Input auf den Vortrag von Thomas Krüger und bestärkte dessen Ausführungen. Politische Bildung sei keine „Feuerwehr“, sondern habe eine Daueraufgabe. Er benannte wichtige Aspekte, wie auch Zielgruppen erreicht werden können, die oft nicht im Fokus der Aufmerksamkeit stehen, wie z. B. stabile, langfristige Kooperationen mit Schulen und anderen Einrichtungen; Diskurs, Austausch und stärkere Zusammenarbeit mit Trägern der Demokratiestärkung; Schaffung zielgerichteter Angebote; Einbinden der Zielgruppen; Eigenwerbung, Sichtbarkeit und Lobbyarbeit für die politische Bildung.

Den Blick auf einen kleinen Ausschnitt des Engagements in Mecklenburg-Vorpommern gewährleisteten danach drei Projektpräsentationen: „Die AUFmacher“; der Demokratie-Laden Anklam und die Neulandgewinner Witzin.

Bettina Martin, Ministerin im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, betonte die Aufgabe von Politik, den Rahmen für Projekte vor Ort zu setzen, die Menschen, die sich mit viel Engagement und Mut vor Ort einsetzen, zu unterstützen. Sie betonte die Rolle der politischen Bildung bei der Herausforderung, auch die zu erreichen, die sich zurückgezogen haben, die wütend sind. Der Erhalt der demokratischen Kultur sei eine Gesamtaufgabe, die alle Akteure betreffe. Sie brauche ein stabiles Netz und viele Initiativen und Projekte vor Ort.

Dr. Adriana Lettrari, Geschäftsführerin der Ehrenamtsstiftung Mecklenburg-Vorpommern stellte aktuelle Forschungsergebnisse zur Situation der Vereinslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern nach Corona vor, benannte Entwicklungsfelder und mögliche Hebel der Veränderung.

Den Abschluss der Veranstaltung bildete eine Gesprächsrunde, bei der es noch einmal explizit um die Rolle der politischen Bildung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Krisenzeiten gehen sollte.

Diese Veranstaltung war Teil einer vom AdB 2015 ins Leben gerufenen Tagungsreihe der AdB-Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“.

Den ausführlichen Bericht zur Tagung mit den Links zu Präsentationen und Vorträgen finden Sie unter: www.adb.de/news/brueche-ueberwinden-die-rolle-politischer-bildung-fuer-den-gesellschaftlichen-zusammenhalt

„Wir machen Zukunft – jetzt!“

Aktivitäten des AdB auf dem 17. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag



Vom 18.–20. Mai 2021 fand der 17. Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag (<https://www.jugendhilfetag.de>) digital statt. Er stand unter dem Motto „Wir machen Zukunft – Jetzt!“ Der AdB war mit einer Reihe von Fachveranstaltungen vertreten und hat in Kooperation mit den in der GEMINI – Gemeinsame Initiative der Träger Politischer Jugendbildung im bap organisierten Trägern politischer Jugendbildung einen virtuellen Stand auf der Fachmesse realisiert. Mit den Fachveranstaltungen des AdB konnten wichtige Themen und Vorhaben des AdB sichtbar gemacht und zur Diskussion gestellt werden:

Chancengleichheit erhöhen – Rassismuskritische Öffnungsprozesse in Bildungseinrichtungen gestalten

Wie können wir Chancengleichheit stärken und rassistische Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen durch Organisationsentwicklungsprozesse in Bildungseinrichtungen minimieren? Auf der Veranstaltung des AdB-Projekts „Polyphon! Diversität in der politischen Bildung stärken“ wurde darüber mit Expert*innen aus der Praxis diskutiert. Roland Wylezol, Jugendbildungsstätte Kaubstraße, und sein Kollege Kerem Atasever schilderten von ihren Erfahrungen, die sie auf dem Weg zu einer rassismuskritischen Öffnung gemacht haben. Miriam Siré Camara, Geschäftsführerin von akoma coaching & consulting, machte in ihrem Beitrag deutlich, dass institutionelle Benachteiligungen vor allem mit ungleicher Machtverteilung zu tun haben. Veränderungsprozesse brauchen daher neben der fachlichen Expertise, immer auch den Willen zur Veränderung von Führungskräften.

Politische Bildung mit Kindern im Grundschulalter – (wie) geht das?

Hier stand die Frage im Mittelpunkt, ob und wie politische Bildung mit Kindern in der non-formalen politischen Bildung funktionieren kann und welche Rahmenbedingungen es dazu braucht. Kristina Quandt, Projektkoordinatorin im Modellprojekt: „Hortdialoge & Beteiligung Demokratie-stärkende Bildungsarbeit im Hortalltag“ von Soziale Bildung e. V., gab Einblicke in die Erfahrungen ihres Modellprojektes in drei Horteinrichtungen in Rostock. Rebecca Arbter, Projektleiterin des AdB-Projekts „Demokratie-Profis in Ausbildung! Politische Bildung mit Kindern“ (<https://demokratie-profis.adb.de>), sprach über die Ausgangslage aus der Perspektive der außerschulischen politischen Jugendbildung und brachte erste Beobachtungen aus dem Projekt zu methodischen Herangehensweisen und Herausforderungen in der politischen Bildung mit Kindern ein. Frank Hasenbein, Referent für gewerkschaftliche Bildungsarbeit, GEW – Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, zeigte auf, wo Demokratiebildung in der Kooperation zwischen Schulen und außerschulischen Trägern bereits funktioniert und welche Entwicklungen es in der Lehrkräftebildung bräuchte. Eine Dokumentation des Workshops findet sich hier: <https://demokratie-profis.adb.de/publikation/politische-bildung-mit-kindern-im-grundschulalter-wie-geht-das>.

Kinder- und Jugendparlamente kommunal – Ein häufig unterschätztes Beteiligungsformat mit hoher Qualität

Mit der Fachveranstaltung der Initiative „Starke Kinder- und Jugendparlamente“ www.kinderrechte.de/beteiligung/starke-kinder-und-jugendparlamente (ein Verbund von Deutschem Kinderhilfswerk, Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten und BMFSFJ) wurde aufgezeigt, dass und wie das häufig unterschätzte Beteiligungsformat der Kinder- und Jugendparlamente (KiJuPa) zur Stärkung von (kommunaler) Demokratie beiträgt. Die Initiative wird durch einen Jugendbeirat und wissenschaftlich begleitet. Die in Studien erhobenen Qualitätsmerkmale für KiJuPa wurden vorgestellt, ebenso die „Akademie für Kinder und Jugendparlamente“ www.adb.de/projekte/akademie-fuer-kinder-und-jugendparlamente in Trägerschaft des AdB als neu hinzugekommenen Bestandteil der Initiative. Die Akademie wird bedarfsgerechte Angebote der politischen Bildung zur Qualifizierung bereitstellen, um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Sinne einer „Mitwirkung mit

Wirkung“ zu stärken und damit zugleich einen Zuwachs an Demokratiebildung zu ermöglichen. In einer Podiumsdiskussion wurde der Frage nachgegangen, was das Format mit sich bringt, welche die Gelingensbedingungen sind, welche Unterstützung KiJuPa benötigen und welche Rolle sie in der kommunalen Beteiligungslandschaft spielen.

Kooperation mit Wirkung – Wie gelingt die Zusammenarbeit von Schule, Jugendsozialarbeit und politischer Bildung?

Dieser Frage widmete sich das gleichnamige Fachforum und ließ dabei Perspektiven aus Politik, Wissenschaft, Schule, dem Programm Respekt Coaches und der außerschulischen politischen Bildung zu Wort kommen. Im Kern ging es um Gelingensbedingungen und weiterhin bestehende Herausforderung für die spannenden Kooperationen im Programm Respekt Coaches. Besonderer Schwerpunkt in

der Diskussion war die Frage nach den unterschiedlichen Professionsverständnissen und den jeweiligen Rollen in der Zusammenarbeit. Das Fachforum wurde von der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et) und dem AdB gemeinsam umgesetzt.

Zusammen mit der GEMINI hat der AdB die Kampagne mit dem Titel „Sei auch du Demokratiestärker*in“ realisiert. Ziel war es, die demokratie-stärkende Funktion politischer Bildung in den Blick zu rücken. Informationen zu dieser Aktion finden Sie auf der Kampagnen-Seite www.demokratiestaerkerinnen.de.

Ein ausführlicherer Bericht findet sich hier: www.adb.de/content/wir-machen-zukunft-jetzt

Was WEISS ich? Rassismuskritisch denken lernen! Eine Kernaufgabe für Gesellschaft und Politische Bildung

Broschüre zum AdB-Jahresthema ist erschienen



Foto: AdB

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. hat zu seinem aktuellen Jahresthema „Was WEISS ich? Rassismuskritisch denken lernen! Eine Kernaufgabe für Gesellschaft und Politische Bildung“ eine Broschüre herausgegeben. Die Beiträge und Praxisbeispiele zeigen die Chancen und großen Potenziale einer rassismuskritischen politischen Bildung auf und wollen zugleich motivieren, diversitätsorientierte

Öffnungsprozesse in der politischen Bildung anzustoßen.

Ein Empowerment-Angebot für Schwarze und Afrodeutsche Kinder, die Auseinandersetzung mit Rassismus und Antisemitismus im Fußball, eine Qualifizierungsreihe für People of Color – so vielfältig sind die Beispiele gelingender Bildungsangebote, die in der Broschüre vorgestellt werden. Sie zeigen unterschiedliche Praxiszugänge in AdB-Mitgliedseinrichtungen und geben Anregungen für diversitätsorientierte Öffnungsprozesse in der politischen Bildung.

Den Praxisberichten vorangestellt sind Beiträge, in denen Begriffe geklärt und Herausforderungen für eine rassismuskritische politische Bildung benannt werden. Es werden notwendige Schritte beschrieben, die eine Jugendbildungsstätte hin zu einer rassismuskritischen Einrichtung gehen muss.

Die Broschüre steht zum kostenfreien Download hier zur Verfügung: www.adb.de/content/themenheft-2021

Pluralität in Lernräumen ermöglichen

Bericht zur Fortbildung „Methoden politischer Bildung aus einer diversitätssensiblen Perspektive“



Foto: AdB

Wie kann ich diskriminierungsärmere Bildungsräume für heterogene Gruppen ermöglichen? Welche Rolle als politische Bildner*in nehmen ich dabei ein? Was gibt es für diversitätsorientierte Methoden politischer Bildung? Welche Chancen und Fallstricke bergen sie in ihrer Anwendung? Diese Fragen standen u. a. im Zentrum des zweitägigen Online-Workshops Ende Mai 2021. Er wurde vom AdB-Projekt „Polyphon! Diversität in der politischen Bildung stärken“ in Kooperation mit der Muslimischen Akademie Heidelberg i. G. | Teilseid e. V. durchgeführt.

Die Referenten Kerem Atasever und Çingiz Sülejmanov aus der Berliner Jugendbildungsstätte Kaubstraße betonten die Wichtigkeit einer selbstreflexiven und lernenden

Haltung, die man als politische/r Bildner*in unabhängig von der Berufserfahrung sein Leben lang einüben muss, um qualitative Lernräume sowohl für Menschen mit und ohne eigener Diskriminierungserfahrung zu schaffen. Ein weiterer wichtiger Aspekt für die Gestaltung von pluralen Bildungsräumen sei es, auf die Heterogenität von Teamszusammensetzungen zu achten. Dies trage oftmals zu einer Perspektivenvielfalt bei und spreche damit auch eher eine diverse Teilnehmerschaft an.

In der Fortbildung wurden verschiedene Methoden wie z. B. „Die Bedeutung meines Namens“ zum vertrauensbildenden und vertieften Kennenlernen oder „Ich – Ich Nicht“ ausprobiert, um den Konstruktionscharakter von Gruppen besser verstehen zu können. Die Teilnehmenden nahmen sich dabei immer ausreichend Zeit für die Reflexion der Methoden. Die Referenten wiesen darauf hin, dass die Haltung und Sensibilität der anleitenden Person genauso wichtig ist wie die angewandte Methode. Beides gehöre zusammen und kann nicht getrennt voneinander gedacht werden.

„Politische Bildung ist nicht neutral!“

Die AdB-Geschäftsführerin Ina Bielenberg beantwortet Fragen zum 16. Kinder- und Jugendbericht



Foto: AdB

Der 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung mit dem Schwerpunkt „Förderung demokratischer Bildung im

Kindes- und Jugendalter“ (www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/16-kinder-und-jugendbericht-162238) wurde am 11. November 2020 der Öffentlichkeit vorgestellt. Ina Bielenberg, AdB-Geschäftsführerin, ist Mitglied der Sachverständigenkommission, die den Bericht verfasst hat. In einem Video beantwortet sie Fragen und ordnet den Bericht in aktuelle bildungs- und jugendpolitische Debatten ein. Sie beschreibt die Herausforderungen, die sich aus der im Bericht vorgenommenen Analyse ergeben, und macht deutlich, wie wichtig die Zusammenarbeit mit anderen Professionen wie der Sozialen Arbeit und der schulischen politischen Bildung ist.

Das Video kann hier angesehen werden: www.adb.de/aktuelles/texte-videos-downloads

Irritation als wichtiger Moment von Lernprozessen

Online-Fortbildung „Anti-Schwarzer Rassismus. Deutsche Kolonialgeschichte, Kolonialrassismus und deren Einfluss auf die Gegenwart“



Foto: AdB

Die Fortbildung fand am 14. und 15. Juni 2021 statt und wurde im Rahmen des AdB-Projekts „Polyphon! Diversität in der politischen Bildung stärken“ in Kooperation mit der Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland e. V. (ISD) und EACH ONE TEACH ONE e. V. (EOTO) durchgeführt. Referent*innen waren Saraya Gomis (EOTO) und Tahir Della (ISD).

Die Teilnehmenden beschäftigten sich zunächst mit den Spezifika von Anti-Schwarzem Rassismus und deren enger Verbindung zur (deutschen) Kolonialgeschichte. In einem zweiten Schritt wurde die Bedeutung für die eigene Bildungspraxis herausgearbeitet. Eine rassismuskritische politische Bildung, so die Referent*innen, bedeute wesentlich mehr, als themenspezifische Angebote zu Rassismus anzubieten. Rassismuskritik ziehe sich als Querschnitt durch alle Themen: Mit welchen Quellen und Methoden arbeite ich z. B. im Seminar? Kann ich einen multiperspektivischen Ansatz in meinen Angeboten wirklich gewährleisten? Ziel einer rassismuskritischen politischen Bildung ist letztendlich die Auseinandersetzung mit Machtstrukturen und der Abbau von strukturellem Rassismus.

Politische Bildner*innen benötigen umfangreiches Wissen, eine hohe Analysefähigkeit und Handlungskompetenz, um Rassismus und andere Formen von Diskriminierung zu erkennen und dagegen vorzugehen. Irritationen seien dabei durchaus ein wichtiger Teil des Lernprozesses.

Die TECE-Fellows stellen sich vor

Teilnehmende für das Transatlantic Exchange of Civic Educators Fellowship-Programm (TECE) stehen fest

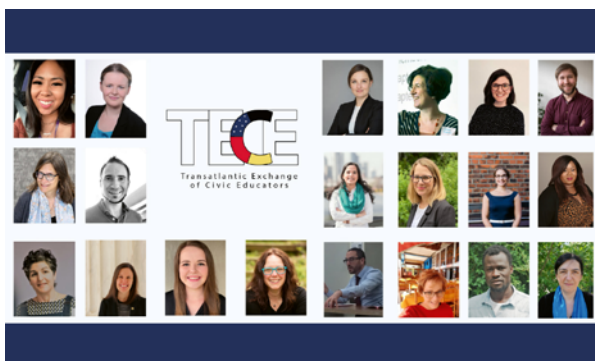


Foto: AdB

Das Projekt TECE (<https://tece-usde.org>) bringt US-amerikanische und deutsche Fachkräfte der politischen Bildung und des zivilgesellschaftlichen Engagements zusammen, die in der Jugendarbeit und der außerschulischen Bildung tätig sind. Nach Abschluss des Bewerbungsprozesses stehen die

22 Fellows fest, die an dem Programm teilnehmen werden. Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. führt das Projekt gemeinsam mit dem Jonathan M. Tisch College of Civic Life an der Tufts University durch. Ziel ist es, die transatlantische Dimension politischer Bildung neu auszugestalten.

Die Kerngruppe der TECE Fellows wird über einen Zeitraum von sieben Monaten zu Online-Seminaren und persönlichen Austauschaktivitäten in Deutschland und den USA zusammenkommen.

Die Auswahl der 22 Fellows erfolgte auf der Grundlage ihrer Interessen und Erfahrungen sowie ihrer Fähigkeit und Motivation, in ihren aktuellen beruflichen Rollen das Gelernte umzusetzen und transatlantische Partnerschaften zu entwickeln. Die Gruppe spiegelt die große Vielfalt von Sektoren, Organisationen und Einzelpersonen wider, die eine wichtige Rolle in der zivilgesellschaftlichen Entwicklung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen spielen.

Aufholen nach Corona

AdB beteiligt sich am Bundesprogramm für mehr Angebote für Kinder und Jugendliche



Foto: BMFSFJ

Für Kinder und Jugendliche bedeutet Corona nicht nur Homeschooling und Unterrichtsausfall, es bedeutet auch den Wegfall (fast) aller außerschulischen Aktivitäten wie Ferienangebote, Freizeiten, Wochenendseminare und internationale Austauschmaßnahmen. Jetzt, wo wieder

einiges möglich ist, ist es an der Zeit, gerade jungen Menschen wieder Angebote zu machen.

Damit dies gelingt, beteiligt sich der AdB am sogenannten Aufholpaket, das das BMFSFJ auf den Weg gebracht hat. Der Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) ist Teil des Aufholpakets: Mit 50 Millionen Euro werden zusätzliche Freizeit-, Begegnungs- und Bewegungsangebote für Kinder und Jugendliche geschaffen.

Der AdB und seine Mitgliedseinrichtungen erhalten rund 660.000 Euro zusätzlich, um vermehrt günstige, mehrtätige Angebote politischer Bildung zu machen und internationale Begegnungsmaßnahmen durchführen zu können. Mehr Angebote politischer Bildung heißt zugleich mehr Angebote für die demokratische Bildung von Kindern und Jugendlichen, eine Forderung, die auch der 16. Kinder- und Jugendbericht stark gemacht hat.

Alle Informationen zum Aufholpakete finden sich hier: www.bmfsfj.de/aufholpaket

Unter erschwerten Bedingungen – Politische Bildung in Zeiten von Corona

AdB-Jahresbericht 2020 online erschienen



Foto: AdB

AdB
Arbeitskreis deutscher
Bildungsstätten e.V.

Online Jahresbericht 2020

Der Jahresbericht des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e.V., in dem über die Veranstaltungen, Projekte, Aktivitäten und Entwicklungen des Jahres 2020 berichtet wird, wurde auf der AdB-Homepage veröffentlicht. Unter dem Titel „Unter erschwerten Bedingungen – Politische Bildung in Zeiten von Corona“ nimmt der Bericht die besondere Situation im Berichtsjahr in den Blick.

Durch die Berichte wird deutlich, wie flexibel und innovativ die Mitgliedseinrichtungen, die Geschäftsstelle und die Projekte auf die Herausforderungen reagieren konnten, welche Schwerpunkte gesetzt und welche neuen – meist digitalen – Formate erprobt wurden. Alles war anders als ursprünglich geplant, manches musste abgesagt oder verschoben, anderes konnte dafür neu ins Programm genommen werden.

Den Auftakt des Jahresberichts machen nach einer allgemeinen Einführung die Berichte der vier Fachgruppen im Programm „Politische Jugendbildung im AdB“, das durch den Kinder- und Jugendplan (KJP) des Bundes gefördert wird. Hier wird die inhaltliche Arbeit der Jugendbildungsreferent*innen sowie die konkreten Projekte und Vorhaben im Verbund der Einrichtungen sichtbar. Es folgen die Berichte über die aus Bundesmitteln geförderten AdB-Projekte, über die internationale Bildungsarbeit im AdB – sowohl mit dem Blick auf die Zentralstellenarbeit als auch auf die Projekte und die Praxis in den Mitgliedseinrichtungen. Ein weiterer Bericht greift die Verbandsentwicklung, den Fachdiskurs im AdB, die Gremienarbeit und die Vernetzung nach innen und außen sowie die Öffentlichkeitsarbeit auf.

Das Jahresthema 2020 „Transformationen. Globale Entwicklungen und die Neuvermessung politischer Bildung“ konnte treffender nicht gewählt sein. In dem Bericht dazu wird deutlich, wie sich die damit verbundenen Themen durch die Corona-Pandemie noch einmal verschärft haben und wie sehr diese den AdB und die politische Bildung insgesamt weiterhin beschäftigen werden.

Die Berichte können unter www.adb.de/jahresberichte online gelesen und einzeln als PDF heruntergeladen werden.

Politische Bildung online: all inclusive?

AdB veröffentlicht Studie zu Ein- und Ausschlüssen in digitalen Formaten politischer Bildung



Foto: Stefanie Mayrwörger

Seit Beginn der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 hat die außerschulische politische Bildung mit einer großen Geschwindigkeit und Dynamik digitale Formate entwickelt, neu konzipiert und/oder angepasst und damit ermöglicht, dass sich Menschen auch unter erschwerten Bedingungen politisch bilden konnten. Aber konnten mit diesen Angeboten auch tatsächlich alle erreicht werden? Oder schafften und schaffen digitale Formate neue, andere Ausschlüsse?

Diese Fragen waren der Ausgangspunkt für eine Studie mit dem Titel „Politische Bildung online: all inclusive? Ein- und Ausschlüsse in digitalen Formaten der außerschulischen politischen Bildung – eine Studie aus machtkritischer und intersektionaler Perspektive“. Sie wurde von Dr. Anna Maria Krämer unter Mitarbeit von Florian Bohn und wissenschaftlich begleitet durch Professorin Dr. Michaela Köttig für den AdB erstellt. Anna Maria Krämer ist Refe-

rentin für politische Bildung bei basa e. V. Bildungsstätte Alte Schule Anspach.

Ziel der Studie war es, mit Hilfe von narrativen Gruppeninterviews mit politischen Bildner*innen Teilhabebarrieren sowie -chancen sichtbar zu machen und davon ausgehend verallgemeinerbare Hypothesen zu formulieren, um ein Fundament für die Weiterentwicklung digitaler Angebote politischer Bildung zu schaffen.

Viele politische Bildner*innen haben mit dem ersten Lockdown ihre Angebote sehr schnell auf digitale Bildungsformate umgestellt. Die Frage, wie diese digitalen Bildungsformate gestaltet sein müssen, um möglichst alle Interessierten gut zu erreichen, die Inhalte gut zu transportieren und die Veranstaltungen methodisch abwechslungsreich zu gestalten, haben alle intensiv beschäftigt. Bei vielen Bildner*innen ist in dieser Zeit die Expertise hinsichtlich Akquise, Methoden, digitaler Tools etc. enorm gewachsen.

Die vorliegende Studie stellt diese neue Praxis in den Fokus und fragt, ob und wenn ja wie in den derzeit entwickelten digitalen Formaten außerschulischer Bildung Ausschlüsse produziert werden. Daran schließen sich Fragen danach an, welche Herausforderungen für die außerschulische politische Bildung aus der Verlagerung der Seminare aus dem Präsenz- in den Online-Bereich entstehen und wie eine inklusive digitale Bildung möglich ist.

Download der Studie: https://www.adb.de/Studie_Politische_Bildung_online_all_inclusive

Aus den Mitgliedseinrichtungen

Am 26. April 2021 hat eine außerordentliche Mitgliederversammlung der *Weimar Jena Akademie – Verein für Bildung e. V.* (WJA) seine Auflösung beschließen müssen. Durch den weitgehenden Wegfall der Bildungsveranstaltungen im Wielandgut Oßmannstedt konnte nicht mehr genug Geld eingenommen werden, um die laufenden Kosten zu tragen. Die WJA wurde vor gut 20 Jahren von Vertreter*innen der großen Einrichtungen in Weimar (der Klassik Stiftung Weimar, der Gedenkstätte Buchenwald, der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar sowie der Volkshochschule) im Verbund mit kleinen Einrichtungen als Netzwerk gegründet. Die Auswirkungen der Pandemie waren *ein* Faktor, der nun zur Auflösung der Akademie geführt hat.

Im Juni 2021 feierte das *Europahaus Marienberg* mit einem Festakt seinen 70. Geburtstag. Gleichzeitig wurde an die Aufnahme Deutschlands in den Europarat vor 70 Jahren erinnert, der in Bad Marienberg stattfand. Mit dem Belgier Rik Daems nahm der amtierende Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates an der Feier teil.

Die politischen Stiftungen *Konrad-Adenauer-Stiftung*, *Heinrich-Böll-Stiftung*, *Friedrich-Ebert-Stiftung*, *Rosa-Luxemburg-Stiftung*, *Friedrich-Naumann-Stiftung* und *Hanns-Seidel-Stiftung* haben im Mai 2021 das Papier „Demokratie braucht Demokratinnen und Demokraten. Zur Bedeutung Politischer Bildung an Schulen“ veröffentlicht. Demokratie, so eine der zentralen Aussagen, benötigt politische Beteiligung, und politische Beteiligung benötigt politische Bildung. Politische Bildung kann helfen, politische Informationen einzuordnen und zu bewerten. Das Papier will der oft bestehenden Unsicherheit, wie politische Bildung im Sinne des Beutelsbacher Konsenses gestaltet werden kann, entgegenwirken. Weitere Kernaussagen sind: Politische Bildung sollte in allen Schultypen einen breiteren Raum einnehmen, um den Schüler*innen die Grundlagen und Werte, aber auch die Funktionsweise der Demokratie zu vermitteln und sie zum Engagement für die Gesellschaft zu befähigen. Die Politischen Stiftungen verstehen sich hierbei als Partner der Schulen. Die Prinzipien des Beutelsbacher

Konsenses, junge Menschen nicht zu „überwältigen“ und das, was kontrovers ist, auch kontrovers darzustellen, bildet auch für die Politischen Stiftungen die Grundlage jeglicher politischer Bildungsarbeit. Das im Grundgesetz und den Landesschulgesetzen verankerte Neutralitätsgebot steht nicht im Gegensatz zu einer pluralistischen, transparenten politischen Bildung an Schulen. Download des Papiers: www.kas.de/politische-bildung-an-schulen

Die *Friedrich-Ebert-Stiftung* hat das Projekt „Souveränes Europa“ (www.fes.de/souveraenes-europa) gestartet. In den vergangenen zehn Jahren und aktuell in der Corona-Pandemie konnte die Europäische Union ihre Stärken unter Beweis stellen, aber sie offenbarte auch ihre Schwächen. Die EU zeigte sich einerseits handlungsfähig, während zugleich deutlich wurde, dass es einen dringenden Reformbedarf gibt. Mit dem Projekt „Souveränes Europa“ werden Vorschläge gemacht und Beiträge geleistet, um die EU – nach innen wie nach außen – handlungsfähiger und stärker zu machen.

Das *Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen e. V.* – *Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen* hat eine neue Ausgabe der Publikation VISION (Nr. 12, 1/2020) veröffentlicht. Sie hat den Titel „The Grapes of Wrath. Racism and the crisis of democracy in the U.S. and Germany.“ Im gleichnamigen Projekt wurden aktuelle, brennende Themen – z. B. Präsidentschaftswahl, Umgang mit der Corona-Pandemie, Rassismus, „Black Lives Matter“-Bewegung – aufgegriffen. Die Broschüre beschreibt und reflektiert die Erfahrungen und Themen des Projekts, das zum ersten Mal online stattfand.

Im Jahr 2021 besteht das *Centre Francais de Berlin* 60 Jahre. Dies wird mit einer Reihe von Veranstaltungen zwischen August und Dezember 2021 gefeiert. Auf den Seiten <https://centre-francais.de/de/aktuell-cfblog> werden in der Kategorie „60 Jahre“ die Jubiläums-Aktionen veröffentlicht.

Berichte, Hinweise, Nachrichten

Personalien

Im Alter von 93 Jahren ist **C. WOLFGANG MÜLLER** – ein Pionier der Gruppenpädagogik – in Berlin gestorben. Den Angehörigen jüngerer Generationen werden Person und Wirken wenig bekannt sein. Aber er war ein bedeutender Praktiker und Vordenker der Jugendbildungsarbeit und Jugendarbeit seit den 1950er Jahren. Als relativ junger Mann wurde er in den Vorstand des AdB gewählt, von 1961 bis 1965 arbeitete er dort mit und im Anschluss noch acht Jahre als Mitglied des pädagogischen Beirats. Er war ein pädagogischer Universalist, das meint: Er konnte alles irgendwie. Ganz typisch für die frühen Zeiten der politischen Jugendbildung, denn diese bildete sich erst allmählich aus der musischen Bildung heraus, die noch die Züge des jugendbewegten Gemeinschaftsgeistes trug. Nach einem fachlich breiten Studium wurde er über das Thema politisches Kabarett promoviert. Danach war er kurz als Journalist tätig. Seine politischen Prägungen erfuhr er bei den Falken, zeitweise wirkte er als deren Kulturreferent in Berlin. Ab 1957 amtierte Müller zunächst als Dozent und später als Leiter des Hauses am Rupenhorn: der Bau ein bedeutendes Zeugnis der architektonischen Moderne und darin eine 1948 gegründete Jugendleiterschule und Einrichtung für Jugendgruppenarbeit, später eine sozialpädagogische Fortbildungsstätte, die 2003 an ihrem ursprünglichen Ort geschlossen und in das Institut im Jagdschloss Glienicke integriert wurde, wo vorher eine Internationale Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte residierte. In den letzten Jahren hat sich Müller auch ehrenamtlich für das Wannseeheim für Jugendarbeit (heute: Stiftung wannseeFORUM) engagiert. Nach einem weiteren Studium der Soziologie und Erziehungswissenschaften mit einem längeren Studienaufenthalt in den USA wurde C. Wolfgang Müller Professor für Erziehungswissenschaft und Sozialpädagogik an der Pädagogischen Hochschule und dann an der Technischen Universität in Berlin. Müllers pädagogisches Markenzeichen war die Gruppenpädagogik. Diese hat ganz verschiedene Wurzeln: Dazu gehören u. a. die Reformpädagogik der Weimarer Zeit, die Gemeinschaftsformen der Jugendbewegung, die Settlements, welche heute als Gemeinwesenprojekte bezeichnet werden können, u. a. m. In der Nachkriegszeit wurde die Gruppen-

pädagogik vor allem als praxisanleitendes Paradigma für die Einübung demokratischer Grundsätze und Fähigkeiten über die Gruppenleiterschulen, die Jugendhöfe und vor allem Haus Schwalbach im Taunus bekannt. Haus Schwalbach leitete Magda Kelber, in den 1960er Jahren die erste und einzige Frau im Vorstand des AdB, und hatte nach der Schließung 1963 ein Weiterleben z. B. über die Schwalbacher Spielkartei. Beeinflusst wurde die Konzeption auch von deutsch-jüdischen Emigrantinnen wie Gisela Konopka oder Ruth Cohn. In den 1950er und 1960er Jahren galt die Gruppenpädagogik als Instrument der Reeducation und verkörperte eine – wie man es heute ausdrücken könnte – Variante der Demokratiepädagogik. Sie steht aber auch zwischen kreativer Jugendarbeit, politischer Jugendbildung und Jugendzentrumspädagogik. Seit den 1960er Jahren wurde die Gruppenpädagogik allerdings meist als unpolitisch kritisiert. Das mag dazu beigetragen haben, dass C. W. Müller kaum noch als Theoretiker politischer Jugendbildung bekannt ist. Die Zahl seiner Schüler*innen ist allerdings nicht gering und seine späten Schriften zur Geschichte der Sozialpädagogik wurden sehr beachtet.

Paul Ciupke

Nach 26 Jahren am Deutschen Jugendinstitut ist der Abteilungsleiter „Jugend und Jugendhilfe“, **DR. CHRISTIAN LÜDERS**, Anfang 2021 in den Ruhestand getreten. In seine Zuständigkeit fiel seit 1995 die Geschäftsführung für die Kinder- und Jugendberichte. Seine Nachfolge als Abteilungsleiter hat **DR. JENS POTHMANN** angetreten.

Außenminister a. D. **MARKUS MECKEL** wurde im April 2021 als Ratsvorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bestätigt. Er hat dieses Amt seit Gründung der Bundesstiftung 1998 inne. Zu seinem Stellvertreter wurde der Parlamentarische Staatssekretär **MARCO WANDERWITZ**, Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, gewählt.

KIRSTEN WEIS ist die neue Geschäftsführerin des Deutschen Bundejugendrings e. V. (DBJR). Sie wurde Anfang Juni 2021 vom DBJR-Hauptausschuss einstimmig gewählt. Sie folgt der bisherigen Geschäftsführerin, **CLARA WENGERT**, die Anfang Mai 2021 eine neue Aufgabe übernommen hat. Kirstin Weis leitete sechs Jahre den Bereich Freiwilligendienste beim AWO Landesverband Berlin e. V.

PEGGY PIESCHE, Beiratsmitglied im AdB-Projekt „Polyphon! Diversität in der politischen Bildung stärken“ übernimmt die Leitung des Fachbereichs „Politische Bildung und plurale Demokratie“ am neuen Standort der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb in Gera.

Hauptpreisträger des diesjährigen, von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ausgelobten Karl-Wilhelm-Fricke-Preises ist der Frankfurter Historiker **GERD KOENEN**. Er wird damit für seine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den globalen kommunistischen Bewegungen in der Geschichte bis zur Gegenwart ausgezeichnet (siehe auch seinen Beitrag in der Ausgabe 3/2017 der „Außerschulischen Bildung“).

Anfang Juni 2021 wurde **SEBASTIAN GUTKNECHT** als erster Direktor der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz (BzKJ) in sein Amt eingeführt. Mit dem am 1. Mai 2021 in Kraft getretenen Zweiten Gesetz zur Änderung des Jugendschutzgesetzes ist die BzKJ aus der bisherigen Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) entstanden.

SEBASTIAN REISSIG, Geschäftsführer von Aktion Zivilcourage e. V., erhielt am 16. Juni 2021 im Namen des deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland durch Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer. Sebastian Reißig engagiert sich seit mehr als 20 Jahren für demokratische Werte, Zivilcourage und ein friedliches Miteinander.

Am 25. Juni 2021 hat die Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ die Vorstandsvorsitzende Professorin **DR. KARIN BÖLLERT** für eine weitere Amtsperiode gewählt. Sie ist Professorin für Erzie-

hungswissenschaft an der Universität Münster. Als stellvertretende Vorsitzende wurde **MARTINA REINHARDT** (Thüringer Jugendministerium) bestätigt sowie **BJÖRN BERTRAM** (Landesjugendring Niedersachsen). Neu in den Geschäftsführenden Vorstand gewählt wurde **DORIS BENEKE** (Diakonie Deutschland).

Im Rahmen der Online-Jahresversammlung von DARE – Democracy and Human Rights Education in Europe wurde am 2. Juli 2021 für die nächsten drei Jahre ein neuer Vorstand gewählt. **GEORG PIRKER** (Referent für internationale Bildungsarbeit, AdB) wurde als Vorsitzender im Amt bestätigt. **AGNESE BALODE** (Direktorin, Baltic Human Rights Society) wurde als Schatzmeisterin und **EVGENYJA KHOROLTSEVA** (head of department for EDC in Russian Federation, Human Rights Academy Norway) als Sekretärin ebenfalls für eine weitere Amtszeit im Vorstand wiedergewählt. Als weitere neue Mitglieder wurden **REBECCA WELGE** (Geschäftsführerin, demokrative.ch, Schweiz) (Vize-Vorsitzende), **MORITZ BORCHARDT** (Projektmanager, Culture goes Europe, Erfurt) und **INÉS CARVALHO** (Pädagogische Leitung für sozial und Menschenrechtsbildung, rede inducar, Portugal) gewählt. **TIM SCHOLZ** (Pädagogischer Leiter, Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein) und **ANTJE SCHEIDLER** (Direktorin Humanity in Action Europe) wurden in ihrem Amt als Rechnungsprüfende bestätigt.

Zum 31. Juli 2021 ist **DR. HEIKE KAHL**, langjährige Geschäftsführerin der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS), in den Ruhestand getreten. Sie hat die DKJS seit ihrer Gründung vor 27 Jahren geführt. **ANNE ROLVERING** (als Vorsitzende) und **FRANK HINTE** bilden das neue Geschäftsführungsteam.

Am 1. September 2021 hat **REBECCA ARBTER** die Arbeit als Bundestutorin im Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ aufgenommen. Sie folgt in dieser Funktion **SEBASTIAN BOCK** nach, der als Stellvertretender Geschäftsführer des AdB andere Aufgaben im Verband übernimmt. Rebecca Arbter war seit Januar 2020 Projektleiterin des AdB-Projekts „Demokratie-Profis in Ausbildung! Politische Bildung mit Kindern“. Das Projekt, das noch bis 2024 läuft, wird seit dem 1. September 2021 von **JASMIN-MAREI CHRISTEN** geleitet.

Aus Profession und Politik

Neue Reihe: Rechtsextremismusforschung

Im universitären Betrieb, der sich mit Erwachsenenbildung und außerschulischer Jugendbildung befasst, sieht man „sich längst einer affirmativen Sozialtechnologie verpflichtet, vermeidet Gesellschaftskritik und unterstützt, was ist“. Diese Feststellung des 2020 verstorbenen Erwachsenenpädagogen Klaus Ahlheim zitiert Klaus-Peter Hufer in seinem Nachruf, der jetzt in der ersten Ausgabe der „Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung“ (ZReX 1/21, S. 176) erschienen ist. Die Bezugnahme auf einen exponierten Fachmann der politischen Bildung kann man als doppeltes Signal verstehen: Die Zeitschrift, die zweimal jährlich erscheinen soll, will nicht im akademischen Elfenbeinturm verbleiben, sondern pädagogische und zivilgesellschaftliche Akteure, „inkl. Aktivismus“ (S. 4), einbeziehen; und sie will eine kritische Distanz zum Extremismuskonzept des Staatsschutzes einnehmen, das vom Standpunkt einer Gefahrenabwehr aus politische Strömungen ohne großes Interesse an deren inhaltlichen Besonderheiten klassifiziert.

Letzteres erläutert die Redaktion im Editorial, wo sie auf die Problematik des Rechtsextremismusbegriffs zu sprechen kommt. Trotz „seiner vielfach staatlich-normativen Prägung“ (S. 3) habe man sich aus pragmatischen Gründen zu seiner Verwendung entschieden. Eine sinnvolle Entscheidung – denn die Kritik an diesem Konzept und die Notwendigkeit alternativer theoretischer Zugänge kommen in dem Heft durchaus zu Wort. So nimmt Lars Rensmann im Eröffnungsbeitrag gleich die „Mitte der Gesellschaft“ ins Visier, nämlich den „autoritären Populismus“ Trumps im Zusammenhang mit der Neuformierung der radikalen US-Rechten. Oder Maik Fielitz informiert im Rezensionsteil am Beispiel des britischen Historikers Roger Griffin über den Stand der vergleichenden Faschismusforschung, betont dabei auch, dass es hier nicht um ein abgeschlossenes historisches Kapitel geht, sondern um die Analyse des heutigen Neofaschismus.

Im Hauptteil folgt nach dem Blick auf die Weltführungs-macht – der in der Wahlniederlage des Trumpismus gleichzeitig eine erhebliche Stärkung der radikalen Rechten diagnostiziert – eine regionale und lokale Fokussierung auf

Ostdeutschland: Das Land Sachsen bzw. die Stadt Leipzig werden von Susanne Rippl, Christian Seipel und Elena Mayer zum Thema gemacht, und zwar hinsichtlich des Topos der „besorgten Bürger“, die sich vom Extremismus abgrenzen („Ich bin doch kein Nazi“), oder etwa der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF), die Wilhelm Heitmeyer seinerzeit als Problem der Mehrheitsgesellschaft dingfest gemacht hatte.

Es gibt weitere Beiträge, die sich mit Rechtspopulismus, Verschwörungsglauben oder „Maskulinität“ auseinandersetzen, so etwa mit Einstellungen und Mediennutzung von „Menschen mit AfD-Wahlpräferenz“. Wolfgang Frindte, der auf Sozialisationsbedingungen und den Erwerb von „Demokratiekompetenz“ eingeht, hält als aktuellen Befund fest: „Die Corona-Krise verdeutlicht: Der Rechtsextremismus bewegt sich in der Mitte der Gesellschaft“ (S. 109). Was sich im rechtsterroristischen Untergrund tut, beleuchtet ein Überblicksartikel von Robert Phillipsberg.

Die Problematik des Extremismuskonzepts wird explizit Thema bei Jannis Eicker, der eine Untersuchung zum Stand der (deutschsprachigen) Rechtsextremismusforschung durchgeführt hat und als Ergebnis eine Synopse liefert, die vor allem Defizite festhält. Ob hier allerdings „integrative Ansätze“ (S. 140) weiterhelfen, ist die Frage. Der Autor setzt darauf, nennt als möglichen „prototypischen“ Bezugspunkt das GMF-Syndrom. Dabei gerät aus dem Blick, dass mit einem „Syndrom“ zunächst nur das Zusammentreffen von Merkmalen benannt ist und dass sich daran dann – wie man in Heitmeyers zehn Folgen der „Deutschen Zustände“ nachlesen kann – manche Schwierigkeit der theoretischen Bestimmung festmacht.

Johannes Schillo

Die Zeitschrift im Buchformat, die auch Rezensionen und Forscherporträts enthält, erscheint im Verlag Barbara Budrich (Nr. 1, 2021, 188 Seiten, 30,00 Euro).

Weitere Informationen: www.budrich-journals.de/index.php/zrex/index

Abschlussbericht des Kabinettausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus veröffentlicht

Als Unterrichtung durch die Bundesregierung liegt der „Abschlussbericht des Kabinettausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus“ vor. Darin wird das Ziel der Bundesregierung bekräftigt, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus gemeinsamen zurückzudrängen. Die einzelnen Maßnahmen und erste Umsetzungsschritte werden vorgestellt. Der Bericht knüpft an den vom Ausschuss erarbeiteten und im Dezember 2020 vom Bundeskabinett beschlossenen Maßnahmenkatalog an. In der Regierungskoalition wurde vereinbart, dass ab dem Jahr 2022 ein Beauftragter der Bundesregierung gegen Rassismus berufen werden soll.

Die Bundesregierung stellt dem Bericht zufolge in den Jahren 2021 bis 2024 insgesamt mehr als eine Milliarde

Euro für die Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus bereit. Zur Umsetzung des Beschlusses des Kabinettausschusses seien auf Vorschlag der Regierung weitere 150 Millionen Euro im Bundeshaushalt 2021 zur Verstärkung veranschlagt worden. Die Umsetzung der Einzelmaßnahmen erfolgt im Rahmen der jeweils geltenden Haushalts- und Finanzplanung.

Quelle: hib – heute im bundestag Nr. 713

Download des Berichts: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/300/1930080.pdf>

Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21

Alle zwei Jahre untersucht die „Mitte-Studie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in der deutschen Gesellschaft. Die aktuelle repräsentative Umfrage von Dezember 2020 bis Frühjahr 2021 zeigt: Die „Mitte“ ist – selten so sehr wie heute – gefordert Haltung zu zeigen, Position zu beziehen und ihre Demokratie zu stärken! Dazu hat sie das Potenzial.

Hasskampagnen, Gewalt, rechter Terror und neue rechte Gruppen haben die Mitte in den vergangenen Jahren getroffen. Nun kommt die Corona-Pandemie mit globalen Unsicherheiten und unkalkulierbaren Folgekrisen dazu. Was heißt das für die demokratische Orientierung der Gesellschaft? Die Mitte-Studie, mit Beiträgen von 17 Autor*innen und von Andreas Zick und Beate Küpper für

die Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben, erkennt sowohl Entwicklungen, die die Demokratie fördern, als auch solche, die sie gefährden. Die Mitte selbst schätzt den Rechtsextremismus als größte Bedrohung für die Demokratie ein, und hierin liegt die Chance, ihm zu begegnen. Den Abschluss bilden die von Sabine Achour formulierten „Neun Appelle zur politischen Bildung“, die politische Bildung als Transmitter der Demokratie verstehen und stärken wollen.

Quelle, weitere Informationen und Download der Studie: www.fes.de/forum-berlin/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2021

Analyse des Deutschen Instituts für Menschenrechte „Nicht auf dem Boden des Grundgesetzes“

Eine Studie des Deutschen Instituts für Menschenrechte mit dem Titel „Nicht auf dem Boden des Grundgesetzes“ erläutert die Unvereinbarkeit von Rassismus und Rechtsextremismus mit dem Grundgesetz und ordnet die AfD als rassistische und rechtsextreme Partei ein.

Die vorliegende Publikation, die sich über den Bildungskontext hinaus auch an staatliche, politische und gesellschaftliche Akteure richtet, um sie darin zu unterstützen, rassistische und rechtsextreme Positionen zu erkennen, reiht sich ein in folgende Analysen, die das Institut seit August 2019 veröffentlicht hat: „Das Neutralitätsgebot in der

Bildung. Neutral gegenüber rassistischen und rechtsextremen Positionen von Parteien?“ (August 2019); „Politische Bildung in der Polizei. Zum Umgang mit rassistischen und rechtsextremen Positionen von Parteien“ (Mai 2020) und „Politische Bildung in der Bundeswehr. Zum Umgang mit rassistischen und rechtsextremen Positionen von Parteien“.

Quelle, weitere Informationen und Download der Analysen:

www.institut-fuer-menschenrechte.de/aktuelles/detail/rassistisch-und-rechtsextrem-klare-abgrenzung-von-der-afd-geboten

Verschwörungsideologien: Basiswissen und Handlungsstrategien

Die Amadeo Antonio Stiftung hat eine Broschüre mit dem Titel „Down the rabbit hole. Verschwörungsideologien: Basiswissen und Handlungsstrategien“ veröffentlicht. Darin werden Analysen und Handlungsempfehlungen zu den durch die Corona-Pandemie ausgelösten Verschwörungserzählungen zusammengetragen. „Verschwörungserzählungen haben das Potenzial, gefährlich zu werden. Das liegt unabhängig von konkreten Inhalten v. a. an dem

antidemokratischen und menschenfeindlichen Weltbild, das ihnen innewohnt.“ – heißt es im Klappentext. Die Broschüre will Einblicke und Hintergründe zu den aktuellen Entwicklungen geben und Möglichkeiten der Intervention aufzeigen.

Quelle und weitere Informationen: www.amadeo-antonio-stiftung.de

Über Klimaneutralität hinausdenken – Politikpapier des WBGU

Anlässlich der 26. Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention in Glasgow im November 2021 hat der WBGU, der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen, im Juli 2021 das Politikpapier „Über Klimaneutralität hinausdenken“ an Bundesforschungsministerin Anja Karliczek und den Staatssekretär im Bundesumweltministerium Jochen Flasbarth übergeben. In dem Papier empfiehlt der WBGU, nationale Langfriststrategien zu einem Hauptthema der Glasgower Klimakonferenz zu machen, um der aktuellen Klimapolitik Orientierung zu bieten. Aus Sicht des WBGU ist es notwendig, auch die Erstellung von Langfriststrategien verpflichtend vorzuschreiben. Sie sollten über Klimaneutralität hinaus auf globale Klimastabilisierung ausgerichtet werden. Sie bieten eine Richtschnur zur Verstärkung der nationalen Klimaschutzbeiträge (NDCs) sowie eine Basis für eine international abgestimmte Nachhaltigkeitspolitik.

Langfriststrategien sollten dafür drei separate Schwerpunkte enthalten: Sie sollten erstens den schnellen und vollständigen Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger vorsehen, zweitens den Schutz und die Wiederherstellung von Ökosystemen sowie ihre nachhaltige Nutzung anstreben sowie drittens die Entfernung von CO₂ aus der Atmosphäre strategisch vorbereiten. Die Strategien sollten Mehrgewinne mit anderen Dimensionen von Nachhaltigkeit anstreben, etwa Gesundheit oder Armutsbekämpfung. Von hoher Bedeutung ist schließlich, die internationalen Auswirkungen der in der eigenen Langfriststrategie festgeschriebenen Maßnahmen zu berücksichtigen, etwa die Folgen geplanter Importe von grünem Wasserstoff.

Quelle: WBGU-Newsletter vom 06.07.2021

Weitere Informationen: www.wbgu.de/de

Sechster Armuts- und Reichtumsbericht beschlossen

Das Bundeskabinett hat am 17. Mai 2021 den Sechsten Armuts- und Reichtumsbericht beschlossen. Die Ergebnisse des Berichts zeigen, dass der überwiegende Teil der Menschen in stabilen sozialen Lagen lebt: Deutschland ist keine „Abstiegsgesellschaft“, weiterhin bestehen gute Aufstiegschancen aus der Mitte nach Oben. Problematisch ist die Verfestigung in den unteren sozialen Lagen, aus denen es im Zeitablauf immer weniger Personen gelungen ist, aufzusteigen.

Hinsichtlich der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie deuten die vorliegenden Befragungs- bzw. erste Forschungsergebnisse darauf hin, dass die Sozialschutzpakete bislang negative Verteilungseffekte weitgehend vermieden haben und durch die Regelungen des Kurzarbeitergeldes die Beschäftigung gesichert werden konnte. Langfristig gilt es aber, die Bereiche Bildung und Betreuung besonders im Blick zu behalten, da sich hier in den Belastungen sozio-ökonomische Unterschiede gezeigt haben.

Für diesen Bericht wurden erstmals Einzelinformationen aus verschiedenen Dimensionen (Einkommen, Vermögen, Erwerbsintegration und Wohnungsausstattung) miteinan-

der verknüpft, um soziale Lagen auch in der Gesamtschau zu bewerten und im Zeitablauf zu vergleichen. Die ebenfalls erstmals durchgeführte Untersuchung zur Verfügbarkeit und Inanspruchnahme der sozialen Infrastruktur und von Angeboten der Daseinsvorsorge nimmt ergänzend die Bedeutung nicht-monetärer Leistungen für soziale und gesellschaftliche Teilhabe in den Blick. Verstärkt wurde auch die Analyse, wie Verteilungsergebnisse und soziale Mobilität individuell erfahren und bewertet werden.

In Ergänzung zu einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung, die differenzierte Auswertungen ermöglicht hat, wurden Personen aus benachteiligten sozialen Lagen zu ihren Biografien, ihrer Lebenssituation und ihren Zukunftsaussichten persönlich interviewt.

Quelle: Newsletter des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, 12.05.2021

Weitere Informationen zum Bericht und den Gutachten: www.armuts-und-reichtumsbericht.de

Grundrechte-Report 2021: Ungleiche (Un-)Freiheiten in der Pandemie

Am 26. Mai 2021 wurde in Berlin der neue Grundrechte-Report vorgestellt. Unter dem Titel „Ungleiche (Un-)Freiheiten in der Pandemie“ beschäftigt sich der Grundrechte-Report 2021 schwerpunktmäßig mit den Grundrechtseingriffen während der Covid-19-Pandemie. Der Bericht wirft ein Schlaglicht auf die Einschränkungen der Versammlungsfreiheit, die Zumutungen der Coronakrise für die Beschäftigten im Gesundheitssektor, die prekären Bedingungen in Schlachtbetrieben, den fehlenden Schutz vor Corona in Geflüchteten-Unterkünften und die ungleichen Auswirkungen der Pandemie im Bildungsbereich.

Seit mehr als zwanzig Jahren erscheint der „Grundrechte-Report: Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland“. Die 43 Einzelbeiträge im neuen 25. Grundrechte-Report widmen sich anhand konkreter Fälle des Jahres 2020 aktuellen Gefährdungen der Grundrechte und zentraler Verfassungsprinzipien durch Gesetzge-

ber, Verwaltung und Behörden, aber auch durch Gerichte und Privatunternehmen. Der Report wird von zehn Bürgerrechtsorganisationen herausgegeben: Humanistische Union, vereinigt mit der Gustav Heinemann-Initiative, Bundesarbeitskreis Kritischer Juragruppen, Internationale Liga für Menschenrechte, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Neue Richtervereinigung, PRO ASYL, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein, Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen, Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung und Gesellschaft für Freiheitsrechte. Die Publikation ist im Fischer Taschenbuch Verlag erhältlich.

Quelle: Pressemitteilung der Humanistischen Union vom 26.05.2021

Weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten: www.grundrechte-report.de/2021

70 Jahre BAJ: Jubiläum der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e. V.

Am 9. September 2021 hat die Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (BAJ) e. V. ihr 70-jähriges Bestehen gefeiert. 1951 in Hamm gegründet, ist die BAJ heute der bundesweite Zusammenschluss verschiedener Fachorganisationen sowie der Landesarbeitsgemeinschaften für Kinder- und Jugendschutz in Deutschland. Sie ist Ansprechpartnerin auf politischer Ebene und steht für den Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis.

Die Jubiläumsfeier zum 70-jährigen Bestehen wurde mit einer Fachveranstaltung „Europäischer Jugendmedienschutz – Ideal oder Utopie? Chancen und Grenzen eines Jugendmedienschutzes in Europa“ und einem Festakt unter Beteiligung der Staatssekretärin des Bundesjugendministeriums, Caren Marks, am 9. September 2021 in Berlin begangen.

„Wir freuen uns, das 70-jährige Bestehen der BAJ mit zahlreichen Weggefährtinnen und -gefährten zu begehen, mit denen wir gemeinsam in den vergangenen sieben Jahrzehnten stets den Schutz von Kindern und Jugendlichen in den Fokus unserer Arbeit gestellt haben“, so Klaus Hinze, Vorsitzender der BAJ. „Die BAJ steht sowohl für den gesetzlichen Kinder- und Jugendschutz, als auch für den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz. Der interdisziplinäre Dialog mit Wissenschaft und Praxis bildet eine der Grundlagen unserer Arbeit – dabei verstehen wir uns als Plattform für fachlichen Austausch und Vernetzung.“

www.bag-jugendschutz.de

Ausschreibungen und Wettbewerbe

Deutscher Kinder- und Jugendhilfepreis 2022 – Praxispreis zum Thema „Kinder- und Jugendhilfe digital“ ausgeschrieben

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ schreibt den Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreis in der Kategorie Praxispreis für das Jahr 2022 zum Thema „Kinder- und Jugendhilfe digital“ aus. Digitale Medien gehören heute zum Aufwachsen von jungen Menschen. Sie werden von diesen selbstverständlich genutzt. Die Digitalisierung prägt als ein wesentlicher Faktor kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen – nicht erst, aber erst recht seit Corona.

Mit der Ausschreibung des Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreises 2022 in der Kategorie Praxispreis zum Thema „Kinder- und Jugendhilfe digital“ will die AGJ diese neuen Entwicklungen und Lerneffekte aufgreifen, sie sichtbar machen und würdigen.

Die AGJ spricht mit dieser Ausschreibung des Praxispreises 2022 alle Akteure in der Kinder- und Jugendhilfe an. Es werden Arbeiten gesucht, die aufzeigen, welche digitalen Antworten auf die benannten Herausforderungen gefunden wurden, welchen Beitrag sie zur Weiterentwicklung von „Kinder- und Jugendhilfe digital“ leisten und wo sie dem Thema neue Impulse geben.

Der Praxispreis ist mit 4.000 Euro dotiert. Bewerbungen sind bis zum 22. Oktober 2021 möglich.

Weitere Informationen: www.agj.de/djhp/bewerbungsformular/bewerbungsformular-fuer-den-praxispreis.html

Ausschreibung zum Deutschen Jugendfotopreis 2022

Die Ausschreibung zum Deutschen Jugendfotopreis 2022 ist gestartet. Einzelpersonen und Fotogruppen bis einschließlich 25 Jahre können sich mit ihren Beiträgen bis zum 10. Januar 2022 bewerben. Neben Einzelbildern und Serien können auch andere kreative Umsetzungen wie Fotobücher und Collagen eingereicht werden. Weitere künstlerische Freiräume bieten die Bereiche freie Themenwahl und Experimente sowie das Jahresthema „Wir – Was uns verbindet“. Mit dem Jahresthema lädt der Deutsche Jugendfotopreis dazu ein, sich fotografisch mit den aktuellen

„Wir-Gefühlen“ und Beziehungen auseinanderzusetzen. Die Fotos werden in vier Altersgruppen bewertet. Zu gewinnen gibt es Preise im Gesamtwert von 11.000 Euro. Die Preisverleihung soll im Mai 2022 im Rahmen des „Next! Festival der Jungen Photoszene“ in Köln stattfinden.

Der Deutsche Jugendfotopreis wird vom Deutschen Kinder- und Jugendfilmzentrum organisiert und vom BMFSFJ vergeben.

Weitere Informationen: www.jugendfotopreis.de

Jugendwettbewerb „Umbruchszeiten. Deutschland im Wandel seit der Einheit“ 2021/22

Der Jugendwettbewerb „Umbruchszeiten. Deutschland im Wandel seit der Einheit“ wurde 2019/2020 erstmalig durch den Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ausgelobt. Der Wettbewerb geht im September 2021 in eine neue Runde. Jugendliche aus ganz Deutschland sind diesmal aufgerufen, Beiträge zum Thema „Jungsein“ einzureichen und sich mit der jüngsten Vergangenheit und Fragen rund um das Erwachsenwerden in den Umbruchjahren seit 1989/90 auseinanderzusetzen.

Teilnehmen können Gruppen von Jugendlichen im Alter von 13 bis 19 Jahren, die Lust haben, sich auf die historische Spurensuche zu begeben und sich mit konkreten Ge-

schichten über Menschen und Orte auseinanderzusetzen. Lehrkräfte, Institutionen der außerschulischen Bildung und weitere Interessierte sind dazu eingeladen, den Wettbewerb an ihren Einrichtungen durchzuführen und die Jugendlichen bei ihren spannenden Projekten zu unterstützen und zu begleiten.

Zu gewinnen gibt es insgesamt bis zu 30 Preise in Höhe von 500 bis 3.000 Euro, die bei einer Preisverleihung im Bundeswirtschaftsministerium in Berlin verliehen werden. Einsendeschluss ist am 1. März 2022.

Weitere Informationen: <https://umbruchszeiten.de>

Bildungsorte-Wettbewerb „Bildung in Zeiten digitaler Transformation“

Der Bundesverband Deutscher Stiftungen (Stifterverband) hat einen Bildungsorte-Wettbewerb gestartet, mit dem inspirierende Orte guter Bildung entdeckt, ausgezeichnet und zur Nachahmung empfohlen werden sollen. Jeden Monat wird ein Projekt mit 2.500 Euro, öffentlichkeitswirksamer Darstellung und Vernetzungsangeboten gefördert. In diesem Jahr steht der Wettbewerb unter dem Thema „Bildung in Zeiten digitaler Transformation“. Der Wettbewerb adressiert neben der formalen Bildung in Schulen auch zivilgesellschaftliche Projekte und Initiativen, die in besonderer Weise Lust auf Bildung machen, positive Lernerfahrungen

bieten, Neugier und Wissbegier wecken, sowie Lust darauf machen, dazulernen. Besonderer Wert liegt auf den Mitgestaltungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen. Lernen soll als selbstbestimmte Gestaltung der persönlichen Entwicklung erlebt werden können.

Bewerbungsschluss: 31. Oktober 2021

Weitere Informationen: www.stifterverband.org/bildungsorte

Veranstaltungen

14. bis 16. Oktober 2021

europaweit

ErasmusDays 2021

Veranstalter: Nationale Agentur Bildung für Europa in Deutschland und weitere Partner

www.na-bibb.de/presse/news/erasmusdays-2021

15. bis 21. November 2021

bundesweit

Aktionstage „Netzpolitik & Demokratie“

Veranstalter: Landeszentralen für politische Bildung, Bundeszentrale für politische Bildung/bpb

<https://netzpolitische-bildung.de/>

23. bis 24. November 2021

Papenburg

AdB-Fachtagung 2021 „Rassismuskritisch denken lernen: Diversität in Gesellschaft und Demokratie in und mit politischer Bildung stärken“

Veranstalter: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V.

<https://www.adb.de/fachtagung-2021>

3. Dezember 2021

Darmstadt

Kinderrechte sind Menschenrechte

Veranstalter: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e. V. (DGVN), Arbeitskreis

Menschenrechte der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW), Schader-Stiftung

www.schrader-stiftung.de/kinderrechte

12. Dezember 2021

digital

Rassismuskritische Bildung mit Kindern, Modul 1

Veranstalter: Modellprojekt „Demokratie-Profis in Ausbildung! Politische Bildung mit Kindern“ des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e.V.

<https://go.adb.de/demprof-fobi-rk>

Zeitschriftenschau

tAus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zum Parlament (APuZ), Heft 17–18/2021 Schwerpunkt: USA

Heft 19–20/2021 Schwerpunkt: Korruption

Heft 21–23/2021 Schwerpunkt: Endlagersuche

Heft 24–25/2021 Schwerpunkt: Medizin und Ethik in der Pandemie

Heft 26–27/2021 Schwerpunkt: Zustand der Demokratie

Heft 28–29/2021 Schwerpunkt: 9/11

Heft 30–31/2021 Schwerpunkt: Krankenhaus

Heft 32–33/2021 Schwerpunkt: Nigeria

Bezug: Bundeszentrale für politische Bildung / bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn; www.bpb.de

Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5/2021

Schwerpunkte z. B.: USA versus China; Systemwandel oder Klimakollaps

Heft 6/2021 Schwerpunkte z. B.: Indien: Apokalypse mit Ansage; Das Virus der Ungleichheit; Fußball als Herrschaftsinstrument

Heft 7/2021 Schwerpunkte z. B.: Der Kampf um Wasser; Olympische Spiele als Bühne der Emanzipation; 100 Jahre Kommunistische Partei China; Das Imperium des Rechts

Heft 8/2021 Schwerpunkte z. B.: Klimapolitik; Klimakrise; Sozialkassen nach Corona; Rückkehr befestigter Grenzen; Auschwitz als koloniales Verbrechen?

Bezug: Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Torstr. 178, 10115 Berlin; www.blaetter.de

Debatte. Beiträge zur Erwachsenenbildung. Budrich Journals, Heft 2/2020 Schwerpunkt: Zur Politizität der Erwachsenenbildungswissenschaft

Bezug: Verlag Barbara Budrich, Stauffenbergstr. 7, 51379 Leverkusen; <https://budrich-journals.de>

deutsche jugend, Heft 5/2021 Schwerpunkt: Jugend und Partizipation

Heft 6/2021 Schwerpunkt: Jugendverbände und Jugendszenen

Heft 7–8/2021 Schwerpunkt: Offene Kinder- und Jugendarbeit

Bezug: Julius Beltz GmbH & Co. KG, Beltz Juventa, Werderstraße 10, 69469 Weinheim; www.beltz.de

Die politische Meinung. Zeitschrift für Politik, Gesellschaft, Religion und Kultur, Heft 568/2021 Schwerpunkt: Nachhaltig – Jenseits von Verboten

Bezug: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin; www.politische-meinung.de

DJI-Impulse, Bulletin des Deutschen Jugendinstituts, Heft 1/2021 Schwerpunkt: Politische Bildung von Anfang an. Wie Kinder und Jugendliche Demokratie lernen und erfahren können

Bezug: Deutsches Jugendinstitut, Nockherstraße 2, 81541 München; www.dji.de/impulse

EB Erwachsenenbildung, hrsg. von der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, **Heft 2/2021** Schwerpunkt: Nachhaltigkeit und Klimaschutz

Bezug: Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Theaterstraße 13, 37073 Göttingen; www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

EDUCATION PERMANENTE EP, Schweizerische Zeitschrift für Weiterbildung, Heft 1/2021 Schwerpunkt: Weiterbildungsbeteiligung verstehen und fördern

Bezug: Schweizerischer Verband für Weiterbildung SVEB, Oerlikonstraße 38, CH-8057 Zürich; www.alice.ch

FES-info, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, **Heft 2/2021** Schwerpunkt: Demokratie in der Krise

Bezug: Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin; www.fes.de

Forum Jugendhilfe, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, **Heft 2/2021** Schwerpunkt: 17. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag „Wir machen Zukunft – jetzt!“

Bezug: AGJ, Mühlendamm 3, 10178 Berlin; www.agj.de

GWP. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik. Sozialwissenschaften für politische Bildung, Heft 2/2021 Schwerpunkte z. B.: Wer gewinnt die Bundestagswahl?; Politisierung und politische Kommunikation in sozialen Netzwerken; Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Rechtspopulismus

Bezug: Verlag Barbara Budrich, Stauffenbergstr. 7, 51379 Leverkusen; www.budrich-verlag.de

Hessische Blätter für Volksbildung, hrsg. vom Hessischen Volkshochschulverband e. V. Bielefeld, **Heft 2/2021** Schwerpunkt: Erwachsenenbildung und Umgang mit (Corona-)Krisen

Bezug: www.wbv.de/journals/zeitschriften/hessische-blaetter-fuer-volksbildung

Journal für politische Bildung, hrsg. vom Bundesausschuss für politische Bildung, **Heft 2/2021** Schwerpunkt: Digitale Medien

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis (KJug), hrsg. von der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e. V. (BAJ), **Heft 3/2021** Schwerpunkt: E-Sport – ein Thema für Jugendarbeit und Jugendschutz

Bezug: BAG Jugendschutz, Mühlendamm 3, 10178 Berlin; www.kjug-zeitschrift.de

Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs, Heft 43/2021 Schwerpunkt: Die Sichtbarkeit von Frauen* in der Erwachsenenbildung

Bezug: www.erwachsenenbildung.at/magazin

merz. medien + erziehung – zeitschrift für medienpädagogik, Heft 3/2021 Schwerpunkt: Sexualität und Medien

Bezug: kopaed verlagsgmbh, Pfälzer-Wald-Str. 64, 81539 München; www.kopaed.de

Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, Heft 5/2021 Schwerpunkt: Solidarität in Corona-Zeiten

Heft 6/2021 Schwerpunkt: Respekt? Respekt!

Heft 7–8/2021 Schwerpunkt: Zur Wahl

Bezug: Verlag J.H.W. Dietz, Dreizehmorgenweg 24, 53175 Berlin; <http://dietz-verlag.de>

POLIS, Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für politische Bildung, Heft 2/2021 Schwerpunkt: Klimapolitik

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

POLITIKUM. Analysen. Kontroversen. Bildung, Heft 2/2021 Schwerpunkt: Is America back?

Heft 3/2021 Schwerpunkt: Kapitalismuskritik

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

weiter bilden. DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung, Heft 2/2021 Schwerpunkt: Gute EdTech. Gute Bildung?

Bezug: W. Bertelsmann Verlag, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld; www.wbv.de

Wochenschau. Politik und Wirtschaft unterrichten, Heft 4/2021 Schwerpunkt: Globalisierung (Sek. I); Gesellschaft (Sek. II)

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

Zeitschrift für Menschenrechte, Heft 1/2021 Schwerpunkt: Menschenrechte und Entwicklung

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

pd-digital

Die interkulturelle Sicht der deutschen Einheit

Das Projekt „Deutsche Einheit Interkulturell“ will einen Beitrag leisten, die Friedliche Revolution und die deutsche Wiedervereinigung auch aus der Sicht von Eingewanderten und deren Nachkommen zu zeigen und ihre Erinnerungen, Perspektiven und Geschichten aufzugreifen, die bisher viel zu wenig im Blick sind. Auf der Website finden sich Infotexte, Zeitzeug*innen-Interviews, Quizze und Unterrichtsmaterialien, die zu Themenfeldern rund um die deutsch-deutsche Migrationsgeschichte vor und nach 1989/1990 informieren. Sie wurde von Eduversum GmbH in Zusammenarbeit mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und mit Unterstützung des Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer eingerichtet und wurde vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gefördert.

www.einheit-interkulturell.de

Die digitale Bildungsplattform politischbilden.de wächst

Die Bildungsplattform politischbilden.de wächst weiter und bietet allen Aktiven im pädagogischen Bereich informative Hintergrundbeiträge und gut anwendbare Methodenbeschreibungen, Übungen, Spieleanleitungen, Seminarkonzepte etc. für die Praxis zu inzwischen fünf Modulen (Politik, Rassismus, Diversität, Globalisierung, Digitalisierung). Die Materialien stehen unter einer Creative Commons Lizenz – in der Regel CC BY SA 4.0 – allen Interessierten zur freien Verfügung. Bereitgestellt wurden sie von erfahrenen politischen Bildner*innen. Zu den mittlerweile fast 60 Expert*innen auf politischbilden.de – Personen wie Organisationen – finden Sie dort auch die Kontaktmöglichkeiten.

Das neueste Modul *Digitalisierung* widmet sich mit der digitalen Transformation einem wichtigen Kernthema für die politische Bildung. Hier finden Sie Beiträge über die gesellschaftlich wichtigen Aspekte und Fragestellungen, die die neuen Technologien im Hinblick auf die demokratische Entwicklung aufwerfen, über die Zusammenarbeit von Körper, Geist, Netzwerken und Maschinen u. v. m. – mit jeweils wertvollen Anregungen für die politische Bildungspraxis. Dieses Modul wird – ebenso wie die übrigen – inhaltlich weiterwachsen, denn kontinuierlich werden neue Beiträge veröffentlicht. Alle die Interesse haben, als Autor*in eben-

falls mitzuwirken und Beiträge einzureichen, können unter <https://politischbilden.de/hinweise> weitere Informationen finden oder gleich Kontakt aufnehmen über info@politischbilden.de.

Die Plattform politischbilden.de ist im Rahmen des Bundesvorhabens „Respekt Coaches“ entstanden und wird vom BMFSFJ gefördert.

<https://politischbilden.de>

Interaktiver Deutschlandatlas erweitert und aktualisiert

Im Rahmen der jährlichen Hauptaktualisierung des interaktiven Deutschlandatlas haben das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) insgesamt zwölf neue Karten erarbeitet. Gleichzeitig erscheint der Deutschlandatlas in einem neuen Gewand mit verbesserter Menüführung. Bereits bestehende Karten wurden aktualisiert, sofern neue Daten vorgelegen haben.

Damit zeigt der Deutschlandatlas nun auf insgesamt 68 Karten, wie es um wichtige Lebensbereiche in Stadt und Land bestellt ist. Die Karten geben einen Überblick über die unterschiedlichen Lebens- und Standortbedingungen in ganz Deutschland und schaffen somit nicht nur für die Bundesregierung eine wichtige Erkenntnisgrundlage für die Politik für gleichwertige Lebensverhältnisse.

Unter den neu aufgenommenen Karten werden nun auch gesellschaftspolitische Themen dargestellt, die bislang nicht visualisiert waren, wie zum Beispiel die Anzahl an Baufertigstellungen von Wohnungen, Beschäftigungs- und Teilzeitquoten von Männern und Frauen oder die Väterbeteiligung am Elterngeld. Darüber hinaus wurden bestehende Karten um wichtige Details ergänzt.

Der Deutschlandatlas wurde erstmals im Juli 2019 als Printversion vorgestellt und im Juli 2020 zu einer interaktiven Online-Version weiterentwickelt. Damit ermöglicht er interessierten Menschen aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft einen leichten Zugang zu anschaulich aufbereiteten Daten.

Quelle: Pressemitteilung 055 des BMFSFJ vom 29.07.2021

Karten und weitere Informationen: www.deutschlandatlas.bund.de

Impressum

Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

3/2021

52. Jahrgang

Herausgeber: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., vertreten durch Boris Brokmeier und Hon.-Prof.'in Dr. Beate Rosenzweig

Redaktion: Dr. Friedrun Erben

Redaktionsbeirat: Ulrich Ballhausen, Ina Bielenberg, Boris Brokmeier, Dr. Paul Ciupke, Petra Barz, Dr. Barbara Hopmann, Hon.-Prof.'in Dr. Beate Rosenzweig, Dr. Michael Schröder

Redaktions- und Bezugsanschrift:
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten
Mühlendamm 3, 10178 Berlin
Telefon: 030 400401-11
E-Mail: redaktion@adb.de
<https://fachzeitschrift.adb.de>
adb.de

Gestaltung und Satz: Berliner Süden, berlinersueden.de

Herstellung: Druckhaus Sportflieger

Bildnachweis: Copyrightthinweise siehe Fotos

Bezugsbedingungen

gültig ab Ausgabe 1/2015

Einzelheft: 7 €

1 bis 3 Abonnements (Print- und Online-Ausgabe): jährlich 20 €

ab 4 Abonnements (Print- und Online-Ausgabe): jährlich 16 €

Abonnements für Studenten, Praktikanten, Referendare,

Arbeitslose (Print- und Online-Ausgabe): jährlich 16 €

Alle Preise zzgl. Porto. Für Ermäßigungen bitte jährlich Bescheinigung übersenden.

Die Mitglieder des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten erhalten je ein Exemplar kostenlos.

Diese Zeitschrift wird von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen unterstützt und maßgeblich aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Die **Außerschulische Bildung** ist eine Fachzeitschrift für politische Jugend- und Erwachsenenbildung. Sie wird vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) herausgegeben.

Die Fachzeitschrift Außerschulische Bildung ...

- trägt zur fachlichen und wissenschaftlichen Reflexion der Praxis politischer Jugend- und Erwachsenenbildung bei.
- stärkt die Professionalität pädagogischen Handelns.
- nimmt aktuelle und relevante Themen aus Politik und Gesellschaft in den Blick und bereitet sie für die politische Bildung auf.
- macht Beispiele der Bildungsarbeit öffentlich und ist ein Schaufenster des Arbeitsfelds.
- setzt theoretische und fachliche Diskussionen in Beziehung und macht die Diskurse in der Profession und den wissenschaftlichen Bezugsdisziplinen jeweils miteinander bekannt.
- stellt Methoden der politischen Bildung vor.
- präsentiert neue fachbezogene Publikationen und Medienprodukte und schätzt diese in ihrer Relevanz für die Bildungsarbeit ein.
- berichtet über bildungs- und jugendpolitische Entwicklungen in Bund und Ländern.
- verbreitet Nachrichten aus dem AdB und anderen Fachverbänden.



Arbeitskreis deutscher
Bildungsstätten e.V.

adb.de